

Verkaufsprospekt
(einschließlich Vertragsbedingungen)
Oktober 2011

HI VB Global Trend

(Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken nach deutschem Recht)

HANSAINVEST

Hanseatische Investment-GmbH, Hamburg

(Kapitalanlagegesellschaft)

in Kooperation mit

Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien

(Portfoliomanagement)

Österreichische Volksbanken-AG

(Vertriebsgesellschaft)

HANSAINVEST 

Verkaufsprospekt

Dieser Prospekt bildet gemeinsam mit den beigefügten Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen den Verkaufsprospekt (der "**Prospekt**") des Dach-Sondervermögens mit zusätzlichen Risiken (Dach-Hedgefonds) "**HI VB Global Trend**" (der "**Investmentfonds**"), der von HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH (die "**Gesellschaft**") erstellt wurde.

Form und Umfang des Prospekts entsprechen den Anforderungen des Investmentgesetzes (das "**InvG**") für den Verkauf von Investmentanteilen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaft übernimmt die Verantwortung für die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben.

Dieser Prospekt enthält Angaben, die potentielle Anleger beim Kauf von Anteilen des Investmentfonds kennen und berücksichtigen sollten.

Der Kauf und Verkauf von Anteilen des Investmentfonds erfolgt auf der Basis des jeweils gültigen Verkaufsprospekts, der wesentlichen Anlegerinformationen und der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ in Verbindung mit den „Besonderen Vertragsbedingungen“. Es ist nicht gestattet, von diesem Prospekt abweichende Auskünfte oder Erklärungen abzugeben. Der Kauf und Verkauf von Anteilen des Investmentfonds auf der Basis von Auskünften oder Erklärungen, welche nicht in diesem Prospekt enthalten sind, erfolgt ausschließlich auf das alleinige Risiko des Anlegers hin. Dieser Verkaufsprospekt wird ergänzt durch den jeweils letzten Jahresbericht. Falls der Stichtag des Jahresberichts länger als acht Monate zurückliegt und der anschließende Halbjahresbericht veröffentlicht ist, ist dem Anleger auch der Halbjahresbericht zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragsverhältnis zwischen Kapitalanlagegesellschaft und Anleger sowie den vorvertraglichen Beziehungen wird deutsches Recht zugrunde gelegt. Gemäß § 14 Abs. 2 der Allgemeinen Vertragsbedingungen ist der Sitz der Kapitalanlagegesellschaft Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis, sofern der Anleger keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat. Laut § 123 Abs. 1 InvG sind sämtliche Veröffentlichungen und Werbeschriften in deutscher Sprache abzufassen oder mit einer deutschen Übersetzung zu versehen. Die Kapitalanlagegesellschaft wird ferner die gesamte Kommunikation mit ihren Anlegern in deutscher Sprache führen.

Die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben sind zum nachstehend genannten Datum richtig. Im Falle von wesentlichen Änderungen wird dieser Prospekt aktualisiert. Änderungen im Eigenkapital, der Zusammensetzung der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrates können im Jahresbericht aktualisiert werden.

Warnhinweis

Der Bundesminister der Finanzen warnt: „Bei diesem Investmentfonds müssen Anleger bereit und in der Lage sein, Verluste des eingesetzten Kapitals bis hin zum Totalverlust hinzunehmen.“

Aufgrund seiner Zusammensetzung und der Zusammensetzung seiner Zielfonds weist der Investmentfonds eine erhöhte Volatilität auf, d. h. die Anteilpreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume erheblichen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfen sein.

Bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Vorschriften des Investmentgesetzes können Verbraucher die Ombudsstelle für Investmentfonds beim BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V., Unter den Linden 42, 10117 Berlin, anrufen. Die weiteren Kontaktdaten sind auf der Homepage des BVI www.bvi.de abrufbar. Das Recht, die Gerichte anzurufen, bleibt hiervon unberührt.

Bei Streitigkeiten aus der Anwendung der seit 8. Dezember 2004 geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen können sich die Beteiligten auch an die Schlichtungsstelle der Deutschen Bundesbank, Postfach 11 12 32 in 60047 Frankfurt/Main, Tel.: 069/23 88-19 07 oder -19 06, Fax: 0 69/23 88-19 19, schlichtung@bundesbank.de wenden. Das Recht, die Gerichte anzurufen, bleibt hiervon unberührt.

Da hier die für den Verkaufsprospekt vorgeschriebenen Angaben mit den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Vertragsbedingungen zusammengefasst sind, ließen sich Wiederholungen in der Aussage nicht vermeiden.

HANSAINVEST

Hanseatische Investment-GmbH

Hamburg, 12. Oktober 2011

Inhaltsverzeichnis

Wichtige Informationen	9
Zusätzliche Informationen für Anleger und für den Vertrieb von Anteilen in der Republik Österreich	10
Allgemeine Angaben	10
<i>Angaben über den Repräsentanten</i>	10
<i>Angaben über die Zahlstelle in der Republik Österreich</i>	10
<i>Keine staatliche Aufsicht der Verwaltungsgesellschaft und des Fonds in der Republik Österreich</i>	10
<i>Risikohinweis auf den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten</i>	10
<i>Veröffentlichung des Ausgabe- und Rücknahmepreises</i>	10
<i>Rücktrittsrecht</i>	10
<i>Gerichtsstand</i>	11
<i>Kostenlose Unterlagen</i>	11
Definitionen	12
Einführung und Hauptmerkmale	14
Struktur des Investmentfonds.....	14
Die beteiligten Parteien im Überblick	17
<i>HANSAINVEST (die Gesellschaft)</i>	17
<i>CACEIS Bank Deutschland GmbH, München (die Depotbank)</i>	18
<i>Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien (der Portfoliomanager)</i>	18
<i>PricewaterhouseCoopers (die Wirtschaftsprüfer)</i>	19
Auslagerung	20
<i>Portfolio-Managementvereinbarung</i>	20
<i>Sonstiges</i>	21
Vertriebsvereinbarungen	21
Profil des typischen Anlegers	22
Anlageziele und Anlagegrenzen	22
Auf Ebene des Investmentfonds	22
<i>Anlageziele</i>	22
<i>Anlagestrategie und Anlagepolitik</i>	22
Zielfondsuniversum	22
Auswahlprozess der Zielfonds	23
Neue Zielfonds	24
Überwachung der Zielfonds.....	24
<i>Anlagebeschränkungen</i>	24
<i>Währungskurssicherung</i>	27
<i>Kreditaufnahme</i>	27
<i>Risikoparameter</i>	27

Zielfondsebene	27
<i>Struktur der Hedgefonds</i>	27
<i>Anlagestrategien der Hedgefonds</i>	28
<i>Anlagebeschränkungen der Hedgefonds im Verhältnis zum Investmentfonds</i>	30
Wertentwicklung	31
RISIKOFAKTOREN	31
Allgemeine Überlegungen	31
Risiken auf Ebene der Zielfonds	32
Unbeschränktes Anlagespektrum	32
Wirtschaftliche Umstände	32
Politische und/oder aufsichtsrechtliche Risiken	33
Geschäftsrisiko	33
Eingeschränkte Absicherung	33
Hebelwirkung aufgrund von Fremdfinanzierung (Leverage)	33
Leerverkauf	33
Verzinsliche Wertpapiere	34
Futures, Optionen und derivative Finanzinstrumente	34
Marktrisiken	36
Edelmetalle	36
Emerging Markets	36
Zinsrisiko	37
Devisenspekulationen	37
Kontrahentenrisiko	37
Emittentenrisiken	37
Transaktionsvolumen	37
Konzentration	37
Wettbewerb	38
Aussetzung des Handels	38
Liquidation der Zielfonds	38
Mögliche Rücknahmebeschränkungen	38
Betriebsdefizite	38
Anlageerfolgsprämie	38
Kaskadenstruktur	39
Intransparenz	39
Ausländische Zielfonds und fehlende aufsichtsrechtliche Kontrolle	39
Verwahrisiko	39
„Soft Dollar“-Leistungen	39
Allgemeine operative Risiken	40
Interessenkonflikte	40
Informationen über die Performance in der Vergangenheit	40
Konzentrationsrisiko	40
Rechtliches und steuerliches Risiko	40
Inflationsrisiko	41

Änderung der Anlagepolitik.....	41
Adressausfallrisiken.....	41
Abwicklungsrisiko	41
Ausländische Zielfonds.....	41
Risiken auf Ebene des Investmentfonds.....	42
Keine Gewährleistung.....	42
Keine unabhängigen Vertreter.....	42
Dividenden und Ausschüttungen	42
Eingeschränkte Fungibilität bei Zielfonds	42
Risiko trotz Diversifikation.....	43
Währungsrisiken.....	43
Geldmarktinstrumente und Bankeinlagen.....	43
Bewertungsrisiken	43
Verwaltungsgebühr.....	43
Performance-Risiko	43
Zeitliche Verzögerung nach Erklärung der Rücknahme.....	44
Auflösung des Investmentfonds.....	44
Änderung der Vertragsbedingungen; Verschmelzung	44
Sonstige Risiken.....	44
Schlüsselpersonenrisiko	44
Subjektive Entscheidungen	44
Sonstige Handlungen der Portfoliomanager	45
Aktives Management	45
Einfluss des Anlegers auf die Anlagestrategien.....	45
Pauschalbesteuerung	45
Inanspruchnahme von Kredit.....	45
Anteilklassen, Bewertung, Gebühren und Kosten.....	47
Anteilklassen	47
Definition.....	47
Kennnummern	47
Börsen und Märkte	47
Bewertung der Vermögensgegenstände zur Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises.....	48
Definition.....	48
Bewertungsverfahren.....	48
Gebühren und Kosten	50
Ausgabe- / Rücknahmeverfahren	54
Ausgabe von Anteilen	54
<i>Ausgabe von Anteilen</i>	54
<i>Zeichnungsverfahren</i>	55
<i>Ausgabeaufschlag</i>	56
<i>Mindestanlagebetrag</i>	56

Rücknahme von Anteilen	57
<i>Rücknahme von Anteilen</i>	57
<i>Rücknahmeverfahren</i>	57
<i>Rücknahmeabschlag</i>	58
Ausgabe- und Rücknahmepreise	58
<i>Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise</i>	58
<i>Aussetzung der Errechnung des Ausgabe-/Rücknahmepreises</i>	58
Übertragung auf ein anderes Sondervermögen	59
Übertragung des Investmentfonds	59
Verfahren	59
Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes	59
Auflösung des Investmentfonds	60
Voraussetzungen für die Auflösung des Investmentfonds	60
Verfahren bei Auflösung des Investmentfonds	61
Grundlegende Steuervorschriften	62
Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer)	63
<i>Zinsen, zinsähnliche Erträge sowie ausländische Dividenden (insb. aus Immobilienkapitalgesellschaften)</i>	63
<i>Gewinne aus dem Verkauf inländischer und ausländischer Immobilien nach Ablauf von 10 Jahren seit der Anschaffung</i>	64
<i>Ausländische Mieterträge und Gewinne aus dem Verkauf ausländischer Immobilien innerhalb von 10 Jahren seit der Anschaffung</i>	64
<i>Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren, Gewinne aus Termingeschäften und Erträge aus Stillhalterprämien</i>	64
<i>Inländische Mieten, Dividenden (insbesondere aus Immobilienkapitalgesellschaften) sowie Gewinne aus dem Verkauf inländischer Immobilien innerhalb von 10 Jahren seit Anschaffung</i>	65
<i>Erträge aus der Beteiligung an in- und ausländischen Immobilienpersonengesellschaften</i>	66
<i>Negative steuerliche Erträge</i>	66
<i>Substanzauskehrungen</i>	66
<i>Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene</i>	66
Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer)	67
<i>Inländische Mieterträge und Zinserträge sowie zinsähnliche Erträge</i>	67
<i>Ausländische Mieterträge</i>	67
<i>Gewinne aus dem Verkauf inländischer und ausländischer Immobilien</i>	67
<i>Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren, Gewinne aus Termingeschäften und Erträge aus Stillhalterprämien</i>	68
<i>In- und ausländische Dividenden (insbesondere aus Immobilienkapitalgesellschaften)</i>	69
<i>Erträge aus der Beteiligung an in- und ausländischen Immobilienpersonengesellschaften</i>	69
<i>Negative steuerliche Erträge</i>	69
<i>Substanzauskehrungen</i>	70
<i>Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene</i>	70

Steuerausländer	70
Solidaritätszuschlag	71
Kirchensteuer	71
Ausländische Quellensteuer.....	71
Gesonderte Feststellung, Außenprüfung	72
Zwischengewinnbesteuerung.....	72
Folgen der Verschmelzung von Sondervermögen.....	72
Transparente, semitransparente und intransparente Besteuerung	73
EU-Zinsrichtlinie / Zinsinformationsverordnung	73
Grunderwerbsteuer	74
Allgemeines.....	75
Berichterstattung und Prüfung des Sondervermögens	75
Zahlungen an die Anleger / Verbreitung der Berichte und sonstige Informationen	75
Geschäftsjahr, Berichterstattung, Gewinneinbehaltung	75
Ermittlung und Verwendung der Erträge.....	75
Ertragsausgleich.....	75
Prüfung des Sondervermögens	76
Weitere Informationen über die beteiligten Parteien	76
<i>HANSAINVEST</i>	76
<i>CACEIS Bank Deutschland GmbH</i>	80
Allgemeine Vertragsbedingungen für Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken.....	81
Besondere Vertragsbedingungen.....	88
Anhang: Ausgestaltungsmerkmale der Anteilklassen	97

Wichtige Informationen

Eine Anlage in diesen Investmentfonds ist mit Risiken verbunden, die sich von den Risiken traditioneller Anlagen unterscheiden. Eine Anlage in diesen Investmentfonds sollten nur solche Anleger in Betracht ziehen, die in der Lage sind, die im Prospekt beschriebenen Risiken zu bewerten und zu tragen. Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie in Extremfällen unter Umständen den Totalverlust ihrer Anlagen hinnehmen müssen. Der Investmentfonds teilt seine Vermögensgegenstände jedoch auf verschiedene Hedgefonds, bei denen unterschiedliche Anlagestrategien zum Einsatz kommen und die von verschiedenen Hedgefonds-Managern verwaltet werden, auf. Potenzielle Anleger sollten, wenn sie eine Anlage in den Investmentfonds tätigen, sich der möglichen Risiken bewusst sein (siehe den Abschnitt „**Risikofaktoren**“ dieses Prospekts).

Dieser Prospekt ist zur Verwendung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geeignet und bestimmt. Zusätzliche Informationen für Anleger und für den Vertrieb von Anteilen in der Republik Österreich finden sich im Anschluss an diesen Abschnitt unter „**Zusätzliche Informationen**“.. Außerhalb Deutschlands sollte dieser Prospekt grundsätzlich nicht als Aufforderung oder Angebot zum Erwerb von Investmentanteilen verstanden werden. Anleger, die außerhalb Deutschlands Anteile an diesem Investmentfonds erwerben möchten, sollten sich vergewissern, dass die für den Erwerb von Investmentanteilen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften des betreffenden Landes hierdurch nicht verletzt werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Hoheitsgebieten oder Besitztümern, die der Gesetzgebung der USA unterliegen, sowie zugunsten von US-Staatsangehörigen dürfen Anteile an diesem Investmentfonds nicht öffentlich zum Verkauf angeboten werden.

Es ist nicht gestattet, von diesem Prospekt abweichende Auskünfte oder Erklärungen im Zusammenhang mit dem Angebot der Anteile abzugeben, und, falls dennoch abgegeben, darf nicht darauf vertraut werden, dass solche Auskünfte oder Erklärungen von der Gesellschaft autorisiert wurden.

Dieser Prospekt und die darin enthaltenen Angaben entsprechen dem Stand zum Prospektdatum. Im Falle von wesentlichen Änderungen wird dieser Prospekt aktualisiert.

Besteuerung

Anleger sollten unabhängig von ihrer Ansässigkeit professionellen Rat hinsichtlich der steuerlichen Konsequenzen des Erwerbs, des Haltens und der Rückgabe von Anteilen an dem Investmentfonds einholen, die für die rechtlichen Vorschriften der jeweiligen Jurisdiktion anwendbar sind, sowie hinsichtlich etwaiger devisenrechtlicher Bestimmungen, die gegebenenfalls anwendbar für die Anleger in den jeweiligen Jurisdiktionen sind. Nähere Hinweise in Bezug auf die Besteuerung finden sich im Abschnitt „**Grundlegende Steuervorschriften**“ sowie speziell für österreichische Anleger auf den nachfolgenden Seiten dieses Prospektes.

Zusätzliche Informationen für Anleger und für den Vertrieb von Anteilen in der Republik Österreich

Allgemeine Angaben

Angaben über den Repräsentanten

Die Gesellschaft hat die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (im Folgenden auch „**ÖVAG**“), eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht, mit dem Sitz in A-1090 Wien, Kolingasse 14-16, zu ihrem Repräsentanten ernannt.

Die ÖVAG vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sie ist zum Empfang von der für die Gesellschaft, Verwaltungsgesellschaft, Vertriebsgesellschaft und den öffentlichen Anbieter bestimmten Schriftstücken ermächtigt.

Angaben über die Zahlstelle in der Republik Österreich

Die Gesellschaft hat die ÖVAG mit dem Sitz in A-1090 Wien, Kolingasse 14-16, als österreichische Zahlstelle, benannt, über welche von den Anteilhabern geleistete oder für sie bestimmte Zahlungen geleistet werden können.

Keine staatliche Aufsicht der Verwaltungsgesellschaft und des Fonds in der Republik Österreich

Weder die Verwaltungsgesellschaft noch der Investmentfonds unterliegen der Aufsicht der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) noch einer anderen staatlichen Aufsicht durch eine österreichische Behörde.

Risikohinweis auf den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten

Es ist möglich, dass der Investmentfonds Geschäfte mit derivativen Produkten tätigt. Das Risiko, (erhebliche) Verluste zu erleiden, ist bei Geschäften mit derivativen Produkten höher als bei der Anlage in andere Wertpapiere.

Veröffentlichung des Ausgabe- und Rücknahmepreises

Der Ausgabe- und Rücknahmepreis wird börsentäglich in der Tageszeitung „derStandard“ veröffentlicht. Sonstige Veröffentlichungen erfolgen auf der Internetseite www.volksbankinvestments.com.

Rücktrittsrecht

Für österreichische Anleger ist § 3 KSchG anzuwenden.

Hat ein Verbraucher seine Vertragserklärung zum Erwerb von Anteilen des Investmentfonds weder in den vom Unternehmen für seine geschäftlichen Zwecke dauernd benützten Räumen noch bei einem von diesem dafür auf einer Messe oder einem Markt benützten Stand abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrags oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung dieses Hinweises, frühestens jedoch mit dem Zustandekom-

men des Vertrags, zu laufen.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Unternehmers enthält, dem Unternehmer oder dessen Beauftragten, der an den Vertragsverhandlungen mitgewirkt hat, mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn diese Erklärung innerhalb des in Absatz 1 genannten Zeitraumes abgesendet wird.

Gemäß § 63 Wertpapieraufsichtsgesetz kommt § 3 KSchG beim Erwerb von Anteilen an in- oder ausländischen Kapitalanlagefonds unbeschadet einer Anbahnung der geschäftlichen Verbindung zwecks Schließung dieses Vertrages durch den Verbraucher zur Anwendung.

Gerichtsstand

Gerichtsstand für Klagen gegen die Investmentgesellschaft, die Verwaltungsgesellschaft oder die Vertriebsgesellschaft, die auf den Vertrieb der Investmentanteile in Österreich Bezug haben, ist das sachlich zuständige Gericht in 1090 Wien. Die Klageschrift sowie alle sonstigen Schriftstücke können dem Repräsentanten zugestellt werden.

Kostenlose Unterlagen

Dem interessierten Anleger eines ausländischen Kapitalanlagefondsanteiles werden die Fondsbestimmungen, ein Prospekt der ausländischen Kapitalanlagegesellschaft sowie eine Durchschrift des Antrags auf Vertragsabschluss vor Vertragsabschluss kostenlos ausgehändigt.

Definitionen

Nachfolgende Definitionen sind in Verbindung mit dem gesamten Verkaufsprospekt sowie den Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen zu lesen.

Abrechnungstag: Definition in Abschnitt „Zeichnungsverfahren“

Allgemeine Vertragsbedingungen: Definition in Abschnitt „Allgemeine Vertragsbedingungen“

Anlageberater: Definition in Abschnitt „Portfoliomanagementvereinbarung“

Anleger: Definition in Abschnitt „Struktur des Investmentfonds“

Anteil: Definition in Abschnitt „Struktur des Investmentfonds“

Anteilklasse: Definition in Abschnitt „Struktur des Investmentfonds“

Anteilwert: Definition in Abschnitt „Bewertung der Vermögensgegenstände zur Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises“

Ausgabeaufschlag: Definition in Abschnitt „Ausgabeaufschlag“

Ausgabepreis: Definition in Abschnitt „Bewertung der Vermögensgegenstände zur Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises“

Ausgabetag: Definition in Abschnitt „Ausgabe von Anteilen“

Auslagerung: Definition in Abschnitt „Auslagerung“

BaFin: Definition in Abschnitt „Struktur des Investmentfonds“

Bankgeschäftstag: Jeder Tag, an dem die Banken in Hamburg für normale Geschäftstransaktionen geöffnet sind, ausgenommen Samstage und Sonntage, sowie jeder andere jeweils von der Gesellschaft festgelegte Tag.

Besondere Vertragsbedingungen: Definition in Abschnitt „Besondere Vertragsbedingungen“

Bewertungstag: Definition in Abschnitt „Bewertung der Vermögensgegenstände zur Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises“

Depotbank: Definition in Abschnitt „CACEIS Bank Deutschland GmbH, München (die Depotbank)“

Depotbankgebühr: Definition in Abschnitt „Gebühren und Kosten“

Erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung: Definition in Abschnitt „Bewertung der Vermögensgegenstände zur Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises“

Gesamtkostenquote: Definition in Abschnitt „Gebühren und Kosten“

Geschäftsjahr: Definition in Abschnitt „Struktur des Investmentfonds“

Gesellschaft: Definition in Abschnitt „HANSAINVEST (die Gesellschaft)“

Investmentfonds: Definition im Vorwort

Klasse: Definition in Abschnitt „Struktur des Investmentfonds“

Klasse A: Definition in Abschnitt „Struktur des Investmentfonds“

Lyxor-Hedgfonds: Definition in Abschnitt „Struktur der Hedgfonds“

Mindestanlagebetrag: Definition in Abschnitt „Mindestanlagebetrag“

Neugewinn: Definition in Abschnitt „Gebühren und Kosten“

Orderannahmeschluss: Definition in den Abschnitten „Zeichnungsverfahren“ und „Rücknahmeverfahren“

Portfoliomanager: Definition in Abschnitt „Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien (der „Portfoliomanager)“

Prospekt: Definition im Vorwort

Rücknahmeabschlag: Definition in Abschnitt „Rücknahmeabschlag“

Rücknahmepreis: Definition in Abschnitt „Bewertung der Vermögensgegenstände zur Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises“

Rücknahmestichtag: Definition in Abschnitt „Rücknahmeverfahren“

Rücknahmetag: Definition in Abschnitt „Rücknahme von Anteilen“

Typischer Anleger: Definition in Abschnitt „Profil des Typischen Anlegers“

Umtauschverhältnis: Definition in Abschnitt „Übertragung auf ein anderen Sondervermögen“

Verlustvortrag: Definition in Abschnitt „Gebühren und Kosten“

Verwaltungsvergütung: Definition in Abschnitt „Gebühren und Kosten“

Wirtschaftsprüfer: Definition in Abschnitt PricewaterhouseCoopers (die Wirtschaftsprüfer)

Zielfonds: Definition in Abschnitt „Anlagebeschränkungen“

Zulässige Devisengeschäfte: Definition in Abschnitt „Anlagebeschränkungen“

Einführung und Hauptmerkmale

Struktur des Investmentfonds

Der Investmentfonds **HI VB Global Trend** ist ein Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken (nachstehend auch „**Dach-Hedgefonds**“ oder „**Investmentfonds**“ genannt) im Sinne des Investmentgesetzes (InvG), welches am 31. März 2006 gemäß den Bestimmungen des § 113 InvG für unbestimmte Dauer aufgelegt wurde. Die Fondswährung lautet auf Euro. Es wird von der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH (nachstehend auch „HANSAINVEST“ oder „Gesellschaft“ genannt) verwaltet.

Der Investmentfonds beabsichtigt, den Anlegern ein Portfolio von Hedgefonds mit unterschiedlicher Anlagepolitik zu bieten, welches sich nach dem Grundsatz der Risikomischung auf verschiedene Märkte, Strategien (mit Schwerpunkt auf „Managed Futures“) und Instrumente ausrichtet. Das Vermögen des Investmentfonds ist vom Gesellschaftsvermögen getrennt und gehört somit auch nicht zur Insolvenzmasse der Gesellschaft.

Die Gesellschaft legt bei ihr eingelegtes Geld im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung und gesondert vom eigenen Vermögen gemäß den Bestimmungen des InvG und den Vertragsbedingungen an, die (i) die Rechtsverhältnisse zwischen den Anlegern und der Gesellschaft regeln, (ii) festlegen, in welchen Vermögensgegenstände die Gesellschaft im Namen und für Rechnung des Investmentfonds anlegen darf und (iii) die allgemeinen Bestimmungen festlegen, die der Investmentfonds einhalten muss. Die in diesem Verkaufsprospekt enthaltenen Vertragsbedingungen umfassen die Allgemeinen und die Besonderen Vertragsbedingungen, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („**BaFin**“) genehmigt wurden, mit Ausnahme der Bestimmungen, die sich auf die Vergütungen und Aufwendererstattungen beziehen, und sind fester Bestandteil dieses Verkaufsprospekts.

Die CACEIS Bank Deutschland GmbH, München, ist mit der Verwahrung der Vermögensgegenstände des Investmentfonds beauftragt worden; sie handelt unabhängig von der Gesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anleger gemäß den Bestimmungen des InvG und den hierin enthaltenen Vertragsbedingungen, einschließlich der Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen.

Die Gesellschaft gibt Anteile („**Anteile**“) aus, welche die Rechte der Anleger („**Anleger**“) verbriefen. Die Anteile lauten auf den Inhaber und verbriefen die Ansprüche der Inhaber gegenüber der Gesellschaft. Die Anleger sind an den Vermögensgegenständen des Investmentfonds entsprechend der Anzahl ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt. Die Rechte der Anleger werden bei der Errichtung des Investmentfonds ausschließlich in Globalurkunden verbrieft, die bei einer Wertpapiersammelbank verwahrt werden. Die Anleger sind dementsprechend nicht berechtigt, eine physische Lieferung der Anteile zu verlangen. Ein Erwerb von Anteilen ist nur bei Depotverwahrung möglich.

Die Gesellschaft kann verschiedene Anteilklassen (jeweils eine „**Klasse**“) auflegen, mit denen jeweils unterschiedliche Ausstattungsmerkmale in Bezug auf den Ausgabeaufschlag, den Rücknahmeabschlag, die Währung des

Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütung (wie im Abschnitt „**Gebühren und Kosten**“ näher erläutert), der Mindestanlagesumme, der Ertragsverwendung oder eine Kombination dieser Merkmale verbunden sind. Bei Auflegung des Investmentfonds zu dem in diesem Prospekt genannten Datum ist eine Anteilklasse A („**Klasse A**“, siehe auch Abschnitt „**Anteilklassen**“) aufgelegt worden, die auf Euro lautet und auch in Euro bewertet wird.

Die Gesellschaft kann die Vertragsbedingungen ändern. Jede Änderung der Vertragsbedingungen des Investmentfonds unterliegt der Genehmigungspflicht durch die BaFin.

Änderungen der Anlagegrundsätze des Investmentfonds bedürfen darüber hinaus der Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft.

Beabsichtigt die Gesellschaft die Vertragsbedingungen des Investmentfonds zu ändern, so muss sie die vorgesehenen Änderungen im elektronischen Bundesanzeiger sowie in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder unter www.hansainvest.com bekannt machen. Die Änderungen treten frühestens am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Änderungen von Regelungen zu den Vergütungen und Aufwendererstattungen treten frühestens sechs Monate nach ihrer Bekanntmachung in Kraft, wenn nicht mit Zustimmung der Bundesanstalt ein früherer Zeitpunkt bestimmt wurde. Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Sondervermögens treten ebenfalls frühestens sechs Monate nach Bekanntmachung in Kraft und sind nur unter der Bedingung zulässig, dass die Kapitalanlagegesellschaft den Anlegern anbietet, ihre Anteile gegen Anteile an Sondervermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen kostenlos umzutauschen, sofern derartige Sondervermögen von der Kapitalanlagegesellschaft oder einem anderen Unternehmen aus ihrem Konzern verwaltet werden, oder ihnen anbietet, ihre Anteile kostenlos vor dem Inkrafttreten der Änderungen zurückzunehmen.

Wenn die Änderungen Vergütungen und Aufwandserstattungen, die aus dem Sondervermögen entnommen werden dürfen, oder die Anlagegrundsätze des Sondervermögens oder wesentliche Anlegerrechte betreffen, werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen in Papierform oder in elektronischer Form informiert. Diese Information umfasst die wesentlichen Inhalte der geplanten Änderungen, ihre Hintergründe, die Rechte der Anleger in Zusammenhang mit der Änderung sowie einen Hinweis darauf, wo und wie weitere Informationen erlangt werden können. Die Pflicht zur Information der Anleger in Papierform oder in elektronischer Form besteht jedoch nicht in Bezug auf Änderungen der Vertragsbedingungen, mit denen lediglich zwingend erforderliche Anpassungen an die seit dem 1. Juli 2011 geltende Fassung des Investmentgesetzes vorgenommen werden.

Die Verkaufsunterlagen (d. h. der Verkaufsprospekt einschließlich der Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen, die wesentlichen Anlegerinformationen, der zuletzt veröffentlichte Jahres- und ggf. Halbjahresbericht) sind potenziellen Anlegern, sofern es sich bei ihnen um natürliche Personen handelt, stets vor Vertragsschluss anzubieten. Der Antrag auf Erwerb von Anteilen an dem Investmentfonds bedarf der schriftlichen Form. Die Angebotsunterlagen wie auch alle weiteren Anlegerinformationen, auf die in diesem Prospekt Bezug genommen wird, sind bei der Gesellschaft, der Depotbank oder auf der Website www.hansainvest.com kostenlos erhältlich. Die Vertragsbedingungen des Investmentfonds wurden von der BaFin genehmigt und sind

Bestandteil dieses Verkaufsprospekts. Die Vertragsbedingungen sind in diesem Prospekt abgedruckt. Zusätzliche Informationen über die Anlagegrenzen des Risikomanagements des Investmentfonds, die Risikomanagementmethoden und die jüngsten Entwicklungen bei den Risiken und Renditen der wichtigsten Kategorien von Vermögensgegenständen sind in schriftlicher Form bei der Gesellschaft erhältlich.

Das Geschäftsjahr des Investmentfonds beginnt am 1. September eines Kalenderjahres und endet am 31. August des darauf folgenden Kalenderjahres (jeweils ein „**Geschäftsjahr**“).

Die beteiligten Parteien im Überblick

HANSAINVEST (die Gesellschaft)

Allgemeine Informationen

HANSAINVEST
Hanseatische Investment-GmbH
Postfach 60 09 45
22209 Hamburg

Hausanschrift:
Kapstadtring 8
22297 Hamburg

Handelsregister B 12 891,
Amtsgericht Hamburg

Telefon: (040) 300 57- 62 96
Telefax: (040) 300 57- 61 42
Internet: www.hansainvest.com
E-Mail: service@hansainvest.de

Gezeichnetes und eingezahltes Kapital:
EUR 10.500.000,00

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH ist das Kalenderjahr.

Gesellschafter

SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund
IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg

Geschäftsführung

Nicholas Brinckmann

Gerhard Lenschow
(zugleich Präsident des Verwaltungsrats der HANSAINVEST LUX S.A.)

Dr. Jörg W. Stotz
(zugleich Mitglied des Verwaltungsrats der HANSAINVEST LUX S.A. sowie Mitglied der Geschäftsführung der SIGNAL IDUNA Private Equity Fonds GmbH, der SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH und der SIGNAL IDUNA Select Invest GmbH)

Lothar Tuttas

Aufsichtsrat

Ulrich Leitermann (Vorsitzender),
Vorstandsmitglied der SIGNAL IDUNA Gruppe, Hamburg
(zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH)

Michael Petmecky (stellvertretender Vorsitzender),
Vorstandsmitglied der SIGNAL IDUNA Gruppe, Hamburg
(zugleich Mitglied des Aufsichtsrates der SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH)

Thomas Gollub
Vorstandsvorsitzender der Aramea Asset Management AG, Hamburg
(zugleich stellvertretender Präsident des Verwaltungsrats der HANSAINVEST LUX S.A.)

Thomas Janta
Direktor NRW.BANK, Düsseldorf

Dr. Thomas A. Lange
Vorstandsvorsitzender der National-Bank AG, Essen

Prof. Dr. Harald Stützer
Geschäftsführender Gesellschafter der STUETZER Real Estate Consulting GmbH, Neufahrn

Weitere Informationen über die Gesellschaft sind in nachfolgend im Abschnitt „**Weitere Informationen über die beteiligten Parteien**“ aufgeführt.

CACEIS Bank Deutschland GmbH, München (die Depotbank)

CACEIS Bank Deutschland GmbH

Lilienthalallee 34- 36

80939 München

Sitz der Hauptverwaltung: München

Gezeichnetes und eingezahltes Kapital:

EUR 5.113.000,00

Weitere Informationen über die Depotbank finden sich unter „**Weitere Informationen über die beteiligten Parteien**“..

Änderungen der Zusammensetzung der Gremien und Abschlussprüfer sowie aktuelle Daten über das haftende Eigenkapital der Gesellschaft und der Depotbank werden im aktuellen Jahres- bzw. Halbjahresbericht veröffentlicht.

Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien (der Portfoliomanager)

Allgemeine Informationen

Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H.

Saturn Tower

Leonard-Bernstein-Straße 10

14. Stock

A-1220 Wien

Österreich

Internet: www.volksbankinvest.com

Handelsgericht Wien, HRB 54527m

zuständige Aufsichtsbehörde: Finanzmarktaufsichtsbehörde

Kammerzugehörigkeit: Wirtschaftskammer Österreich

UID-Nummer: ATU55827500

Die Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. ist eine Kapitalanlagegesellschaft im Sinne des § 2 Invest-

mentfondsgesetz und ist im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien zu 54527m (Firmenbuchnummer) eingetragen. Ihr Unternehmenszweck ist die Verwaltung von Kapitalanlagefonds sowie die Erbringung von Anlageberatung und Portfolioverwaltung. Sie ist für Zwecke der Vermögensverwaltung zugelassen und unterliegt der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA).

Gezeichnetes und eingezahltes Kapital:

EUR 2.500.000,00

Gesellschafter

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien (100%)

Geschäftsführung

Dir. Manfred Stagl

Günter Toifl

Aufsichtsrat

Friedrich Strobl, MBA, Vorsitzender

Prok. Heimo Rottensteiner, Stellvertreter

Dir. Mag. Thomas Biedermann

Dipl.-BW (FH) Lars Fuhrmann

Dr. Friedhelm Boschert

PricewaterhouseCoopers (die Wirtschaftsprüfer)

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

New-York-Ring 13

22297 Hamburg

Auslagerung

Die Gesellschaft hat verschiedene Aufgaben auf Dritte übertragen und ist jederzeit berechtigt, diesen Dritten in Bezug auf die ausgelagerten Aufgaben Weisungen zu erteilen entsprechend den Bestimmungen des jeweiligen Auslagerungsvertrages. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Auslagerungsverträge gemäß den zwischen der Gesellschaft und dem jeweiligen Dritten vereinbarten Bedingungen zu kündigen und die jeweiligen Aufgaben auf andere Dritte zu übertragen oder selbst zu übernehmen.

Portfolio-Managementvereinbarung

Die Gesellschaft hat die Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. (der „**Portfoliomanager**“) durch eine vertragliche Vereinbarung, die unter Einhaltung der jeweils gültigen deutschen Gesetze und Regelungen geschlossen wurde, (die „**Managementvereinbarung**“) zum Portfoliomanager des Investmentfonds ernannt.

Der Portfoliomanager kann sämtliche Anlageentscheidungen nach freiem Ermessen treffen und muss zu diesem Zwecke keine Anweisungen der Gesellschaft einholen. Der Portfoliomanager ist befugt, zu jeder Zeit das Vermögen des Investmentfonds zu disponieren und die zugrunde liegenden Hedgefonds auszuwählen, um das Anlageziel des Investmentfonds zu erreichen. Dabei müssen die Anlageentscheidungen des Portfoliomanagers in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des vorliegenden Prospekts, des InvG sowie der Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen getroffen werden.

Der Portfoliomanager wird entsprechend den Bestimmungen im Auslagerungsvertrag im Hinblick auf jeden vom Investmentfonds gezeichneten Zielfonds fortlaufend (i) überprüfen, dass der jeweilige Zielfonds geltendem deutschem Recht entspricht, und (ii) der Gesellschaft alle erforderlichen Informationen und Unterlagen sowie allgemein anerkannte Risikoindikatoren, insbesondere den Value-at-Risk zur Verfügung stellen.

Es steht dem Portfoliomanager frei, sich bei den zu treffenden Anlageentscheidungen durch Dritte beraten zu lassen. Bei Auflegung des Investmentfonds lässt sich der Portfoliomanager nicht von einem Dritten beraten.

Der Portfoliomanager erhält eine Vergütung von der Gesellschaft, die diese aus ihrer Verwaltungsvergütung und ggfs. aus der erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütung entrichtet. Hiervon hat der Portfoliomanager potentielle Vergütungen für die Beratungsleistungen eines Anlageberaters oder etwaiger weiterer beauftragter Dritter zu entrichten.

Die Ernennung des Portfoliomanagers und die Beauftragung des Anlageberaters durch den Portfoliomanager berühren weder die Pflichten der Gesellschaft unter dem Investmentgesetz noch ihre zivilrechtliche Haftung gegenüber den Anlegern.

Durch die Ernennung des Portfoliomanagers entsteht kein Rechtsverhältnis zwischen dem Portfoliomanager und den Anlegern.

Sonstiges

Die Gesellschaft hat die folgenden Aufgaben auf andere Unternehmen übertragen:

- Bereitstellung und Unterhaltung der Soft- und auf Hardware zum Betrieb des EDV-Netzwerks und der DV-Bürokommunikation IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg
- EDV-Innenrevision und Baurevision auf KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin/Frankfurt am Main
- Durchführung der Marktrisikomessung nach dem auf Qualifizierten Ansatz laut DerivateV BHF-Bank AG, Frankfurt am Main

Die HANSAINVEST ist jederzeit berechtigt, den vorgenannten Unternehmen in Bezug auf die ausgelagerten Aufgaben Weisungen zu erteilen. Sie kann ihnen auch kündigen und die entsprechenden Aufgaben auf Dritte auslagern oder selbst erledigen.

Vertriebsvereinbarungen

Die Gesellschaft hat der Österreichische Volksbanken-AG (im Folgenden: „**ÖVAG**“), Wien, durch eine vertragliche Vereinbarung, die unter Einhaltung der jeweils gültigen deutschen Gesetze und Regelungen geschlossen wurde (der „**Vertriebsvertrag**“), das Recht zum Vertrieb der Anteile des Investmentfonds in der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Die ÖVAG kann gemäß den Bestimmungen dieses Vertriebsvertrags Untervertriebsverträge mit anderen Vertriebspartnern abschließen. Diese Vertriebspartner arbeiten in eigenem Namen und auf eigene Rechnung. Sie erbringen dem Anleger eigenständige Leistungen (z.B. in der Form der Anlageberatung) und sind keine Erfüllungsgehilfen der Gesellschaft. Werden Anleger an Vertriebspartner verwiesen, erfolgt dies lediglich im Hinblick auf den Erwerb von Anteilen des Investmentfonds und nicht auf andere, von den Vertriebspartnern angebotene Finanzprodukte. Vertriebspartner sind auch nicht bevollmächtigt, Zahlungen für Fondsanteile namens der Gesellschaft oder von der Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. entgegenzunehmen.

Die Gesellschaft rät dringend von der Fremdfinanzierung der Käufe von Fondsanteilen ab, da sich das Anlagerisiko durch eine Fremdfinanzierung erheblich erhöht. Die Gesellschaft bietet Anteile an dem Investmentfonds an, beteiligt sich aber grundsätzlich nicht an dem Angebot von Finanzprodukten, die mit den Fondsanteilen kombiniert sind. Sofern Vertriebspartner solche "Kombinationsprodukte" anbieten, übernehmen die Gesellschaft oder die ÖVAG oder die mit ihr verbundenen Unternehmen keine Verantwortung für diese Produkte.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Kostenstrukturen und Besteuerung der Direktanlage in Investmentfonds und der Anlage in fondsgebundene Lebensversicherungen oder Dachfondsprodukten wird den Anlegern dringend geraten, sich bei ihren Steuer- und Finanzberatern darüber zu informieren, welche Anlageform die für sie günstigere ist.

Profil des typischen Anlegers

Die Anlage in den Investmentfonds ist ausschließlich für erfahrene Anleger geeignet, die in der Lage sind, die Risiken und den Wert der Anlage zu beurteilen (der „**typische Anleger**“). Die Anlage in Hedgefonds kann zu höheren Gewinnen führen, birgt aber gleichzeitig auch entsprechend größere Risiken, die zu erheblichen Verlusten, im ungünstigsten Fall zu einem Totalverlust des eingesetzten Kapitals, führen können. Deshalb muss der Anleger bereit und in der Lage sein, den vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals hinzunehmen. Der Erwerb von Anteilen des Investmentfonds sollte der längerfristigen Anlage dienen und vorzugsweise als Beimischung zu einem Gesamtportfolio, welches auch andere Anlageformen enthält, erfolgen.

Anlageziele und Anlagegrenzen

Auf Ebene des Investmentfonds

Anlageziele

Das Anlageziel des Investmentfonds ist es, einen Vermögenszuwachs durch die Investition in Zielfonds zu erreichen.

Der Investmentfonds strebt danach, Anlegern durch das Portfolio ein Spektrum von alternativen Investmentstrategien zugänglich zu machen, wobei eine Diversifikation über Märkte, Strategien, Manager und Instrumente erreicht werden soll. Für das Sondervermögen sollen insbesondere, aber nicht ausschließlich, Zielfonds erworben werden, deren Fondsmanager, so genannte Commodity Trading Advisors (CTAs), Derivate - insbesondere Terminkontrakte und Optionen – verwenden; diese Zielfonds werden auch als "Managed Futures Fonds" bezeichnet. Bei „Managed Futures“ handelt es sich um Fonds, die auf den internationalen Termin- und Währungsmärkten handeln. In der Regel werden vollautomatisierte Computerprogramme verwendet, die auf „technischer“ Basis Verkaufssignale für Long bzw. Short Positionen generieren. Bei den verwendeten Programmen dominiert meist der Trend Following Ansatz. Bei diesem versuchen Computerprogramme, Trends an den Termin- und Währungsmärkten zu erkennen und mittels Long bzw. Short Positionen von diesen Trends zu profitieren. Durch die CTAs der Zielfonds und die verwendeten Derivate sollen die unmittelbar nachstehend beschriebenen Anlagestrategien der Zielfonds verfolgt werden.

Es kann keine Garantie dafür gegeben werden, dass der Investmentfonds sein Anlageziel erreichen wird.

Anlagestrategie und Anlagepolitik

Zielfondsuniversum

Der Investmentfonds legt seine Mittel in Anteilen von Hedgefonds (nachstehend als "**Zielfonds**" bezeichnet) sowie bis zu maximal 49% des Wertes des Investmentfonds in Bankeinlagen, Geldmarktinstrumenten und in Anteilen an Investmentvermögen im Sinne des § 50 InvG, die ausschließlich in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten anlegen dürfen, sowie in Anteilen an entsprechenden ausländischen Investmentvermögen (Geldmarktfonds) an.

Der Investmentfonds kann zwecks Absicherung von Währungsrisiken ebenfalls zulässige Devisengeschäfte tätigen. Geeignete, den gesetzlichen Vorschriften des Investmentgesetzes entsprechende Hedgefonds sind solche, die entweder Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken nach Maßgabe des § 112 InvG (inländische Hedgefonds) sind oder ausländische Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach § 112 Absatz 1 InvG vergleichbar sind oder Investmentaktiengesellschaften nach Maßgabe des § 96 InvG, deren Satzung eine dem § 112 Absatz 1 InvG vergleichbare Anlageform vorsieht („**Hedgefonds**“).

Die Chancen und Risiken dieser Zielfondsanteile stehen in engem Zusammenhang mit den Chancen und Risiken der in dem jeweiligen Zielfonds gehaltenen Vermögensgegenstände. Gegenüber den von den herkömmlichen Sondervermögen, insbesondere den so genannten richtlinienkonformen Sondervermögen, getätigten Anlagen weisen die Anlagen von Zielfonds zusätzliche Risiken auf. Hedgefonds dürfen in einen weiten Katalog von Vermögensgegenständen investieren, der neben den für herkömmliche Sondervermögen zulässigen Anlagen auch Unternehmensbeteiligungen und stille Beteiligungen, deren Verkehrswerte ermittelt werden können, sowie Edelmetalle und Warentermingeschäfte beinhaltet.

Hedgefonds sind insbesondere dadurch charakterisiert, dass sie mindestens eine der folgenden beiden Bedingungen erfüllen:

- Steigerung des Investitionsgrades durch grundsätzlich unbeschränkte Kreditaufnahme für Rechnung der Anleger oder durch den Einsatz von Derivaten („**Leverage**“),
- Veräußerung von Vermögensgegenständen, die im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht zum Sondervermögen gehören, für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger („**Leerverkauf**“).

Abweichend von den Vorschriften der §§ 20 bis 29 InvG kann die Verwahrung der Vermögensgegenstände auch von einem Prime Broker wahrgenommen werden, wenn der Prime Broker seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem Staat, der Vollmitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist, hat, in seinem Sitzstaat einer wirksamen öffentlichen Aufsicht untersteht und über eine angemessene Bonität verfügt. Der Prime Broker kann entweder unmittelbar durch die Kapitalanlagegesellschaft oder durch die Depotbank bestellt werden. Wird die Verwahrung der Vermögensgegenstände von einem Prime Broker wahrgenommen, finden die §§ 20 bis 29 InvG insoweit keine Anwendung. Ein Wechsel des Prime Brokers ist der Bundesanstalt unverzüglich anzuzeigen.

Zielfonds dieses Investmentfonds sind Hedgefonds gemäß Definition im Abschnitt „**Zielfondsebene**“ dieses Prospektes.

Auswahlprozess der Zielfonds

Die Auswahl der Zielfonds wird in einem strukturierten Prozess vorgenommen, wobei folgende qualitative und quantitative Kriterien berücksichtigt werden:

a) Qualitative Kriterien:

Strategie der Zielfonds, Erfahrung, Qualifikation und bisher erzielte Anlageergebnisse (Track Record) des Zielfondsmanagements, Erfahrung der Fondsadministration, Risikomanagement.

b) Quantitative Kriterien:

Historische Rendite, historische Volatilität, Korrelation zu anderen Zielfonds.

Die aufgeführten Kriterien sind weder vollständig noch ausschließlich. Die Zusammensetzung und Gewichtung der Kriterien kann variieren. Insbesondere bei jungen Zielfonds, aber auch für andere Zielfonds können weitere Informationen herangezogen werden, wenn die Information sinnvoll und hilfreich erscheint.

Neue Zielfonds

Die Gesellschaft nimmt jedes Mal, wenn sie beabsichtigt, für den Investmentfonds in einen neuen Hedgefonds zu investieren, eine umfangreiche Beurteilung des Hedgefonds vor, um festzustellen, ob dieser alle aufsichtsrechtlichen Bestimmungen und Anlagebeschränkungen erfüllt und als Zielfonds in Frage kommt.

Überwachung der Zielfonds

VB Invest wird entsprechend den Bestimmungen im Auslagerungsvertrag im Hinblick auf jeden vom Investmentfonds gezeichneten Zielfonds fortlaufend (i) überprüfen, dass der jeweilige Zielfonds geltendem deutschem Recht entspricht, und (ii) der Gesellschaft alle erforderlichen Informationen und Unterlagen sowie allgemein anerkannte Risikoindikatoren, insbesondere den Value-at-Risk, zur Verfügung stellen.

Anlagebeschränkungen

Der Investmentfonds unterliegt den folgenden Anlagebeschränkungen und wird seine Anlagegeschäfte im Einklang mit diesen tätigen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, diese Beschränkungen bei Anlagen, die sie im Namen und für Rechnung des Investmentfonds tätigt, zu berücksichtigen.

- (i) **Bankeinlagen, Geldmarktinstrumente und Geldmarktfonds:** Der Investmentfonds darf bis zu 49 % seiner Vermögensgegenstände in Bankeinlagen, Geldmarktinstrumente und Geldmarktfonds, die auf Euro oder andere Währungen lauten können, und in Anteilen an Investmentvermögen im Sinne des § 50 InvG, die ausschließlich in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten anlegen dürfen, sowie in Anteilen an entsprechenden ausländischen Investmentvermögen (Geldmarktfonds) anlegen. Insbesondere bei Geldmarktinstrumenten kann es sich um verzinsliche Wertpapiere handeln, deren Restlaufzeit weniger als 12 Monate beträgt oder deren Laufzeit regelmäßig angepasst wird, so dass sie weniger als 12 Monate beträgt. Ein Mindestguthaben ist nicht vorgeschrieben.
- (ii) **Leverage und Leerverkäufe:** Der Gesellschaft ist es untersagt, für den Investmentfonds Leverage einzusetzen oder Leerverkäufe zu tätigen. Insbesondere ist es der Gesellschaft nicht gestattet,

Barkredite - auch nicht zwecks Erfüllung von Rücknahmeaufträgen im Investmentfonds - in Anspruch zu nehmen. Ausgenommen hiervon sind kurzfristige Kredite bis zu 10 % des Wertes des Investmentfonds (vgl. Abschnitt „**Kreditaufnahme**“).

- (iii) **Zielfonds:** Der Investmentfonds kann bis zu 100 % seiner Vermögensgegenstände in Zielfonds anlegen. Der Wert der Anteile an Zielfonds darf insgesamt 51 % des Wertes des Sondervermögens nicht überschreiten. Der Investmentfonds kann sämtliche ausgegebenen Anteile eines bestimmten Zielfonds erwerben. **In diesem Fall besteht die Gefahr einer Interessengleichschaltung zwischen dem Investmentfonds und dem Zielfonds mit der möglichen Folge, dass der Portfoliomanager auf die Anlagepolitik des Zielfonds einen maßgeblichen Einfluss ausübt.** Der Investmentfonds kann höchstens 20 % seines Wertes in einen einzelnen Zielfonds anlegen. Der Investmentfonds kann höchstens in zwei Zielfonds desselben Emittenten oder Fondsmanagers anlegen (*intuitu personae*). Die vom Investmentfonds erworbenen Zielfonds können ihre Vermögensgegenstände selbst nicht in andere Zielfonds anlegen; sie dürfen jedoch ihrerseits Anteile an anderen Investmentvermögen erwerben. Der Investmentfonds kann Zielfonds auswählen, denen gestattet ist, bis zu 100 % ihres Fondsvermögens in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten (auch auf Fremdwährung) anzulegen, zur Steigerung des Investitionsgrades unbeschränkt Kredite aufzunehmen oder Derivate einzusetzen und/oder Leerverkäufe vorzunehmen. **Hinsichtlich der mit der Steigerung des Investitionsgrades durch Kreditaufnahme oder dem Einsatz von Derivaten sowie der Vornahme von Leerverkäufen verbundenen Risiken wird auf den Abschnitt “Risikofaktoren“ verwiesen.** Der Investmentfonds kann bis zu 100 % seines Nettovermögens in Zielfonds, auch in ausländische Zielfonds, die keiner mit der Aufsicht nach dem InvG vergleichbaren staatlichen Aufsicht unterliegen, halten. Die ausländischen Hedgefonds können auch wenig oder nicht regulierte Fonds sein, die nur einer begrenzten Anzahl von Anlegern oder nur institutionellen Anlegern angeboten werden. Auch können Depotbanken ausländischer Zielfonds geringeren Anforderungen unterliegen als die inländischer Zielfonds. Die Gesellschaft darf nicht in ausländische Zielfonds aus Staaten anlegen, die bei der Bekämpfung der Geldwäsche nicht im Sinne internationaler Vereinbarungen kooperieren. Anteile ausländischer Zielfonds dürfen für den Investmentfonds nur erworben werden, wenn deren Vermögensgegenstände von einer Depotbank verwahrt werden oder die Funktionen der Depotbank von einer anderen vergleichbaren Einrichtung wahrgenommen werden. Ausländische Hedgefonds, in die der Investmentfonds investiert, müssen lediglich hinsichtlich ihrer Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen der inländischen Hedgefonds vergleichbar sind. Der Investmentfonds kann auch in ausländische Zielfonds, die in der rechtlichen Struktur eines Master-Feeder-Fonds aufgelegt wurden, anlegen, wenn diese Zielfonds bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise als ein Investmentvermögen angesehen werden können. Die ausländischen Zielfonds können auch niedrig oder nicht regulierte Fonds sein, die nur einer begrenzten Anzahl von Anlegern oder nur institutionellen Anlegern angeboten werden. Der Investmentfonds kann in Teilfonds von Umbrella-Fonds anlegen, falls die Vermögensgegenstände jedes Teilfonds von den Verbindlichkeiten der anderen Teilfonds des Umbrella-Fonds rechtlich getrennt sind und die Teilfonds nicht für die Verbindlichkeiten anderer Teilfonds des

Umbrella-Fonds haften.

- (iv) Die **Auswahl von Zielfonds** beruht auf quantitativer als auch auf qualitativer Analyse. Bei der quantitativen Vorauswahl werden unter Anwendung eines standardisierten Scoring und Ranking-Verfahrens folgende Kriterien berücksichtigt: risikoadjustierte Rendite, Rendite in ausgewählten Stressperioden, Renditeverteilungsprofil und Downside-Risiko. Bei der quantitativen Analyse werden hierbei zur Berechnung grundsätzlich historische Datenreihen und keine Backtest-Ergebnisse herangezogen. Anhand der Ergebnisse des quantitativen Auswahlprozesses werden die in Frage kommenden Zielfonds einem umfassenden qualitativen Auswahlprozess unterzogen. Hierbei konzentriert sich die Analyse auf folgende Schwerpunkte: Fondsstrategie, Track Record des Managements, Relevante Erfahrungen des Kernpersonals, Risikomanagement, Unternehmensorganisation und Fondsadministration. Hinsichtlich der für die Anlageentscheidungen eines potentiellen Zielfonds maßgeblichen Personen (Geschäftsleiter und/oder Fondsmanager) wird insbesondere deren Qualifikation und ihre Erfahrung, bezogen auf das jeweilige Fondsprofil, in die Auswahlentscheidung einbezogen. Der Portfoliomanager stellt sicher, dass ihm sämtliche für die Anlageentscheidung notwendigen Informationen über den Zielfonds vorliegen, mindestens jedoch der letzte Jahres- und Halbjahresbericht, die Vertragsbedingungen und Verkaufsprospekte oder gleichwertige Dokumente, Informationen zur Organisation, zum Management, zur Anlagepolitik, zum Risikomanagement und zur Depotbank oder einer vergleichbaren Einrichtung sowie Angaben zu Anlagebeschränkungen, zur Liquidität, zum Umfang des Leverage und zur Durchführung von Leerverkäufen. Bei dem Erwerb von Zielfondsanteilen an Spezial-Sondervermögen gilt analoges und es wird ein komplettes Bild der Portfoliomanager bzw. der Portfoliomanagementgesellschaften und ihrer Strategien eingeholt. Die Gesellschaft hat die Zielfonds, in die sie anlegt, in Bezug auf die Einhaltung der Anlagestrategien und Risiken laufend zu überwachen und sich regelmäßig allgemein anerkannte Risikokennziffern vorlegen zu lassen. Die Methode, nach der die Risikokennziffer errechnet wird, muss der Gesellschaft von dem jeweiligen Zielfonds angegeben und erläutert werden.

- (v) **Zulässige Devisengeschäfte:** Die Gesellschaft darf für den Investmentfonds nur zur Währungskurssicherung von Vermögensgegenständen, die auf eine andere Währung als die Währung des Investmentfonds lautet, Devisenterminkontrakte verkaufen sowie Verkaufsoptionsrechte auf Devisen oder auf Devisenterminkontrakte erwerben, die auf die Währung des Investmentfonds lautet. Devisenterminkontrakte und Kaufoptionsrechte auf Devisen oder auf Devisenterminkontrakte dürfen im Falle schwebender Verpflichtungsgeschäfte nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung des Geschäftes benötigt werden (zusammen die "**Zulässigen Devisengeschäfte**").

Währungskurssicherung

Der Investmentfonds kann Zielfonds erwerben, die auf eine andere Währung lauten (vorwiegend US-Dollar). Zur Absicherung der Anlagen gegen Schwankungen im Wert der Währung des Investmentfonds zu anderen Währungen kann die Gesellschaft für Rechnung des Investmentfonds zulässige Devisengeschäfte (gemäß vorstehender Definition) tätigen. Ungeachtet der Bemühungen der Gesellschaft, auf diese Weise die Auswirkungen von Schwankungen auf den Anteilwert des Investmentfonds zu verringern, ist es aus mehreren Gründen möglich, dass eine vollkommene Korrelation zwischen solchen Hedging-Instrumenten und Schwankungen im Wert der Währung des Investmentfonds zum US-Dollar nicht erreicht werden kann. Eine unvollkommene Korrelation kann die Wirkung des gewünschten Absicherungszwecks verringern oder den Investmentfonds Verlustrisiken aussetzen. Zusätzlich und über solche Risiken hinaus verursacht die Währungsabsicherung Kosten, die die Wertentwicklung der Anteile negativ beeinflussen. Folglich kann die vorgenannte beabsichtigte Absicherung nicht vollständig gewährleistet werden.

Kreditaufnahme

Die Aufnahme von kurzfristigen Krediten für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger ist bis zu 10 % des Wertes des Investmentfonds zulässig, sofern die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Depotbank der Kreditaufnahme zustimmt.

Risikoparameter

Die Gesellschaft überwacht den Investmentfonds kontinuierlich hinsichtlich der Erfüllung der Anlagestrategien und Risiken des Investmentfonds und seiner jeweiligen Zielfonds auf der Basis (i) allgemein anerkannter Risikoidikatoren, die von den Zielfonds zur Verfügung gestellt werden, und (ii) von Beschränkungen, die bei Auflegung des Fonds gemeinsam von der Gesellschaft und dem Portfoliomanager festgelegt wurden.

Zielfondsebene

Struktur der Hedgefonds

Der Investmentfonds hat bei Auflegung des Sondervermögens zunächst in Lyxor-Hedgefonds investiert. Bei den Lyxor-Hedgefonds handelt es sich um *Multi-Class Investment Companies* mit beschränkter Haftung, die in Jersey nach dem *Companies (Jersey) Law 1991* errichtet wurden. *Participating Shares* der Lyxor-Hedgefonds werden zum Datum dieses Prospekts an der Irish Stock Exchange notiert. Jeder Lyxor-Hedgefonds gilt nach dem *Collective Investment Funds (Jersey) Law, 1988* (in seiner jeweils gültigen Fassung) als "*collective investment fund*" und wird als solcher reguliert.

SG Hambros Trust Company (Jersey) Limited ist Verwahrer der Lyxor-Hedgefonds. SG Hambros Fund Managers (Jersey) Limited ist Manager und Registrierstelle der Lyxor-Hedgefonds. Der Manager der Lyxor-Hedgefonds hat jeweils bestimmte Aufgaben auf Lyxor Asset Management S.A. als Sub-Manager übertragen. Lyxor-Hedgefonds werden in Form von "Managed Accounts" geführt: dabei wird einem Vermögensverwalter (Hedgefonds-Manager oder "Managed Futures"-Experte) ein Mandat zur Verwaltung der Vermögensgegenstände des *Principal Investment Portfolio* jedes Lyxor-Hedgefonds gemäß dessen jeweiliger Anlagestrategie übertragen.

Lyxor Asset Management S.A. obliegen im Hinblick auf jeden Lyxor-Hedgefonds die folgenden Aufgaben:

- Auswahl, sorgfältige Prüfung und Ernennung von Vermögensverwaltern,
- Verhandlungen mit und Überwachung der Kapazitäten jedes Vermögensverwalters, Bereitstellung von Lyxor-Hedgefonds,
- Risikoüberwachung und Sicherstellung, dass jeder Vermögensverwalter sein Verwaltungsmandat erfüllt, Beendigung der Ernennung eines Vermögensverwalters, falls Risikobeschränkungen verletzt werden,
- wöchentliche Bewertung jedes Lyxor-Hedgefonds.

Der Investmentfonds kann und wird aber auch in Hedgefonds außerhalb der Lyxor-Plattform investieren.

Anlagestrategien der Hedgefonds

Die Gesellschaft beabsichtigt, in Zielfonds anzulegen, deren Anlagestrategie auf die Erwirtschaftung von positiven absoluten Renditen ausgerichtet ist. Als mögliche Anlagestrategien der Hedgefonds kommen die nachfolgend beschriebenen, eine Mischung hieraus, aber auch sonstige Anlagestrategien in Betracht:

- **"Relative Value"**: Bei dieser Anlagestrategie wird versucht, Kursdifferenzen zwischen ähnlichen oder voneinander abhängigen Finanzinstrumenten auszunutzen. Überbewertete Finanzinstrumente werden (leer-)verkauft und im Gegenzug (relativ) unterbewertete ähnliche Finanzinstrumente gekauft. Hierbei können z.B. folgende Unterstrategien verfolgt werden:
 - "Convertible Bond Arbitrage" - hierbei werden Wandelanleihen und andere hybride Finanzinstrumente erworben, welche z.B. zusätzlich zu einem Zinselement ein Wandlungsrecht enthalten. Desweiteren wird versucht, die auf Grund der hybriden Natur dieser Finanzinstrumente auftretenden Unzulänglichkeiten bei der Preisbildung auszunutzen.
 - "Fixed Income Arbitrage" - hierbei werden Kursdifferenzen von verzinslichen Finanzinstrumenten, die sich z.B. an unterschiedlichen Börsenplätzen, im Verhältnis zu einem theoretisch festgelegten Kurs oder im Verhältnis zu anderen ähnlichen Finanzinstrumenten ergeben, ausgenutzt. Da die Kursdifferenz hierbei meistens sehr gering ist, wird der Investitionsgrad oft durch Fremdkapitalaufnahme oder Derivate erheblich gesteigert.
 - "Merger Arbitrage" - hier wird versucht, die sich durch die im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen ergebenden Kursänderungen der Aktien der beteiligten Unternehmen auszunutzen.
- **"Long/Short Equity"**: Bei dieser Anlagestrategie wird versucht, unterbewertete Aktien zu kaufen und im Gegenzug eigene oder im Rahmen von Darlehengeschäften erhaltene ähnliche Aktien z.B. des gleichen Sektors, welche als überbewertet eingestuft werden, als Absicherung gegenüber dem bestehenden Schwankungsrisiko zu verkaufen. Diese Strategie kann mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in der Umsetzung verfolgt werden:

- "Long Biased" - hierbei werden überwiegend Kaufpositionen (Long Positionen) eingegangen, und es wird auf steigende Märkte gesetzt.
- "Market Neutral" - hierbei werden marktneutrale Positionen gehalten und es wird versucht, kurzfristig auftretende Preisineffizienzen zu nutzen. Dabei wird auf einen Ausgleich dieser Preisineffizienzen im Markt gesetzt.
- "Short Biased" oder "Short Sellers" - hierbei wird auf fallende Kurse gesetzt. Dabei werden eigene oder im Rahmen von Darlehensgeschäften erhaltene Vermögensgegenstände oder Finanzinstrumente veräußert, um sie später günstiger zurückzuerwerben. Erfüllen sich die Erwartungen, wird der Gewinn aus der Differenz zwischen dem teureren Verkauf des Vermögensgegenstandes bzw. Finanzinstruments und dem nachfolgenden günstigeren Rückkauf erwirtschaftet.
- **"Specialist Credit" bzw. "Event Driven"**: Bei dieser Anlagestrategie wird versucht, von außergewöhnlichen Ereignissen zu profitieren, die auf Grund spezieller Ausnahmesituationen wie beispielsweise Unternehmensinsolvenzen oder -restrukturierungen ausgelöst werden und die Kreditwürdigkeit bzw. das Rating von Unternehmen beeinflussen. Beispielhaft können folgende Anlagestrategien hervorgehoben werden:
 - "Distressed Securities" - hier werden Wertpapiere von Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehandelt.
 - "Special Situations" - hierbei werden die durch außergewöhnliche Ereignisse wie beispielsweise Joint Ventures (Kooperationen) oder Ausgliederungen (Buy-outs) ausgelösten Kursänderungen der Aktien der betroffenen Unternehmen ausgenutzt.
 - "Asset Backed Lending" - hierbei werden Unternehmen Finanzmittel gegen Sicherheiten in werthaltigen Vermögenswerten des Unternehmens zur Verfügung gestellt.
- **"Directional Trading" bzw. "Opportunistische Strategien"**: Bei diesen Anlagestrategien wird versucht, im Rahmen einer opportunistischen Strategie bestimmte Marktentwicklungen anhand von volks- und betriebswirtschaftlichen Analysen vorauszusehen. Beispielhaft seien genannt:
 - "Global Macro" - hierbei wird versucht, durch makroökonomische Ereignisse (wie z.B. Kriege, Katastrophen oder politische Entscheidungen mit volkswirtschaftlicher Bedeutung) ausgelöste Kurschwankungen auszunutzen.
 - "Market Timing" - hierbei wird versucht, zum richtigen Zeitpunkt auf kurze Sicht zu investieren, wobei grundsätzlich jeder Anlagegegenstand in Betracht kommt (Aktien, Indizes, Anleihen, Edelmetalle u. a.). Sollte sich auf Grund der gegenwärtigen Marktlage gerade keine vielversprechende Anlagemöglichkeit ergeben, wird das Fondsvermögen typischerweise in verzinsliche Wertpapiere oder andere Geldmarktinstrumente umgeschichtet.

- "Emerging Markets" - bei dieser Anlagepolitik wird vornehmlich mit Finanzinstrumenten von Emittenten aus aufstrebenden Ländern, die sich auf der Schwelle vom Entwicklungs- zum Industrieland befinden, gehandelt.

Außer den vorgenannten Strategien können noch weitere Strategien in Betracht gezogen werden, die durch die vorstehend beschriebenen nicht erfasst werden.

Anlagebeschränkungen der Hedgefonds im Verhältnis zum Investmentfonds

Der Investmentfonds wird nur Anteile an solchen Zielfonds erwerben, die

- a. den Grundsatz der Risikodiversifikation beachten,
- b. eine Steigerung des Investitionsgrades durch eine grundsätzlich unbeschränkte Aufnahme von Krediten bzw. über den Einsatz von Derivaten (Leverage) vorsehen und/oder den Verkauf von nicht zu ihrem Fondsvermögen gehörenden Anlagegegenständen (Leerverkäufe) gestatten,
- c. ihr Fondsermögen von einer Depotbank, einem Prime Broker oder einer vergleichbaren Einrichtung im Sinne des § 113 Absatz 3 InvG verwahren lassen,
- d. der Gesellschaft das Recht zur Rückgabe ihrer Anteile nach Maßgabe des § 116 InvG einräumen,
- e. ihr Fondsvermögen nur anlegen in,
 - Wertpapieren,
 - Geldmarktinstrumenten,
 - Derivaten,
 - Bankguthaben,
 - Anteilen an Sondervermögen nach Maßgabe der §§ 50, 66, 83 InvG sowie an entsprechenden ausländischen Sondervermögen,
 - stillen Beteiligungen im Sinne des § 230 Handelsgesetzbuch an einem Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich des Investmentgesetzes, deren Verkehrswert ermittelt werden kann,
 - Edelmetallen,
 - Unternehmensbeteiligungen, deren Verkehrswert ermittelt werden kann (wobei Beteiligungen an Unternehmen, die nicht an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Handel einbezogen sind, nur bis zu einem Anteil am Fondsvermögen in Höhe von 30 % erworben werden).

Nähere Angaben zu den spezifischen Anlagebeschränkungen der einzelnen Hedgefonds sind in den jeweiligen Verkaufsunterlagen der Hedgefonds enthalten.

Eine Nachschusspflicht des Anlegers hinsichtlich seiner Anlage in diesen Investmentfonds besteht nicht. Ein möglicher Verlust besteht somit maximal in Höhe seiner Anlage (ggfs. inkl. des von ihm entrichteten Ausgabeaufschla-

ges). Weiter ist eine physische Lieferung von Waren oder Edelmetallen an den Investmentfonds und den Anleger ausgeschlossen.

Wertentwicklung

Die Wertentwicklung des Investmentfonds beträgt in den Kalenderjahren seit Auflegung wie folgt in %:

Kalenderjahr 2006:	- 0,95
Kalenderjahr 2007:	+ 4,05
Kalenderjahr 2008:	+ 16,25
Kalenderjahr 2009:	- 6,73
Kalenderjahr 2010:	+ 2,91

Die Berechnung der Wertentwicklung wurde nach der „BVI-Methode“ vorgenommen.

Die Wertentwicklung eines Sondervermögens in der Vergangenheit ist kein Indikator für dessen zukünftige Wertentwicklung. Sollte sich mithin der Investmentfonds in Zukunft positiv oder negativ entwickeln, ist dies kein Indikator dafür, dass diese Entwicklung sich auf Dauer fortsetzt.

RISIKOFAKTOREN

Allgemeine Überlegungen

Die potentiellen Erträge und Risiken einer Anlage in den Investmentfonds hängen unmittelbar von den potentiellen Erträgen und Risiken einer Anlage in den Zielfonds, in die der Investmentfonds investiert, ab.

Eine Anlage in die Zielfonds birgt ein hohes Risiko. Potentielle Anleger sollten beachten, dass bei Anlagen in den Investmentfonds spezielle Überlegungen zu treffen sind, die im Falle einer Anlage in anderen Wertpapiere normalerweise nicht erforderlich sind, und dass die Investition in den Investmentfonds für die individuelle Anlage keine abschließende und vollständige Vermögensstrukturierung darstellt. Ein wesentlicher Teil des Vermögens des Investmentfonds ist in Hedgefonds angelegt; Anlagen in den Investmentfonds sind daher nicht für alle Anleger geeignet (vgl. auch den Abschnitt „**Typischer Anleger**“)

Es kann keine Garantie dafür gegeben werden, dass die Zielfonds ihre Anlageziele erreichen werden. Dementsprechend kann auch keine Garantie dafür gegeben werden, dass der Investmentfonds sein Anlageziel erreichen wird und Erträge für die Anleger erwirtschaftet. Potenzielle Anleger sollten sich der Risiken von Hedgefonds bewusst sein. Trotz sorgfältiger Auswahl der Zielfonds kann es bei den von den Zielfonds getätigten Anlagen auch zu erheblichen Verlusten, im ungünstigsten Fall sogar zum Totalverlust kommen. Wenn das Dachfonds-Management des Investmentfonds auch bemüht ist, diese Risiken zu minimieren, sollte der Erwerb des Investmentfonds vorrangig den Charakter einer Portfolio-Beimischung haben.

Der Anteilwert (der Klassen) des Investmentfonds kann steigen oder sinken. Die Anleger erlangen ihren ursprünglichen Kapitaleinsatz möglicherweise nicht zurück. Die Wertentwicklung der Vermögensgegenstände des Investmentfonds sind abhängig von (i) Marktschwankungen, (ii) der Zuverlässigkeit der Kontrahenten sowie (iii) der Effizienz bei der Umsetzung der jeweils vom Investmentfonds zur Liquidation der Anlagen oder zur Eröffnung der Positionen verfolgten Strategien. Dementsprechend birgt eine Anlage in den Investmentfonds unter anderem Marktrisiken, Kreditrisiken und allgemeine Betriebsrisiken.

Der Eintritt eines Risikoereignisses oder eines anderen Ereignisses, das den Wert der Anlagen in den Investmentfonds nachteilig beeinflussen kann, kann jederzeit zu einer gravierenden Wertminderung der Anteile des Investmentfonds führen. Aufgrund der mit der vom Investmentfonds verfolgten Strategie verbundenen Risiken kann der Anteilwert jeder Klasse des Investmentfonds jederzeit erheblich sinken und sogar auf Null fallen.

Aufgrund seiner Zusammensetzung und der Zusammensetzung seiner Zielfonds weist der Investmentfonds eine erhöhte Volatilität auf, d. h. die Anteilpreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume erheblichen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfen sein.

Vor einer Anlage in den Investmentfonds sollten die nachfolgend aufgeführten Risikofaktoren aufmerksam gelesen und bedacht werden. Jedem potentiellen Anleger wird angeraten, mit seinen persönlichen Rechts- und Wirtschaftsberatern die mit der eventuellen Anlage in den Investmentfonds verbundenen Risiken zu diskutieren und abzuwägen, ob die hier angebotene Investition vor dem Hintergrund der eigenen finanziellen, steuerlichen und sonstigen Verhältnisse und der in diesem Verkaufsprospekt enthaltenen sonstigen Informationen geeignet ist. **Die hierin enthaltene Auflistung der Risikofaktoren stellt keine endgültige Auflistung aller Risikofaktoren dar.**

Risiken auf Ebene der Zielfonds

Nachstehend werden einige Risikofaktoren dargelegt, die potentielle Anleger vor einer Anlage in den Investmentfonds sorgfältig bedenken sollten. Jeder der Zielfonds ist diesen Risiken unterschiedlich stark ausgesetzt. Die Anleger werden ferner auf die Risiken auf Ebene des Investmentfonds, die im zweiten Teil des Abschnittes „**Risikofaktoren**“ dieses Prospekts aufgeführt sind, hingewiesen.

Unbeschränktes Anlagespektrum

Die Manager der Zielfonds können eine Vielzahl verschiedener Handelsstrategien verfolgen, indem sie in unterschiedliche Finanzinstrumente, wie z.B. Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Bankeinlagen, Derivate (einschließlich Futureskontrakte, Optionen, Swaps sowie Spot- und Forward-Devisentransaktionen), Länder und Märkte, deutsche oder ausländische Investmentfonds (die selbst keine Zielfonds darstellen) oder Edelmetalle investieren.

Wirtschaftliche Umstände

Der Erfolg der Anlageaktivitäten ist abhängig von den allgemeinen wirtschaftlichen Umständen, die die Zinssätze

und Zinsvolatilität sowie den Umfang und Zeitpunkt der Anlegerbeteiligung an den Aktienmärkten beeinflussen. Eine unerwartete Volatilität oder Illiquidität der Märkte, an denen die Zielfonds Bestände halten, kann dazu führen, dass ein Zielfonds in der Ausübung seiner Geschäftstätigkeit beeinträchtigt wird oder Verluste erleidet. Diese Umstände liegen außerhalb der Kontrolle der Zielfondsmanager; es kann keine Garantie dafür gegeben werden, dass die Zielfondsmanager diese Entwicklungen voraussehen.

Politische und/oder aufsichtsrechtliche Risiken

Der Wert der Vermögensgegenstände der Zielfonds kann von Ungewissheiten wie u. a. internationalen politischen Entwicklungen, Änderungen der Regierungspolitik oder Besteuerung, Beschränkung von Auslandsinvestitionen oder Kapitalrückführung, Währungsschwankungen oder anderen Entwicklungen, die die Gesetze und Regelungen in den Ländern betreffen, in denen die Zielfonds investiert sind, abhängen. Außerdem dürfen Hedgefondsmanager an Börsen handeln, die nicht so streng reguliert sind wie diejenigen der EU-Staaten oder der USA.

Geschäftsrisiko

Die verschiedenen Börsen, an denen die Wertpapiere, in die die Zielfonds anlegen, notiert sind, sowie die Wertpapiere selbst können eine extrem hohe Volatilität aufweisen. Geldmarktinstrumente und festverzinsliche Kapitalanlagen werden weltweit gehandelt. Die Märkte für diese Instrumente unterliegen generell Schwankungen, wodurch der Marktwert einer einzelnen Investition erheblich variieren kann. Die Investitionen, die die Zielfonds tätigen, können als spekulativ angesehen werden. Es kann keine Garantie dafür gegeben werden, dass ein Zielfonds Erträge oder Wertzunahmen erwirtschaften wird.

Eingeschränkte Absicherung

Unter bestimmten Voraussetzungen können die Zielfonds verschiedene Absicherungstechniken einsetzen, um die Risiken, denen ihre Anlagepositionen ausgesetzt sind, zu mindern. Das Risiko, dass diese Absicherungstechniken nicht immer zur Verfügung stehen und dass sie, wenn sie zur Verfügung stehen, nicht immer effektiv zur Verlustminderung eingesetzt werden können, bleibt jedoch bestehen. Die Zielfonds werden mit großer Wahrscheinlichkeit in erheblichem Maße ungesicherte Positionen eingehen.

Hebelwirkung aufgrund von Fremdfinanzierung (Leverage)

Die Zielfonds können Leverage einsetzen, d.h. sie können Fremdmittel in Anspruch nehmen, um zusätzliche Investitionen zu tätigen. Falls die Erträge dieser zusätzlichen Investitionen die für die Fremdfinanzierung zahlbaren Zinsen überschreiten, kann die Auswirkung auf den Wert eines Zielfonds gravierend sein. Ferner können auch diese zusätzlichen Investitionen zu Verlusten führen und den Wert des Zielfonds erheblich mindern. Derivate können ebenfalls eine Form des Leverage mit ähnlichen potentiellen Folgen darstellen.

Leerverkauf

Die Zielfonds können Wertpapiere verkaufen, die sich (noch) nicht im Bestand ihres Zielfondsportfolios befinden (Leerverkauf). Ein solcher Leerverkauf birgt das Risiko eines Verlustes, welcher den investierten Betrag übersteigt. Leerverkäufe bergen theoretisch ein unbegrenztes Verlustrisiko, da die Steigerung des Kurswerts der Wertpapiere vor der Glattstellung der Position theoretisch ebenfalls unbegrenzt ist. Leerverkäufe können zu plötzlichen und

erheblichen Verlusten führen, wenn z. B. für eine Gesellschaft, deren Wertpapiere Gegenstand des Leerverkaufs sind, ein Übernahmeangebot unterbreitet wird, welches deutlich über deren Marktwert liegt.

Verzinsliche Wertpapiere

Die Zielfonds können in verzinsliche Wertpapiere investieren. Die Zielfonds sind daher erheblichen Preisschwankungen ausgesetzt, die auf Änderungen der Zinssätze (vgl. Zinsrisiken) und/oder der Bonität der Emittenten (vgl. Kreditrisiken) zurückzuführen sind und zu Verlusten in den Zielfonds führen können.

Futures, Optionen und derivative Finanzinstrumente

Die Zielfonds können in bestimmte Futureskontrakte, einschließlich Aktienindex-Futures und Futures mit Bezug auf Staatsanleihen, Zinssätze, Devisen, Edelmetalle, Energieprodukte und andere Wirtschaftsgüter sowie in Optionen auf solche Futures investieren, was auch den Erwerb von Kaufoptionen, den Verkauf ungedeckter oder gedeckter Kaufoptionen sowie den Erwerb oder Verkauf von Verkaufsoptionen auf diese Futureskontrakte umfasst. Die Zielfonds können auch Optionen auf Wertpapiere, Wertpapierindizes oder andere Sondervermögen kaufen oder verkaufen sowie Termin- und Optionsgeschäfte wie auch verschiedene Swap- und swapähnliche Geschäfte abschließen. Alle vorstehend genannten Anlageformen werden als derivative Finanzinstrumente oder Derivate bezeichnet.

Die Futuresmärkte sind hochvolatil und werden von verschiedensten Faktoren wie z. B. den nationalen und internationalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Darüber hinaus ist aufgrund der im Futureshandel üblicherweise niedrigen Einschusszahlung (Margin) ein hoher Fremdfinanzierungsgrad für die entsprechenden Handelsbestände typisch. Verhältnismäßig geringe Preisbewegungen eines Futureskontraktes können daher zu erheblichen Verlusten für den Zielfonds führen. Futurespositionen werden täglich neu bewertet und entsprechend dieser Bewertung sind Einschusszahlungen oder -rückzahlungen an den oder von dem Zielfonds zu leisten.

Futurespositionen können nur an der Börse, an der sie auch eingegangen wurden, oder an einer verbundenen Börse glattgestellt werden; ein Sekundärmarkt für diese Kontrakte existiert nicht. Typischerweise investieren die Zielfonds nur dann in Futureskontrakte, wenn ein aktiver Markt für diese existiert; es kann jedoch keine Garantie dafür gegeben werden, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt ein aktiver Markt für diese Kontrakte existieren wird. Bestimmte Terminbörsen beschränken den Handel mit bestimmten Futureskontrakten durch tägliche Preisgrenzen und lassen keine Geschäfte zu Preisen zu, die außerhalb der festgelegten täglichen Ober- und Untergrenze liegen. Das kann u. U. dazu führen, dass ein Zielfonds ungünstige Positionen nicht unverzüglich veräußern kann, wenn die Preise an einem bestimmten Handelstag außerhalb dieser Preisgrenzen liegen, was erhebliche Verluste nach sich ziehen kann.

Beim Einsatz zu Sicherungszwecken kann ein Zielfonds aufgrund eines mangelhaften oder variablen Korrelationsgrades zwischen den Preisbewegungen der Futureskontrakte und der zugrundeliegenden abzusichernden Investition möglicherweise den beabsichtigten Sicherungseffekt nicht erreichen oder Verlustrisiken ausgesetzt sein.

Darüber hinaus können nachteilige Veränderung der Kurswerte dazu führen, dass die vom Zielfonds erzielte Ge-

winne eliminiert werden oder sogar Verluste entstehen, wenn der Zielfonds nicht gegen Wechselkursschwankungen zwischen US-Dollar und den Währungen, in denen Transaktionen an ausländischen Börsen abgewickelt werden, abgesichert ist.

Auch der Einsatz anderer Derivate birgt die meisten der oben in Bezug auf Futureskontrakte aufgeführten Risiken, einschließlich der Risiken hinsichtlich Volatilität, Liquidität, Absicherung und Devisenhandel. Derivate können volatil sein und sind je nach Eigenschaften des einzelnen Derivats und des Gesamtportfolios aufgrund der verschiedenen Risikoarten unterschiedlich riskant. Mit Hilfe von Derivaten kann ein Unternehmen durch Anlage in spezielle Wertpapiere den Risikograd seines Portfolios steigern oder mindern bzw. die Risikoarten, denen das Portfolio ausgesetzt ist, verändern.

Derivate können Anlagerisiken mit sich bringen, die weitaus größer sind, als deren Kosten vermuten lassen; eine relativ geringe Anlage in Derivate kann daher einen unverhältnismäßig starken Einfluss auf die Performance haben.

Anlagen in Derivate können, falls diese zu ungeeigneten Zeitpunkten getätigt werden oder die Marktbedingungen falsch bewertet werden, zu einer Minderung der Erträge der Zielfonds bzw. zu Verlusten führen. Ein Zielfonds kann Verluste erleiden, wenn die Anlagen in Derivate nicht mit seinen anderen Anlagen korrelieren oder wenn der Zielfonds aufgrund eines illiquiden Sekundärmarktes nicht in der Lage ist, seine Positionen aufzulösen. Der Markt für viele Derivate ist illiquide oder kann dies plötzlich werden. Änderungen der Liquidität können zu erheblichen, raschen und nicht vorhersehbaren Änderungen der Preise der Derivate führen.

Derivate können an etablierten Börsen oder außerbörslich (OTC-Derivate) erworben werden. Börsengehandelte Derivate werden im Allgemeinen von der Clearingstelle garantiert, die Emittent oder Kontrahent des Derivats ist. Diese Garantie wird normalerweise durch ein System täglicher Zahlungen (d. h. Nachschussmarge-Forderungen) gestützt, welches die Clearingstelle zur Minderung des Gesamtkreditrisikos betreibt. Daher ist das Kontrahentenrisiko, welches mit börsengehandelten Derivaten verbunden ist, außer im Falle eines Ausfalls der Clearingstelle relativ gering. Im Gegenteil dazu übernimmt keine Clearingstelle eine Garantie für OTC-Derivate. Jede Partei einer OTC-Derivate-Transaktion trägt daher das Kontrahentenausfallrisiko. OTC-Derivate sind weniger liquide als börsengehandelte Derivate, da der jeweilige Kontrahent einer Transaktion u. U. der einzige interessierte Abnehmer sein kann.

Der Handel mit Optionen ist mit bestimmten zusätzlichen Risiken verbunden. Die Marktbewegungen der Option und der zugrunde liegenden Finanzinstrumente sind im Einzelnen nicht vorhersehbar. Es kann keine Garantie dafür gegeben werden, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt ein liquider Markt zur Glattstellung einer bestimmten Option existieren wird. Ist dies nicht der Fall, kann ein Zielfonds in Bezug auf eine bestimmte Option möglicherweise keine Glattstellungstransaktion durchführen. Um für eine Option einen Gewinn zu erzielen, müsste der Optionsinhaber daher die Option ausüben und die Margin-Pflichten der zugrunde liegenden Finanzinstrumente erfüllen. Der Optionsverkäufer kann die Option nicht beenden, bevor die Option abgelaufen ist oder eine Ausübungsmitteilung an den Optionsverkäufer ergeht. Der Erwerb einer Option birgt das Risiko des vollständigen Kaufpreisver-

lusts. Der Optionsverkäufer ist dem Risiko eines Verlustes ausgesetzt, welcher der Differenz aus der Optionsprämie und dem Preis des zugrundeliegenden Futureskontraktes, den der Verkäufer bei Ausübung der Option erwerben oder liefern muss, entspricht. Der Verkäufer einer ungedeckten Option muss den zugrundeliegenden Basiswert am Markt u. U. zu einem Preis erwerben, der den Ausübungspreis der Option deutlich überschreitet, um seinen Lieferverpflichtungen nachzukommen. Dies kann einen hohen Nettoverlust nach sich ziehen.

Marktrisiken

Die Märkte und bestimmte Geldmarktinstrumente, in die ein Zielfonds anlegt, können sich aufgrund einer plötzlichen Änderung der Regierungspolitik bezüglich der Besteuerung oder Devisenrückführung oder anderer Gesetzesänderungen in Bezug auf den Grad ausländischer Gesellschaftsbeteiligungen zeitweise durch eine hohe Volatilität auszeichnen, was die Preise, zu denen die Zielfonds ihre Positionen glattstellen können, um Rückkaufverlangen zu erfüllen oder anderweitigen Finanzierungsbedarf zu decken, beeinflussen kann. Außerdem befinden sich viele aufstrebende Märkte in einer Phase des schnellen Wachstums und sind weniger reguliert als die führenden Weltbörsen. Solche Börsen zeichnen sich generell durch eine geringere Liquidität aus und der Kauf und Verkauf von Wertpapieren kann mehr Zeit in Anspruch nehmen, als dies an entwickelten Märkten zu erwarten wäre; ferner kann es hier notwendig sein, Transaktionen zu ungünstigen Preisen durchzuführen. Jegliche Investitionen in spezielle Wertpapiere sind auch immer dem universellen Risiko des entsprechenden Wertpapiermarktes ausgesetzt. Es kann daher keine Garantie dafür gegeben werden, dass bei einer Anlage in einzelne Aktien Verluste, die dem gesamten Marktverlust entsprechen oder größer sind, vermieden werden können. Eine strenge Verwaltung der Finanzpositionen kann dieses Risiko mindern, aber nicht gänzlich eliminieren.

Edelmetalle

Das Halten, Kaufen oder Verkaufen von Edelmetallen kann in manchen Jurisdiktionen gesetzlich beschränkt oder mit zusätzlichen Steuern, Abgaben oder Gebühren belastet sein. Der physische Transfer von Edelmetallen in Edelmetalldepots kann durch Anordnung von lokalen Behörden oder sonstigen Institutionen beschränkt werden. Zusätzlich können Situationen entstehen, in denen das Risiko solch einer Übertragung nicht versichert werden kann und sich Speditionen folglich weigern, die Übertragung bzw. Lieferung durchzuführen. Edelmetallpreise schwanken auf Grund von Veränderungen der Inflationsraten oder Inflationserwartungen in verschiedenen Ländern, der Verfügbarkeit und des Angebots von Edelmetallen, Mengenverkäufen durch Regierungen, Zentralbanken oder internationale Agenturen, Investmentspekulationen sowie monetären oder wirtschaftspolitischen Entscheidungen verschiedener Regierungen über kurze Zeiträume stärker.

Emerging Markets

Die Zielfonds können in die so genannten „Emerging Markets“ investieren. Hierbei handelt es sich um Finanzinstrumente aus aufstrebenden Volkswirtschaften wie z. B. von Emittenten aus Südamerika, Asien oder Afrika, d. h. aus Regionen, die rasant wachsen, deren Kapitalmärkte aber auch sehr volatil und illiquid sind. Die Währungen, in denen solche Anlagen denominated sind, können instabil, nicht frei konvertierbar und/oder nicht frei übertragbar sein oder einem starken Wertverfall unterliegen. Der Wert von Anlagen in Emerging Markets kann auch von politischen, rechtlichen und fiskalischen Ungewissheiten beeinflusst werden. Existierende Gesetze finden in manchen Fällen keine konsequente Anwendung. Die Verwahrer solcher Anlagen sind in diesen Fällen nicht in der Lage, den

gleichen Grad an Service, Sicherheit und Verwaltung zu bieten, wie dies in weiter entwickelten Märkten üblich ist.

Zinsrisiko

Die Preise der Wertpapiere sind in der Regel zinssensitiv; unerwartete Schwankungen der Zinssätze können dazu führen, dass sich die Kauf- und Verkaufpositionen der entsprechenden Finanzpositionen in einer Art und Weise entwickeln, die zuvor nicht absehbar war. Im Falle eines Anstiegs der Zinssätze steigen zudem auch die Zinskosten, die dem Zielfonds für geliehene Wertpapiere und fremdfinanzierte Investitionen entstehen. Soweit der Hedgefaktor, der bei der Absicherung einer bestimmten Position Anwendung findet, anhand von Zinsprognosen bestimmt wird, können Zinsschwankungen, die nicht den zugrundeliegenden Prognosen entsprechen, Verluste im Zielfonds nach sich ziehen.

Devisenspekulationen

Devisenspekulationen können von bestimmten oder allen Zielfonds durchgeführt werden. In den vergangenen Jahren unterlagen die Devisenkurse sehr starken Schwankungen. In diesem Zusammenhang birgt die Kombination von Volatilität und Hebelwirkung (Leverage) ein großes Gewinnpotential, ist aber gleichzeitig mit einem beträchtlichen Verlustrisiko verbunden.

Kontrahentenrisiko

Die Zielfonds können mit einem oder mehreren Kontrahenten vertragliche Vereinbarungen abschließen, die Vermögensgegenstände des Zielfonds darstellen. Solche Vermögensgegenstände können u. U. auch den Gläubigern der Kontrahenten zugänglich sein. Die Vermögensgegenstände des Zielfonds werden daher von der Bonität und Zahlungsfähigkeit der Kontrahenten, mit denen diese Vereinbarungen abgeschlossen werden, beeinflusst.

Emittentenrisiken

Neben den allgemeinen Tendenzen an den Kapitalmärkten werden die Preise der Wertpapiere auch von der Performance und der Creditsituation der Emittenten beeinflusst. Selbst bei einer sorgfältigen Auswahl der Wertpapiere kann ein Zielfonds im Falle eines Ausfalls eines oder mehrerer Emittenten dauerhafte Verluste erleiden. Ein Zielfonds kann einem erheblichen Emittentenrisiko ausgesetzt sein, wenn er in Wertpapiere anlegt, die von Emittenten mit schlechter Finanzlage ausgegeben werden.

Transaktionsvolumen

Bestimmte Zielfonds können ihrer Anlagetätigkeit bestimmte kurzfristige Marktüberlegungen zugrunde legen. Das Transaktionsvolumen des Anlageportfolios kann daher erheblich sein. Im Rahmen solcher Anlageaktivitäten entstehen Transaktionsgebühren, die sich auf die Gesamtperformance der Zielfonds auswirken können.

Konzentration

Die Zielfonds können ihre Anlagetätigkeiten auf einige wenige Wertpapiere, Märkte oder Länder konzentrieren. Eine solche Konzentration kann einen verhältnismäßig größeren Verlust nach sich ziehen, als wenn der jeweilige Zielfonds bei seiner Anlagetätigkeit eine größere Bandbreite von Anlageformen berücksichtigt hätte.

Wettbewerb

Die Branche ist stark vom Wettbewerb bestimmt. So kann es den Zielfonds mitunter aufgrund der Aktivitäten ihrer Wettbewerber nicht möglich sein, Positionen zu den Preisen zu erwerben, die für ihre Gesamtstrategie am günstigsten wären. Darüber hinaus kann die verbreitete Nutzung computergestützter Handelssysteme für die Handelsstrategien zu einer Änderung der Handelsmuster oder einer Beeinträchtigung der Ausführung der Geschäfte führen, welche sich nachteilig auf die Zielfonds auswirken können.

Aussetzung des Handels

Wertpapierbörsen sind in der Regel berechtigt, den Handel mit jedem an solchen Börsen gehandelten Instrument zu suspendieren oder zu beschränken. Eine Aussetzung könnte es für einen Zielfonds unmöglich machen, Positionen zu liquidieren, was zu Verlusten dieses Zielfonds führen kann.

Liquidation der Zielfonds

Die Methode und die zeitliche Planung der Liquidation sowie die Verkaufsstrategien sind ausschlaggebende Faktoren für die Maximierung der Portfolioerträge. Ein Zielfonds kann seine Vermögensgegenstände an amtlichen Börsen, durch ein von Dritten gezeichnetes öffentliches Angebot sowie im Rahmen eines Angebots am öffentlichen Markt, welches nicht den Registrierungsspflichten unterliegt, veräußern. Ein erheblicher Teil der Wertpapiere jedes Zielfonds kann aufgrund des Erwerbs im Rahmen einer Privatplatzierung gesetzlichen Übertragungsbeschränkungen unterliegen. Aufgrund der an den Börsen jeweils herrschenden Marktbedingungen oder aufgrund von Beschränkungen in Bezug auf die Übertragung der Wertpapiere, in denen die Zielfonds anlegen können (z. B. Ablauf einer Mindesthaltedauer vor der Wiederveräußerung), kann es nicht immer möglich sein, Kauf- oder Verkauforder zum gewünschten Preis auszuführen oder offene Positionen zu liquidieren. Ferner kann eine Börsen- oder Regierungsbehörde den Handel an einer Börse oder mit bestimmten Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten an der Börse aussetzen oder beschränken.

Mögliche Rücknahmebeschränkungen

Die Liquidität der Zielfonds ist aufgrund der Tatsache, dass Zeichnungen und Rücknahmen nur zu festgelegten Zeiten und unter bestimmten Bedingungen erfolgen dürfen, begrenzt. Darüber hinaus sind die Anteile der Zielfonds in der Regel nicht frei auf andere Anleger übertragbar. Die Zielfondsmanager behalten sich häufig das Recht vor, die Anzahl der Anteile, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückgenommen werden können, zu begrenzen, und Rücknahmen im Falle von „höherer Gewalt“ im Sinne der Bestimmungen der Angebotsunterlagen der Zielfonds aufzuschieben.

Betriebsdefizite

Die Barmittel, die ein Zielfonds benötigt, um seine Betriebsausgaben (einschließlich der Managementgebühr und der übrigen Gebühren, die an den Verwahrer, die Wirtschaftsprüfer, etc. zu zahlen sind) zu decken, kann die Gewinne des Zielfonds übersteigen; die Differenz muss in diesem Falle aus dem Kapital des Zielfonds gezahlt werden, wodurch sich der Wert der Anlagen des Zielfonds und damit sein Rentabilitätspotential verringert.

Anlageerfolgsprämie

Neben der Managementgebühr ist auf Ebene der Zielfonds üblicherweise auch die Zahlung einer Anlageerfolgs-

prämie an den Manager vorgesehen. Eine solche Regelung kann zu deutlich höheren Zahlungen an die Zielfondsmanager führen als die traditionellen Vergütungsregelungen. Die Vereinbarung einer Anlageerfolgsprämie kann für die Zielfondsmanager ein Anreiz sein, risikoreichere und spekulativere Anlagen im Namen der Zielfonds zu tätigen, als sie dies anderenfalls getan hätten. Ein Zielfondsmanager kann eine Anlageerfolgsprämie für nicht realisierte Wertsteigerungen der Zielfonds erhalten.

Kaskadenstruktur

Der Erwerb von Anteilen an anderen Investmentvermögen (keine Investmentvermögen nach § 112 InvG) auf Ebene der Zielfonds kann zu einer Bildung von Kaskadenstrukturen führen. Kaskadenstrukturen bergen das Risiko möglicher Intransparenz, da sie unter Umständen zu schwer durchschaubaren Konstruktionen führen können. Des Weiteren kann das Risiko bestehen, dass zusätzlich zu den Gebühren der Zielfonds auch die Gebühren der von diesen erworbenen Investmentvermögen die Wertentwicklung der Zielfonds und damit auch die des Investmentfonds mindern.

Intransparenz

Im Gegensatz zu traditionellen Sondervermögen veröffentlichen die Zielfonds in der Regel kaum Informationen über ihre Aktivitäten, da eine vertrauliche Behandlung dieser Informationen für den Erfolg ihrer Anlagestrategien ausschlaggebend und damit von Vorteil für die Anleger sein kann.

Ausländische Zielfonds und fehlende aufsichtsrechtliche Kontrolle

Der Großteil der Zielfonds, in denen der Investmentfonds anlegt, unterliegt prinzipiell keiner staatlichen Aufsicht, die der in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar wäre. Die Risiken, die mit Anlagen in diesen Zielfonds verbunden sind, sind erheblich und hinsichtlich der Risikoart und des Risikogrades nicht mit den Risiken vergleichbar, die mit Anlagen in Hedgefonds verbunden sind, welche der Kontrolle der deutschen Aufsichtsbehörden unterliegen.

Verwahrrisiko

Mit der Verwahrung von Vermögensgegenständen ist ein Verlustrisiko verbunden, das aus Konkurs bzw. Insolvenz, Sorgfaltspflichtverletzungen oder missbräuchlichem Verhalten des Verwahrers oder eines Unterverwahrers des Vermögens der Zielfonds resultieren kann. Insbesondere der Einsatz eines Dritten (z. B. eines Prime Brokers) kann unter Umständen nicht die gleiche Sicherheit gewährleisten, wie der Einsatz einer deutschen Depotbank.

Die Zielfonds eines Dach-Hedgefonds dürfen neben einer Depotbank einen Prime Broker einsetzen. Diesem werden aufgrund der Bereitstellung von Krediten oder des Einsatzes von Derivaten üblicherweise Vermögensgegenstände des Zielfonds enthalten. Eine Insolvenz des Prime Brokers kann zu Vermögensverlusten auf Ebene der Zielfonds führen, die den Anteilwert des Dach-Hedgefonds verringern.

„Soft Dollar“-Leistungen

Die Zielfondsmanager können bei der Auswahl von Brokern, Banken und Händlern zur Durchführung von Transaktionen für ihre Zielfonds bestimmte Faktoren wie die von diesen Brokern, Banken und Händlern angebotenen

Dienstleistungen und Produkte berücksichtigen. Solche „Soft Dollar“-Leistungen können einen Zielfondsmanager gegebenenfalls dazu veranlassen, eine Transaktion mit einem bestimmten Broker, einer bestimmten Bank oder einem bestimmten Händler abzuschließen, obwohl diese nicht die niedrigsten Transaktionsgebühren bieten.

Allgemeine operative Risiken

Der Handel mit Finanzinstrumenten erfolgt unter Zuhilfenahme vielfältiger technischer Hilfsmittel wie Computerprogramme, elektronischer Informationssysteme, elektronischer Handelsprogramme, Telefone und anderer Hilfsmittel. Es ist nicht gewährleistet, dass diese Hilfsmittel einwandfrei funktionieren und zu jedem Zeitpunkt einsatzbereit sind. So kann beispielsweise ein Stromausfall dazu führen, dass Positionen, welche neu eingegangen, aufgelöst oder reduziert werden sollen, nicht zum jeweils gewünschten Zeitpunkt eingegangen, aufgelöst oder reduziert werden können. Dies kann zu erheblichen Verlusten oder nicht wahrgenommenen Anlagechancen führen, mit der Folge, dass die Wertentwicklung des betroffenen Zielfonds negativ wird.

Interessenkonflikte

Um Interessenkonflikte zu vermeiden, sind die Gesellschaft und der Portfoliomanager darum bemüht, sicherzustellen, dass die Interessen der Anleger mit denen der Zielfondsmanager übereinstimmen. Es können jedoch in bestimmten Situationen Interessenkonflikte zwischen den Interessen der Zielfondsmanager und den Interessen der Gesellschaft auftreten.

Informationen über die Performance in der Vergangenheit

Marktbedingungen und Handelsstrategien ändern sich ständig. Ein Erfolg der Zielfondsmanager in der Vergangenheit erlaubt daher keine Rückschlüsse in Bezug auf die zukünftige Rentabilität der Fonds.

Konzentrationsrisiko

Weitere Risiken können dadurch entstehen, dass eine Konzentration der Anlage in bestimmte Vermögensgegenstände oder Märkte erfolgt. Dann ist das Sondervermögen von der Entwicklung dieser Vermögensgegenstände oder Märkte besonders stark abhängig.

Rechtliches und steuerliches Risiko

Die rechtliche und steuerliche Behandlung von Fonds kann sich in unabsehbarer und nicht beeinflussbarer Weise ändern. Eine Änderung fehlerhaft festgestellter Besteuerungsgrundlagen des Fonds für vorangegangene Geschäftsjahre (z. B. aufgrund von steuerlichen Außenprüfungen) kann für den Fall einer für den Anleger steuerlich grundsätzlich nachteiligen Korrektur zur Folge haben, dass der Anleger die Steuerlast aus der Korrektur für vorangegangene Geschäftsjahre zu tragen hat, obwohl er unter Umständen zu diesem Zeitpunkt nicht in dem Sondervermögen investiert war. Umgekehrt kann für den Anleger der Fall eintreten, dass ihm eine steuerlich grundsätzlich vorteilhafte Korrektur für das aktuelle und für vorangegangene Geschäftsjahre, in denen er an dem Sondervermögen beteiligt war, durch die Rückgabe oder Veräußerung der Anteile vor Umsetzung der entsprechenden Korrektur nicht mehr zugute kommt.

Zudem kann eine Korrektur von Steuerdaten dazu führen, dass steuerpflichtige Erträge bzw. steuerliche Vorteile in einem anderen als eigentlich zutreffenden Veranlagungszeitraum tatsächlich steuerlich veranlagt werden und sich

dies beim einzelnen Anleger negativ auswirkt.

Inflationsrisiko

Die Inflation beinhaltet ein Abwertungsrisiko für alle Vermögensgegenstände.

Änderung der Anlagepolitik

Durch eine Änderung der Anlagepolitik innerhalb des für den Dach-Hedgefonds zulässigen Anlagespektrums kann sich das mit dem Dach-Hedgefonds verbundene Risiko inhaltlich verändern.

Adressausfallrisiken

Durch den Ausfall eines Ausstellers oder Kontrahenten können Verluste für das Sondervermögen entstehen. Das Ausstellerrisiko beschreibt die Auswirkung der besonderen Entwicklungen des jeweiligen Ausstellers, die neben den allgemeinen Tendenzen der Kapitalmärkte auf den Kurs eines Wertpapiers einwirken. Auch bei sorgfältiger Auswahl der Wertpapiere kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verluste durch Vermögensverfall von Ausstellern eintreten. Das Kontrahentenrisiko beinhaltet das Risiko der Partei eines gegenseitigen Vertrages, mit der eigenen Forderung teilweise oder vollständig auszufallen. Dies gilt für alle Verträge, die für Rechnung eines Sondervermögens geschlossen werden.

Abwicklungsrisiko

Insbesondere bei der Investition in nicht notierte Wertpapiere besteht das Risiko, dass die Abwicklung durch ein Transfersystem aufgrund einer verzögerten oder nicht vereinbarungsgemäßen Zahlung oder Lieferung nicht erwartungsgemäß ausgeführt wird.

Ausländische Zielfonds

Soweit der Dach-Hedgefonds in ausländische Zielfonds investiert, ist zu berücksichtigen, dass diese oft als niedrig oder nicht regulierte Fonds einer begrenzten Anzahl von Anlegern angeboten werden und in der Regel nur begrenzt handelbar sind. Mit der geringen Regulierung ist in der Regel auch eine eingeschränkte staatliche Aufsicht verbunden. Ferner ist es möglich, dass der Heimatstaat eines Zielfonds es dem Dach-Hedgefonds erschweren könnte, seine vollen rechtlichen Ansprüche geltend zu machen.

Bezüglich ausländischer Zielfonds wird möglicherweise nicht dieselbe Transparenz gewährleistet wie bei inländischen Hedgefonds, so dass Änderungen der Anlagepolitik oder der Risikostruktur gegebenenfalls erst mit zeitlicher Verzögerung sichtbar werden.

Soweit es sich bei den Zielfonds um Teilfonds eines Umbrella-Fonds handelt, kann der Erwerb der Zielfondsanteile gegebenenfalls mit einem zusätzlichen Risiko verbunden sein, wenn der Umbrella-Fonds Dritten gegenüber insgesamt für die Verbindlichkeiten jedes Teilfonds haftet.

Handelt es sich bei dem Zielfonds um eine Master-Feeder-Struktur, so ist zu beachten, dass Master- und Feeder-Fonds in unterschiedlichen Ländern domiziliert sein können und dass das Fondsmanagement des Master-Fonds

dann nicht den Regelungen desselben Landes wie der Feeder-Fonds unterliegt.

Risiken auf Ebene des Investmentfonds

Die Risiken von Dach-Hedgefonds stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Risiken der einzelnen Investmentanteile, in die investiert wird. Diese Investmentanteile weisen im Verhältnis zu herkömmlichen Investmentfonds typischerweise erhöhte Risiken auf, da sie im Rahmen ihrer Anlagestrategien keinen gesetzlichen Beschränkungen bei der Auswahl der erwerbenden Vermögensgegenstände unterliegen. Abhängig von den von dem Investmentvermögen verfolgten Anlagestrategien und den für das Sondervermögen erworbenen Vermögensgegenständen können die mit der Anlage verbundenen Risiken groß, moderat oder gering sein.

Zudem dürfen die Zielfonds eines Dach-Hedgefonds grundsätzlich Strategien einsetzen, durch die im Sondervermögen befindliche Vermögensgegenstände wertmäßig belastet werden (Leverage und Leerverkäufe). Dadurch können im jeweiligen Zielfonds Gewinne und Verluste in einem Umfang erwirtschaftet werden, der die Wertentwicklung des zugrunde liegenden Vermögensgegenstands weit übersteigt. Das Risiko des Anlegers ist jedoch auf die angelegte Summe beschränkt. Eine Nachschusspflicht über das vom Anleger investierte Geld hinaus besteht nicht.

Keine Gewährleistung

Die Gesellschaft erteilt keine Gewährleistung dahingehend, dass Anlegern durch die Umsetzung ihrer Strategie im Hinblick auf die von ihr verwalteten Vermögensgegenstände keine Verluste entstehen. Ferner kann keine Gewährleistung gegeben werden, dass der Investmentfonds seine Anlageziele erreicht.

Keine unabhängigen Vertreter

Im Zusammenhang mit der Auflegung des Investmentfonds wurden Berater, Wirtschaftsprüfer und sonstige fachkundige Personen konsultiert. Die vorgenannten Personen sind nur dem Investmentfonds und nicht den Anlegern gegenüber rechenschaftspflichtig. Potentielle Anleger sollten daher ihre eigenen Rechts-, Steuer und Finanzberater hinsichtlich der Empfehlung einer Anlage im Investmentfonds zu Rate ziehen.

Dividenden und Ausschüttungen

Der Investmentfonds beabsichtigt nicht, hinsichtlich der zum Auflegungszeitpunkt gebildeten Klasse, Dividenden zu zahlen oder sonstige Ausschüttungen vorzunehmen. Jeder Zielfonds beabsichtigt, sämtliche seiner Einkünfte und Gewinne wieder anzulegen. Folglich ist eine Anlage im Investmentfonds möglicherweise nicht für Anleger geeignet, die zu finanziellen oder steuerlichen Zwecken Einkünfte erzielen möchten.

Eingeschränkte Fungibilität bei Zielfonds

Der Investmentfonds kann als Zielfondsinvestment Aktien von Investmentaktiengesellschaften mit fixem Kapital erwerben. Diese Aktien sind unter Umständen nicht jederzeit veräußerbar und unterliegen daher einer eingeschränkten Fungibilität.

Risiko trotz Diversifikation

Der Investmentfonds investiert zwecks Diversifikation seiner Vermögensgegenstände in ein Spektrum von Zielfonds. Es ist möglich, dass verschiedene Zielfonds dieselbe Handelsstrategie einsetzen und dieselben Positionen am Markt verfolgen. Umgekehrt könnte der Investmentfonds gleichzeitig entgegengesetzte Positionen desselben Wertpapiers durch verschiedene Anlagen in den Zielfonds halten. Jede solche Position würde für den Investmentfonds Transaktionskosten verursachen, aber möglicherweise keinerlei verbuchten Gewinn oder Verlust erzeugen. Schließlich und trotz der Tatsache, dass der Investmentfonds in hohem Maße diversifiziert sein wird, ist es nicht gewährleistet, dass die Anlage in verschiedenen Zielfonds nicht insgesamt zu Verlusten führt.

Währungsrisiken

Anleger, deren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten vorwiegend auf andere Währungen als die Anlagewährung lauten, sollten das mögliche Verlustrisiko berücksichtigen, das aus Wechselkursschwankungen zwischen der Anlagewährung und der jeweils anderen Währung entsteht.

Geldmarktinstrumente und Bankeinlagen

Die Gesellschaft beabsichtigt, im Namen und für Rechnung des Investmentfonds in Geldmarktinstrumenten und Bankguthaben anzulegen, deren Wert aufgrund von Änderungen des Marktzinses schwanken kann. Auch bei dieser Anlageform kann das Adressenausfallrisiko nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Bewertungsrisiken

Die Gesellschaft nimmt eine wöchentliche Festlegung und Veröffentlichung des Anteilwertes jeder Klasse des Investmentfonds vor. Folglich kann zwischen dem Eintritt und der Bekanntgabe von Ereignissen, die sich auf den Anteilwert einer bestimmten Klasse auswirken, ein zeitlicher Abstand von bis zu einer Woche liegen. Ferner können die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Standards hinsichtlich Publizität, Rechnungslegung, Wirtschaftsprüfung und Berichtswesen in verschiedenen Ländern, in denen Zielfonds aufgelegt werden, in vielerlei Hinsicht weniger streng sein und nicht den gleichen Grad an Anlegerschutz bieten, wie es z.B. in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen ist. In einigen Fällen kann der Wert bestimmter Zielfonds nicht korrekt wiedergegeben sein, wenngleich die Depotbank oder eine vergleichbare Einrichtung den Wert dieser Zielfonds bestätigt.

Verwaltungsgebühr

Die Vermögensgegenstände des Investmentfonds werden im Rahmen ihrer Verwaltung mit der in den gesonderten Vertragsbedingungen aufgeführten Verwaltungsgebühr und den Gebühren der Depotbank bzw. den gegebenenfalls Dritten zustehenden Vergütungen belastet - und zwar unabhängig von der Wertentwicklung des Investmentfonds. Somit fallen diese Gebühren und Vergütungen auch bei einer negativen Entwicklung an und vermindern folglich den Anteilwert der jeweiligen Klasse des Investmentfonds.

Performance-Risiko

Eine positive Wertentwicklung kann mangels einer von einer dritten Person ausgesprochenen Garantie nicht zugesagt werden. Ferner können für ein Investmentvermögen erworbene Vermögensgegenstände eine andere Wertentwicklung erfahren, als beim Erwerb zu erwarten war.

Zeitliche Verzögerung nach Erklärung der Rücknahme

Zwischen dem Zeitpunkt der unwiderruflichen Rücknahmeerklärung eines Anlegers und dem Zeitpunkt der Ermittlung des Rücknahmepreises liegt ein zeitlicher Abstand von normalerweise einer Woche. Anleger können nicht wissen, welchen genauen Betrag sie bei Rückgabe ihrer Anteile für diese erhalten werden. Es besteht das Risiko, dass sich der Wert der jeweiligen Klasse des Investmentfonds zwischenzeitlich negativ entwickelt. Dieses Marktrisiko geht allein zu Lasten der Anleger. Ferner kann die Gesellschaft die Errechnung der Rücknahmepreise sowie die Rücknahme an sich zeitweilig aussetzen. Auch insofern kann es zu einer zeitlichen Verzögerung kommen, wenn die Rücknahme der Anteile mit der zeitweiligen Einstellung der Berechnung des Rücknahmepreises zusammenfällt. In diesem Fall kann im Ergebnis der maßgebliche Abrechnungsbetrag von dem Betrag abweichen, der ohne diese Verzögerung ermittelt worden wäre.

Auflösung des Investmentfonds

Die Gesellschaft kann die Verwaltung des Investmentfonds unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten kündigen. In diesem Fall werden die Vermögensgegenstände des Investmentfonds abgewickelt und der Erlös hiernach an die Anleger ausgezahlt. Dabei kann keine Gewährleistung dafür gegeben werden, dass kein Kapitalverlust entsteht.

Änderung der Vertragsbedingungen; Verschmelzung

Die Gesellschaft behält sich in den Vertragsbedingungen für das Sondervermögen das Recht vor, die Vertragsbedingungen zu ändern. Ferner ist es ihr gemäß den Vertragsbedingungen möglich, das Sondervermögen mit einem anderen, ebenfalls von ihr verwalteten Sondervermögen zu verschmelzen. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann.

Sonstige Risiken

Schlüsselpersonenrisiko

Der Erfolg der Anlage im Investmentfonds hängt in erheblichem Maße von den Fähigkeiten der für die Anlageentscheidungen für die Zielfonds und den Investmentfonds verantwortlichen Personen ab. Scheiden diese Personen aus ihren Unternehmen aus, könnte dies einen nachteiligen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung der Zielfonds und/oder des Investmentfonds haben.

Subjektive Entscheidungen

Der Erfolg der Anlage hängt von der erfolgreichen Umsetzung der Anlagestrategien auf Ebene der einzelnen Zielfonds ab. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass die Portfoliomanager letztlich hierzu in der Lage sind. Subjektive anstelle von systematischen Entscheidungen der Portfoliomanager können Verluste bewirken oder Gewinne verhindern, was durch weniger subjektive Entscheidungen möglicherweise hätte vermieden werden können.

Sonstige Handlungen der Portfoliomanager

Die Portfoliomanager können an der Verwaltung anderer Fonds (die nicht notwendigerweise vom Investmentfonds erworben werden), die ähnliche Transaktionen wie die Zielfonds tätigen, beteiligt sein.

Aktives Management

Der Investmentfonds wird im Rahmen der Anlagenziele, der Anlagestrategie und der Anlagenbeschränkung aktiv vom Portfoliomanager verwaltet, der sich vom Anlageberater unterstützen lassen kann. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass die Entscheidungen des Portfoliomanagers letztlich zum Erreichen der Anlageziele führen wird.

Einfluss des Anlegers auf die Anlagestrategien

Anleger haben keine Möglichkeit, an der täglichen Verwaltung eines Zielfonds teilzunehmen oder eine der Anlagen oder Strategien eines Zielfonds auszuwählen oder zu bewerten. Die Wahrscheinlichkeit, dass Anleger Einkünfte oder Gewinne erwirtschaften, hängt von den Fähigkeiten der Gesellschaft und von der Performance der von ihr ausgewählten Zielfonds ab.

Pauschalbesteuerung

Die Gesellschaft plant den Nachweis der Besteuerungsgrundlagen gemäß § 5 Abs. 1 Investmentsteuergesetz ("InvStG"). Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Zielfonds die hierfür notwendigen Angaben nicht rechtzeitig zur Verfügung stellen werden. Dann käme es zu einer - teilweisen- Pauschalbesteuerung der Anleger. Für Besteuerungszwecke anzusetzen wären in diesem Fall die Ausschüttungen des Zielfonds sowie 70 % des Wertzuwachses des betreffenden Zielfondsanteils, mindestens jedoch 6 % des letzten Wertes des Zielfondsanteils, jeweils bezogen auf das betreffende Kalenderjahr. Aufgrund des Mindestsatzes von 6 % kann es bei fehlendem Nachweis der Besteuerungsgrundlagen durch einen Zielfonds dazu kommen, dass das betreffende Zielfondsinvestment auch dann einer Besteuerung beim Anleger unterworfen wird, wenn der tatsächliche Erfolg dieses Zielfondsinvestments niedriger oder gar negativ ist. Daher kann die Pauschalbesteuerung einzelner Zielfondsinvestments die Rendite des Anlegers deutlich mindern.

Inanspruchnahme von Kredit

Wird der Erwerb der Anteile einer Klasse des Investmentfonds mit Kredit finanziert, muss der Anleger bei einer ungünstigen Wertentwicklung des Investmentfonds nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit verzinsen und zurückzahlen. Dadurch erhöht sich das Verlustrisiko erheblich. Anleger können sich nicht darauf verlassen, den Kredit aus den Gewinnen einer Investition in den Investmentfonds, der keine Mindestrendite garantiert, verzinsen und zurückzahlen zu können. Vielmehr müssen sie vorher ihre wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin prüfen, ob sie zur Verzinsung und gegebenenfalls kurzfristigen Tilgung des Kredits auch dann in der Lage sind, wenn statt der erwarteten Gewinne Verluste bis hin zum Totalverlust eintreten.

Es gibt keinen Sekundärmarkt für die Anteile des Investmentfonds, und es wird auch nicht erwartet, dass sich ein solcher Markt entwickelt. Eine Anlage in den Investmentfonds sollte nur von Personen in Betracht gezogen werden, die finanziell in der Lage sind, ihre Anlage zu halten und die einen teilweisen oder vollständigen Verlust ihrer Anlage verkraften können.

Aufgrund der überdurchschnittlichen Risiken, die beim Einsatz von Hedgefonds-Strategien unvermeidbar sind, ist ein Erwerb von Anteilen des Investmentfonds trotz seiner Diversifikation nur für solche Anleger geeignet, die diese Risiken verstehen und einschätzen können und deren längerfristiges Anlageziel mit dem des Investmentfonds übereinstimmt.

Anteilklassen, Bewertung, Gebühren und Kosten

Anteilklassen

Definition

Die Gesellschaft kann verschiedene Anteilklassen (jeweils eine „Klasse“) auflegen, mit denen jeweils unterschiedliche Ausgestaltungsmerkmale in Bezug auf den Ausgabeaufschlag, den Rücknahmeabschlag, die Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme, der Ertragsverwendung oder eine Kombination dieser Merkmale verbunden sind.

Die Gesellschaft hat bei Auflegung des Investmentfonds eine Anteilklasse ausgegeben, mit denen ausschließlich in Bezug auf die Verwaltungsvergütung (wie im Unterabschnitt „**Gebühren und Kosten**“ dieses Prospekts definiert) unterschiedliche Rechte verbunden sind. Die Anleger sind am Vermögen der jeweiligen Anteilklasse des Investmentfonds als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt. Alle Anteile einer Anteilklasse haben gleiche Ausgestaltungsmerkmale..

Der Investmentfonds ist kein Teilfonds einer Umbrella-Konstruktion.

Kennnummern

Die Anteilklasse A hat die Wertpapierkennnummer (WKN) 532 141 bzw. die International Securities Identification Number (ISIN) DE0005321418.

Börsen und Märkte

Die Anteile des Sondervermögens sind nicht zum (amtlichen) Handel an einer Börse zugelassen. Sie werden auch nicht mit Zustimmung der HANSAINVEST an anderen organisierten Märkten gehandelt. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass Anteile an Börsen oder Märkten notiert oder gehandelt werden. In diesem Fall gilt Folgendes:

Der dem Börsenhandel oder Handel in sonstigen Märkten zugrunde liegende Marktpreis wird nicht ausschließlich durch den Wert der im Investmentfonds gehaltenen Vermögensgegenstände, sondern auch durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Daher kann dieser Marktpreis von dem von der Gesellschaft ermittelten Anteilpreis abweichen.

Bewertung der Vermögensgegenstände zur Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises

Definition

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise einer jeden Anteilklasse des Investmentfonds (wie jeweils in Abschnitt [8] dieses Prospekts definiert) ermittelt die Gesellschaft nach dem unten dargelegten Verfahren auf jeden Freitag (der „**Bewertungstag**“). Sofern dieser Tag kein Bankgeschäftstag ist, erfolgt die Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises je Anteil spätestens am nächstfolgenden Bankgeschäftstag.

Der Wert des Investmentfonds wird von der Gesellschaft unter Kontrolle der Depotbank basierend auf dem Wert aller Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten des Investmentfonds für alle Anteilklassen ermittelt. Der Wert der Anteile einer jeden Anteilklasse (der „**Anteilwert**“) wird von der Gesellschaft unter Kontrolle der Depotbank ermittelt, basierend auf dem anteiligen Wert des Sondervermögens, der einer jeden Anteilklasse beizumessen ist, indem der Wert der Vermögensgegenstände der jeweiligen Klasse addiert und der Wert der Verbindlichkeiten dieser Klasse subtrahiert wird sowie das Ergebnis durch die Anzahl der in den Verkehr gelangten Anteile der Klasse dividiert wird. Der Anteilwert kann sich je nach Klasse unterscheiden und wird auf zwei Dezimalstellen in Euro auf- bzw. abgerundet.

Der Anteilwert wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, die Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen ggf. abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung und die Ergebnisse aus Währungskurssicherungsgeschäften, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, ggf. einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.

Der Anteilwert jeder Klasse wird an jedem Bewertungstag ermittelt, sofern die Ermittlung des Anteilwertes nicht unter den in nachfolgendem Unterabschnitt „**Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes**“ dieses Kapitels genannten Umständen ausgesetzt ist .

Der Anteilwert der jeweiligen Anteilklasse am Ausgabetag zuzüglich des jeweils gültigen Ausgabeaufschlages von bis zu 5 % ergibt den Ausgabepreis (der „**Ausgabepreis**“). Der Gesellschaft steht es frei, einen geringeren Ausgabeaufschlag zu berechnen.

Der Anteilwert der jeweiligen Anteilklasse am Rücknahmetag abzüglich des jeweiligen Rücknahmeabschlages von bis zu 5 % ergibt den Rücknahmepreis (der „**Rücknahmepreis**“)

Bewertungsverfahren

Bei der Berechnung des Anteilwertes jeder Klasse an einem Bewertungstag werden alle Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten der entsprechenden Anteilklasse gemäß den folgenden Bewertungsprinzipien berücksichtigt:

- (i) Vermögensgegenstände, die weder an einer Börse zugelassen noch in einem organisierten Markt

zugelassen oder in diesen Markt einbezogen sind oder für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, werden nach sorgfältiger Einschätzung und nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten zum aktuellen Verkehrswert bewertet, sofern nachfolgend nichts anderes geregelt ist. Vermögensgegenstände, die zu einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind und für die ein handelbarer Kurs verfügbar ist, werden zum letzten bekannten Kurs bewertet, sofern nachfolgend nichts anderes geregelt ist;

- (ii) Zielfondsanteile werden zu dem Zeitpunkt, an dem die Gesellschaft den Anteilwert (einer Klasse) bestimmt, zum letzten bekannten Rücknahmepreis bzw. (falls die Zielfonds notiert sind) zum letzten bekannten Börsenkurs bewertet. Anteile deutscher und ausländischer Zielfonds werden unter Umständen nur zu bestimmten Zeitpunkten bewertet, so dass der Rücknahmepreis der Zielfonds am Bewertungstag möglicherweise nicht den aktuellen Wert dieser Fonds darstellt. Die Gesellschaft behält sich jedoch vorbehaltlich der üblichen Sorgfalt und Achtsamkeit die Annahme vor, dass die für die Zielfonds bestimmten Nettoinventarwerte korrekt sind;
- (iii) Geldmarktinstrumente werden zum letzten bekannten Tageskurs des Marktes, an dem sie gehandelt werden, bewertet. Aufgelaufene Zinsen, entstandene Kosten und Rückstellungen können bis zu dem Tag, der dem Bewertungstag vorausgeht, berücksichtigt werden;
- (iv) Festgelder werden zum Renditekurs bewertet, sofern ein entsprechender Vertrag zwischen der Gesellschaft und dem jeweiligen Kreditinstitut geschlossen wurde, der vorsieht, dass das Festgeld jederzeit kündbar ist und die Rückzahlung bei der Kündigung zum Renditekurs erfolgt. Dabei wird im Einzelfall festgelegt, welcher Marktzins bei der Ermittlung des Renditekurses zugrundegelegt wird. Die entsprechenden Zinsforderungen werden zusätzlich angesetzt.
- (v) Bankguthaben und bestimmte sonstige Vermögensgegenstände (z.B. Zinsforderungen) werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt;
- (vi) Geldmarktfondsanteile werden grundsätzlich zum Rücknahmepreis angesetzt. Börsengehandelte Geldmarktfonds können auch zum letzten bekannten Tageskurs bewertet werden.
- (vii) Forderungen, z. B. abgegrenzte Zinsansprüche, und Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt;
- (viii) Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände werden zu dem unter Zugrundelegung des Morning-Fixings der Reuters AG um 10.00 Uhr ermittelten Devisenkurs der Währung am Bewertungstag in Euro umgerechnet;
- (ix) Forderungen und Verbindlichkeiten aus zulässigen Devisengeschäften, welche Forward-Devisentransaktionen darstellen, werden zu dem Zeitpunkt, an dem die Gesellschaft den Anteil-

wert einer Klasse bestimmt, zuletzt bekannten Terminkurs bewertet;

- (x) Zulässige Devisengeschäfte, die Optionen auf Devisen oder Devisenterminkontrakte darstellen und die zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen Markt einbezogen sind, werden mit dem zu dem Zeitpunkt, an dem die Gesellschaft den Anteilwert einer Klasse bestimmt, zuletzt festgestellten Kurs der betreffenden Börse oder des betreffenden Marktes bewertet;
- (xi) Zulässige Devisengeschäfte, die Optionen auf Devisen darstellen, die weder zum Handel an einer Börse zugelassen noch in einem organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, werden nach sorgfältiger Bewertung mit einem der Gesamtsituation angemessenen in freiem Ermessen festzulegenden Transaktionswert bewertet; und
- (xii) Verwaltungsgebühren, erfolgsabhängige Verwaltungsgebühr, Depotgebühren und andere Gebühren oder Aufwendungen werden wöchentlich abgegrenzt.

Gebühren und Kosten

1. Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Investmentfonds eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 2,0 % für Klasse A des Durchschnittsnettoinventarwertes einer Anteilklasse, welcher aus den Werten einer jeden Anteilklasse zu den Bewertungstagen eines jeden Kalendermonats ermittelt wird (die „Verwaltungsvergütung“). Die Gesellschaft ist berechtigt, monatlich jeweils am Kalendermonatsende anteilige Vorschüsse zu erheben.

Die tatsächlich erhobene Verwaltungsvergütung betrug für das Sondervermögen für die letzten drei Geschäftsjahre jeweils 2,00 % p.a..

2. Zusätzlich zu der oben genannten Verwaltungsvergütung erhält die Gesellschaft aus dem Investmentfonds für jede Anteilklasse eine wöchentlich abzugrenzende, jährliche und erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung, berechnet am Ende eines Kalenderjahres, in Höhe von bis zu 15 % der Steigerung des Neugewinns einer Anteilklasse während dieses Kalenderjahres (die „**erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung**“). Im Falle einer negativen Wertentwicklung einer Anteilklasse erhält die Gesellschaft keine erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung für diese Anteilklasse für das betreffende Kalenderjahr. Die erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung wird der jeweiligen Anteilklasse am Ende des Kalenderjahres entnommen.

Der Neugewinn (der „**Neugewinn**“) bezeichnet die kumulativen realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste sowie die ordentlichen Erträge des Investmentfonds bzw. einer Anteilklasse für ein Kalenderjahr abzüglich aller in Bezug auf dieses Kalenderjahr entstandenen Kosten des Investmentfonds bzw. der Anteilklasse und abzüglich etwaiger Verlustvorträge aus vorangegangenen Kalenderjahren.

Der Verlustvortrag (der „**Verlustvortrag**“) bezeichnet die seit dem Ende des letzten Kalenderjahres, für das eine erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung gezahlt wurde, in Bezug auf ein Kalenderjahr realisierten und unrealisierten Verluste des Investmentfonds bzw. einer Anteilklasse, die von der vorhergehenden Berechnungsperiode verbleiben und die nicht durch den Neugewinn der laufenden Berechnungsperiode ausgeglichen wurden.

3. Für die Verwahrung der Vermögensgegenstände und die Erfüllung ihrer sonstigen gesetzlich vorgeschriebenen Pflichten erhält die Depotbank eine jährliche Vergütung von bis zu 0,04 % des Durchschnittsnettoinventarwertes, welcher aus den Werten zu den Bewertungstagen eines jedes Kalendermonats errechnet wird (die „**Depotbankgebühr**“); die Depotbankgebühr beträgt mindestens EUR 12.500 und höchstens EUR 110.000 jährlich. Die Depotbank ist berechtigt, jeweils am Kalendermonatsende monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben.

Bis zum 31.12.2011 gilt darüber hinaus der nachfolgende Absatz 4.:

4. Neben den vorgenannten Vergütungen der Gesellschaft und der Depotbank sowie gegebenenfalls Dritten zustehenden Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Investmentfonds:
 - a. im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
 - b. bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;
 - c. Kosten für den Druck und Versand der Jahres- und Halbjahresberichte und ggf. des Auflösungsberichtes;
 - d. Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Thesaurierungen bzw. Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;
 - e. Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer der Gesellschaft;
 - f. Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
 - g. im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
 - h. Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens;
 - i. Kosten für die Erfüllung von Vertriebsanforderungen im Ausland, einschließlich Anzeigekosten, Kosten für aufsichtsrechtliche Bestimmungen im In- und Ausland, Rechts- und Steuerberatungskosten in diesem Zusammenhang sowie Übersetzungskosten;
 - j. Kosten für die Erstellung und den Druck sowie ggf. erforderlicher Übersetzungen von Verkaufsprospekten;
 - k. Kosten im Zusammenhang mit Börsennotierungen;
 - l. Kosten im Zusammenhang mit der Genehmigung oder Änderung von Vertragsbedingungen;
 - m. Rechts- und Steuerberatungskosten im Zusammenhang mit dem Sondervermögen;
 - n. gegebenenfalls Kosten zur Analyse des Anlageerfolges durch Dritte;
 - o. Kosten für das Rating von Vermögensgegenständen, insbesondere das Emittentenrating für verzinsli-

- che Wertpapiere;
- p. Kosten im Zusammenhang mit Anlageausschusssitzungen.

Ab dem 01.01.2012 gelten stattdessen darüber hinaus die nachfolgenden Absätze 4. und 5.:

4. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in Fällen, in denen für das Sondervermögen gerichtlich oder außergerichtlich streitige Ansprüche im Rahmen von Kapitalsammelklagen oder Steuerstattungsansprüchen oder vergleichbaren Verfahren durchgesetzt werden, eine Vergütung in Höhe von bis zu 5 % der für das Sondervermögen vereinnahmten Beträge berechnen.
5. Neben den vorgenannten Vergütungen der Gesellschaft und der Depotbank sowie ggf. Dritten zustehenden Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:
- a. im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung sowie der Bewertung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
 - b. bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;
 - c. Kosten für den Druck und Versand der Jahres- und Halbjahresberichte und ggf. des Auflösungsberichtes;
 - d. Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Thesaurierungen bzw. Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;
 - e. Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer der Gesellschaft;
 - f. Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
 - g. im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
 - h. Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens;
 - i. Kosten für die Erfüllung von Vertriebsanforderungen im Ausland, einschließlich Anzeigekosten, Kosten für aufsichtsrechtliche Bestimmungen im In- und Ausland, Rechts- und Steuerberatungskosten in diesem Zusammenhang sowie Übersetzungskosten;
 - j. Kosten für die Erstellung und den Druck sowie ggf. erforderlicher Übersetzungen von Verkaufsprospekten;
 - k. Kosten im Zusammenhang mit Börsennotierungen;
 - l. Kosten im Zusammenhang mit der Genehmigung oder Änderung von Vertragsbedingungen;
 - m. Rechts- und Steuerberatungskosten im Zusammenhang mit dem Sondervermögen;
 - n. gegebenenfalls Kosten zur Analyse des Anlageerfolges durch Dritte;
 - o. Kosten für das Rating von Vermögensgegenständen, insbesondere das Emittentenrating für verzinsliche Wertpapiere;
 - p. Kosten im Zusammenhang mit Anlageausschusssitzungen;
 - q. Kosten für die Information der Anleger des Sondervermögens mittels eines dauerhaften Datenträgers, mit Ausnahme der Kosten für Informationen bei Fondsverschmelzungen und mit Ausnahme der Infor-

mationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung.

Da der Investmentfonds Zielfondsanteile erwirbt, werden die Anleger indirekt mit Gebühren (einschließlich eventueller erfolgsabhängiger Vergütungen), Kosten, Provisionen und sonstigen Aufwendungen, die der jeweilige Zielfonds trägt, belastet.

Die Gesellschaft wird in ihren Jahres- und Halbjahresberichten die jeweils auf den Ausgabeaufschlag und/oder auf die Rücknahmegebühr entfallenden Beträge, mit denen der Investmentfonds im Zusammenhang mit dem Erwerb bzw. der Rückgabe von Zielfondsanteilen während des Berichtszeitraums belastet wurde, offen legen. Soweit der Zielfonds, von dem Anteile erworben wurden, direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder von einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche mittelbare oder unmittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet wird, werden dem Investmentfonds keine Ausgabeaufschläge oder Rücknahmegebühren belastet.

Ferner wird die Gesellschaft im Jahres- und Halbjahresbericht die Vergütung offen legen, die dem Investmentfonds von der Gesellschaft selbst und/oder von einer anderen Kapitalanlagegesellschaft und/oder von einer Investmentaktiengesellschaft mit variablem Kapital und/oder von einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, oder von einer ausländischen Investmentgesellschaft einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsgebühr für die im Investmentfonds gehaltenen Zielfondsanteile berechnet wurde.

Im Unterschied zu herkömmlichen Investmentfonds sehen die im Rahmen dieses Investmentfonds erworbenen Zielfonds ggf. anstelle oder zusätzlich zu einer erfolgsunabhängigen, typischerweise auf den Nettoinventarwert bezogenen Verwaltungsgebühr eine erfolgsbezogene Vergütung („**Performancegebühr**“) vor. Solche Performancegebühren können bis zu 50 % der positiven Wertentwicklung eines Zielfonds betragen, belaufen sich regelmäßig jedoch auf circa 20 bis 25 %. Teilweise wird eine Performancegebühr erst gezahlt, sofern eine Mindeststeigerung der Anteilwerte des Hedgefonds erreicht wurde (sogenannte Hurdlerate). Fast immer ist die Zahlung einer Performancegebühr an das Erreichen neuer historischer Höchststände geknüpft (sogenanntes High-Watermark-Prinzip). Auch die erfolgsunabhängige Verwaltungsgebühr kann bei Zielfonds deutlich über den bei herkömmlichen Investmentfonds üblichen Gebühren liegen und bis zu 3 % p. a., in Einzelfällen auch darüber hinaus, betragen.

Die vorgenannten mit einer Investition in den Investmentfonds verbundenen direkten und indirekten Gebühren, Kosten, Steuern, Provisionen und sonstigen Aufwendungen können deutlich höher sein als bei herkömmlichen Investmentfonds. Teilweise fallen sie auch bei einer negativen Entwicklung der Anlage an und vermindern folglich den Nettoinventarwert des Investmentfonds zusätzlich. Dies gilt insbesondere für die Verwaltungsvergütung und die Depotgebühr.

Die Gesellschaft berechnet für jede Anteilklasse das Verhältnis aller bei der Verwaltung des Investmentfonds angefallenen Kosten einschließlich der vorgenannten Vergütungen und Kosten (ohne Transaktionskosten) zum

durchschnittlichen Nettoinventarwert der jeweiligen Anteilklasse innerhalb des vorangegangenen Geschäftsjahres („**Gesamtkostenquote**“). Die Gesamtkostenquote wird als Prozentsatz im Jahresbericht ausgewiesen. Sie setzt sich zusammen aus der Vergütung für die Verwaltung des Sondervermögens, der Vergütung der Depotbank sowie den Aufwendungen, die dem Sondervermögen zusätzlich belastet werden können. Die Gesamtkostenquote stellt eine einzige Zahl dar, die auf den Zahlen des vorangegangenen Geschäftsjahres basiert. Sie umfasst sämtliche vom Investmentfonds im Laufe des Jahres getragenen Kosten und Zahlung im Verhältnis zum Nettoinventarwert des Investmentfonds. Ausgenommen sind die Nebenkosten und die Kosten, die beim Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehen (Transaktionskosten). Diese Transaktionskosten erhöhen die Anschaffungskosten bei Ankauf von Vermögensgegenständen bzw. vermindern den Veräußerungserlös bei Veräußerung von Vermögensgegenständen. Daher verringert sich ein evtl. Veräußerungsgewinn bzw. erhöht sich ein evtl. Veräußerungsverlust. Die Transaktionskosten werden somit aus dem Fondsvermögen gezahlt.

Die Verwaltungsvergütung deckt die gegebenenfalls an die Gesellschaft, den Portfoliomanager und ggf. seinen Anlageberater zahlbaren Gebühren ab. Die Verwaltungsvergütung wird zwischen den Parteien wie jeweils zwischen der Gesellschaft und den übrigen Parteien vereinbart aufgeteilt.

Aus der Verwaltungsvergütung, die die Gesellschaft dem Investmentfonds entnimmt, und dem Ausgabeaufschlag können Vertriebs- und Vertriebsfolgeprovisionen an Dritte abgeführt werden. Dies erfolgt zur Abgeltung von Vertriebsleistungen auf der Grundlage vermittelter Bestände. Dabei kann es sich auch um wesentliche Teile handeln. Die Gesellschaft kann nach ihrem freien Ermessen mit einzelnen Anlegern die teilweise Rückzahlung von vereinbarter Verwaltungsvergütung an diese Anleger vereinbaren. Dies kommt insbesondere dann in Betracht, wenn institutionelle Anleger direkt Großbeträge langfristig investieren.

Der Gesellschaft können im Zusammenhang mit Geschäften für Rechnung des Sondervermögens geldwerte Vorteile (Broker research, Finanzanalysen, Markt- und Kursinformationssysteme) entstehen, die im Interesse der Anleger bei den Anlageentscheidungen verwendet werden. Der Kapitalanlagegesellschaft fließen keine Rückvergütungen der aus dem Sondervermögen an die Depotbank und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwandserstattungen zu.

Ausgabe- / Rücknahmeverfahren

Ausgabe von Anteilen

Ausgabe von Anteilen

Anteile jeder Anteilklasse können ausschließlich an einem Bewertungstag (der „**Ausgabetag**“) zum jeweiligen Ausgabepreis von der Depotbank ausgegeben werden.

Die Anzahl der Anteile, die für jede Anteilklasse ausgegeben werden können, ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Anteile können bei der Gesellschaft, der Depotbank oder durch Vermittlung Dritter erworben werden. Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, die Ausgabe von Anteilen im Interesse der Anleger, insbesondere (aber nicht ausschließlich) unter den im Abschnitt „**Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes**“ dieses Prospekts ge-

nannten Umständen, vorübergehend oder vollständig einzustellen, wenn dies unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich ist und ihr die Anlage von weiteren Mittelzuflüssen im Hinblick auf die jeweilige Situation am Finanzmarkt nicht angebracht erscheint.

Während der Aussetzung einer Anteilrücknahme (vgl. vorstehenden Verweis), dürfen keine Anteile ausgegeben.

Zeichnungsverfahren

Anträge auf den Erwerb von Anteilen („Zeichnungsanträge“) können von der Gesellschaft, der Depotbank oder durch Vermittlung Dritter entgegengenommen werden, von wo aus sie an die Depotbank weitergeleitet werden. Anteile am Investmentfonds können entweder in ein bei der Gesellschaft geführtes Depot oder in Depots bei anderen Kreditinstituten erworben werden.

Anträge auf den Erwerb von Anteilen einer Klasse müssen bis spätestens 9.00 Uhr an dem Freitag, der dem maßgeblichen Ausgabetag vorausgeht ("**Orderannahmeschluss**"), eingegangen sein. Zeichnungsanträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines bestimmten Ausgabetags eingehen, werden für den darauffolgenden Orderannahmeschluss dieser Anteilklasse herangezogen. Sofern der Orderannahmeschluss kein Bankgeschäftstag am Sitz der Gesellschaft ist, ist der unmittelbar vorangehende Bankgeschäftstag am Sitz der Gesellschaft der maßgebliche Orderannahmeschluss.

In Fällen, in denen Anteile einer Klasse in ein bei der **Gesellschaft geführtes Depot** für den Anleger erworben werden, übernimmt die Gesellschaft neben ihrer Funktion als Kapitalanlagegesellschaft im Rahmen des Depotgeschäftes die Verwahrung und Verwaltung von Anteilen für den Anleger des Investmentfonds. Zeichnungsanträge für Anteile einer Klasse des Investmentfonds müssen in diesen Fällen auf einen Euro-Betrag lauten. Des Weiteren ist Voraussetzung für den Erwerb von Anteilen, mit Wirkung zum und auf einen bestimmten Ausgabetag, dass **grundsätzlich bis 12.00 Uhr am Donnerstag** vor dem vorstehend genannten Orderannahmeschluss

- ein Depot für den Anleger bei der Gesellschaft eröffnet ist;
- ein schriftlicher Auftrag (Zeichnungsschein) ordnungsgemäß ausgefüllt und vom Anleger unterzeichnet vorliegt; und
- der beabsichtigte Anlagebetrag in Euro einschließlich (falls zutreffend) des Ausgabeaufschlages auf das nachstehend genannte zinsfreie Konto eingegangen ist, das im Namen der Gesellschaft bei der Depotbank geführt wird.

Einzahlungen können auf folgendes **Konto der Gesellschaft** bei der UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank), München, vorgenommen werden:

Kontonummer: 791178

Bankleitzahl: 200 300 00.

In Fällen, in denen Anteile einer Klasse in ein bei **anderen Kreditinstituten geführtes Depot** für den Anleger erworben werden, ist das jeweilige andere Kreditinstitut die depotführende Stelle. Die Handels- und Verwahrungsbe-

dingungen dieser Depotbanken werden in deren Allgemeinen Geschäftsbedingungen festgelegt. Zeichnungsanträge für Anteile einer Klasse des Investmentfonds müssen in diesen Fällen in der Regel auf die Anzahl von Anteilen lauten.

Sofern die Voraussetzungen, die von der Gesellschaft bzw. von den jeweiligen anderen Kreditinstituten gestellt werden, vor dem Orderannahmeschluss erfüllt sind, werden die entsprechenden Anteile am nächstfolgenden Ausgabetag ausgegeben.

Anteile, die an einem bestimmten Ausgabetag ausgegeben werden, werden spätestens am zweiten Bankgeschäftstag nach diesem Ausgabetag (dem „**Abrechnungstag**“) abgerechnet.

Der Zeitraum zwischen dem Orderannahmeschluss bis zum Ausgabetag beträgt normalerweise eine Woche. Zeichnungsanträge, die auf die Anzahl der Anteile lauten, werden auf Grundlage des Anteilwertes der jeweiligen Klasse, der eine Woche nach der ordnungsgemäßen Übermittlung des Zeichnungsantrages ermittelt wird, ausgeführt; dieser Anteilwert kann höher oder niedriger sein, als der Anteilwert, der am Orderannahmeschluss gilt.

Ab der Zahlung des Zeichnungsbetrages, gegebenenfalls zuzüglich des Ausgabeaufschlages, spätestens am Orderannahmeschluss (bei Übermittlung der Zeichnungsanträge an die Gesellschaft in ihrer Funktion als depotführende Stelle), können bis zum Abrechnungstag, an dem die Zahlung an den Investmentfonds erfolgt, keine Zinsen gezahlt werden

Ausgabeaufschlag

Der Ausgabeaufschlag, welcher zur Deckung der allgemeinen Verkaufskosten an die Vertriebsstellen gezahlt werden kann, wird als Prozentsatz des Anteilwertes der jeweiligen Anteilklasse ausgedrückt und kann bis zu 5 % je Klasse betragen. Die Gesellschaft kann in eigenem Ermessen auf den gesamten oder einen Teil des Ausgabeaufschlag(es) verzichten, wobei der tatsächlich erhobene Ausgabeaufschlag im Zeichnungsantrag anzugeben ist.

Der Ausgabeaufschlag stellt im Wesentlichen eine Vergütung für den Vertrieb der Anteile des Investmentfonds dar. Die Gesellschaft kann den Ausgabeaufschlag zur Abgeltung von Vertriebsleistungen an etwaige vermittelnde Stellen weitergeben.

Neben dem Ausgabeaufschlag werden von der Gesellschaft und der Depotbank auf die Ausgabe von Anteilen keine weiteren Gebühren erhoben. Beim Vertrieb von Anteilen über Dritte können auch höhere Kosten als der Ausgabepreis berechnet werden.

Der Ausgabeaufschlag kann insbesondere bei nur kurzer Anlagedauer die Wertentwicklung (Performance) reduzieren, ganz aufzehren oder sogar zum Verlust führen. Aus diesem Grund empfiehlt sich bei dem Erwerb von Investmentanteilen eine längere Anlagedauer.

Mindestanlagebetrag

Der Mindestanlagebetrag für die genannten Anteilklassen entspricht dem Mindestanlagebetrag, der von einem

Typischen Anleger bei der ersten Zeichnung von Anteilen des Investmentfonds investiert werden muss (der „**Mindestanlagebetrag**“).

Im Rahmen der Erstanlage beträgt der Mindestanlagebetrag für Anteile der Klasse A pro Typischen Anleger EUR 1.000,00 (in Worten: eintausend Euro); im Rahmen von Aufbauplänen und Folgezahlungen beträgt er EUR 100,00 (in Worten: einhundert Euro).

Rücknahme von Anteilen

Rücknahme von Anteilen

Anteile jeder Anteilklasse des Investmentfonds können ausschließlich an den Bewertungstagen (der "**Rücknahmetag**") unabhängig von den Mindestanlagesummen zu den Rücknahmepreisen zurückgegeben werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, die Rücknahme von Anteilen einer Anteilklasse unter außergewöhnlichen Umständen gemäß Abschnitt „**Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes**“ dieses Prospekts auszusetzen.

Rücknahmeverfahren

Die Anleger des Investmentfonds können abweichend von § 37 Abs. 1 InvG nicht jederzeit von der Gesellschaft die Rücknahme von Anteilen und die Auszahlung des auf die Anteile entfallenden Vermögensanteils verlangen, wie nachfolgend näher erläutert wird:

Rücknahmeanträge von Anteilen für die jeweilige Anteilklasse sind gegenüber der Gesellschaft oder der Depotbank zu erklären. Rücknahmeanträge für eine Anteilklasse sind auf die Anzahl der Anteile auszustellen.

Rücknahmeanträge werden in Form eines **unwiderruflichen Rücknahmeantrages** gestellt und müssen spätestens um 9.00 Uhr an dem Freitag, der dem maßgeblichen Rücknahmetag vorausgeht, bei der Gesellschaft oder Depotbank eingegangen sein (der „**Orderannahmeschluss**“). Rücknahmeanträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eingehen, werden für die den darauf folgenden Orderannahmeschluss dieser Anteilklasse herangezogen. Sofern ein Orderannahmeschluss kein Bankgeschäftstag am Sitz der Gesellschaft ist, ist der unmittelbar vorangehende Bankgeschäftstag am Sitz der Gesellschaft der maßgebliche Orderannahmeschluss.

Bei in einem Depot im Inland verwahrten Anteilen ist der unwiderrufliche Rücknahmeantrag an die Depotbank oder die Gesellschaft im Namen der Anleger durch die depotführende Stelle zu erteilen. Die Anteile sind von der depotführenden Stelle nach ordnungsgemäßer Erteilung des Auftrages bis zur tatsächlichen Rücknahme der Anteile zu sperren. Bei nicht im Inland in einem Depot verwahrten Anteilen wird der unwiderrufliche Rücknahmeantrag erst wirksam und werden Rücknahmeanträge erst von der Gesellschaft angenommen, wenn die zurückgegebenen Anteile von der Depotbank in ein Sperrdepot übertragen wurden.

Die Rücknahmefrist umfasst den Zeitraum von normalerweise bis zu einer Woche, der zwischen dem Orderan-

nahmeschluss und dem Rücknahmetag liegt. Rücknahmeaufträge, die auf die Anzahl der Anteile lauten, werden auf Grundlage des Anteilwertes der jeweiligen Klasse, der eine Woche nach der ordnungsgemäßen Übermittlung des Rücknahmeauftrages ermittelt wird, ausgeführt; dieser Anteilwert kann höher oder niedriger als der Anteilwert des Rücknahmestichtages sein. Anteile, die an einem bestimmten Ausgabetag zurückgenommen werden, werden spätestens am zweiten Bankgeschäftstag nach diesem Ausgabetag (dem „**Abrechnungstag**“) abgerechnet.

Die Anleger erhalten von der depotführenden Stelle eine separate Mitteilung bezüglich des Rücknahmeerlöses, welcher ihrem Konto am Abrechnungstag gutgeschrieben wird. Anleger können im Zeitraum zwischen dem Orderannahmeschluss und dem Abrechnungstag nicht über ihr Kapital verfügen.

Rücknahmeabschlag

Der Rücknahmeabschlag dient dazu, besondere Verwaltungsausgaben, welche den Parteien unter außergewöhnlichen Umständen im Zusammenhang mit der Rücknahme von Anteilen entstehen, zu decken und soll ferner kurzfristige spekulative Anlagen in den Investmentfonds verhindern, welche die Wertentwicklung (Performance) des Investmentfonds beeinträchtigen würden. Die Höhe des Rücknahmeabschlages wird als Prozentsatz des Anteilwertes der jeweiligen Anteilklasse ausgedrückt und kann bis zu 5 % betragen. Der Rücknahmeabschlag steht der Gesellschaft zu. Es steht der Gesellschaft frei, den Rücknahmeabschlag oder einen Teil davon im Sondervermögen zu belassen. Soweit der Rücknahmeabschlag zur Verhinderung kurzfristiger spekulativer Anlagen erhoben wird, beabsichtigt die Gesellschaft grundsätzlich, den Rücknahmeabschlag im Investmentfonds zu belassen. Eine Gewähr dafür, dass tatsächlich so verfahren wird, wird jedoch nicht übernommen.

Neben dem Rücknahmeabschlag werden von der Gesellschaft und der Depotbank auf die Rücknahme von Anteilen keine weiteren Gebühren erhoben. Werden Rücknahmeaufträge über Dritte erteilt, so können Kosten bei der Rücknahme der Anteile entstehen.

Ausgabe- und Rücknahmepreise

Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise sind bei der Gesellschaft und der Depotbank verfügbar und werden außerdem regelmäßig unter www.hansainvest.com veröffentlicht.

Aussetzung der Errechnung des Ausgabe-/Rücknahmepreises

Die Gesellschaft kann die Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises zeitweilig unter denselben Voraussetzungen wie die Anteilrücknahme aussetzen, d. h. wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen. Diese sind unter „**Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes**“ nachstehend näher erläutert.

Übertragung auf ein anderes Sondervermögen

Übertragung des Investmentfonds

Alle Vermögensgegenstände des Investmentfonds können zum Ende eines Geschäftsjahres auf ein anderes Sondervermögen übertragen werden. Es können auch zum Ende des Geschäftsjahres eines anderen Sondervermögens alle Vermögensgegenstände dieses Sondervermögens auf den Investmentfonds übertragen werden. Das übernehmende bzw. übertragende andere Sondervermögen muss zu diesem Zwecke folgende Voraussetzungen erfüllen:

- es muss ebenfalls von der Gesellschaft verwaltet werden;
- seine Anlagegrundsätze und -grenzen dürfen nicht wesentlich von denen des Investmentfonds abweichen; und
- die an die Gesellschaft und die Depotbank zu zahlenden Vergütungen sowie die Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge dürfen nicht wesentlich von denen des Investmentfonds abweichen.

Verfahren

Am Übertragungstichtag werden die Werte des übertragenden und des übernehmenden Sondervermögens werden berechnet, das Umtauschverhältnis (das „**Umtauschverhältnis**“) wird festgelegt, die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden übernommen und der gesamte Vorgang wird vom Wirtschaftsprüfer geprüft. Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte des übernehmenden und des übertragenden Sondervermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Der Anleger erhält die Anzahl von Anteilen an dem neuen Sondervermögen, die dem Wert seiner Anteile an dem übertragenen Sondervermögen entspricht. Die Übertragung darf nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Bekanntmachung erfolgen, falls nicht mit der Zustimmung der BaFin ein früherer Zeitpunkt bestimmt wird. Die neuen Anteile des übernehmenden Sondervermögens gelten bei den Anlegern des übertragenden Sondervermögens mit Beginn des dem Übertragungstichtag folgenden Tag als ausgegeben.

Die Übertragung aller Vermögensgegenstände eines Sondervermögens auf ein anderes findet nur statt, wenn sie durch die BaFin genehmigt worden ist.

Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes

Die Gesellschaft kann die Ausgabe oder Rücknahme oder Übertragung der Anteile sowie die Zahlung des Rücknahmeerlöses (oder eines Teils davon) zeitweilig aussetzen, sofern außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Dies kann der Fall sein, wenn:

- ein Markt oder eine Börse, an dem/der ein wesentlicher Teil der Vermögensgegenstände des Zielfonds notiert ist oder gehandelt wird, (außer an gewöhnlichen Feiertagen) geschlossen ist oder die Werteermittlung an einem solchen Markt oder einer solchen Börse eingeschränkt oder eingestellt wird;
- aufgrund eines politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder monetären Ereignisses oder anderer Umstände, die außerhalb der Kontrolle und Verantwortung der Gesellschaft liegen, ein wesentlicher Teil der Vermögensgegenstände des Zielfonds nach Auffassung der Gesellschaft nicht in angemessener

ner Weise veräußert oder bewertet werden kann, ohne dass sich dies in gravierender Weise nachteilig auf die Interessen der jeweiligen Anteilklasse auswirken würde, oder falls es nach Auffassung der Gesellschaft nicht möglich ist, den Nettoinventarwert der jeweiligen Zielfonds ordnungsgemäß zu ermitteln; oder

- die Preise der vom Investmentfonds gehaltenen Anlagen aufgrund eines Ausfalls der Kommunikationsmittel, die normalerweise zu diesem Zwecke genutzt werden, nicht ordnungsgemäß und in fairer Weise ermittelt werden können;
- eine Übertragung des Verkaufs- oder Rücknahmeerlöses von Anteilen eines Zielfonds auf das bzw. von dem Depot des jeweiligen Zielfonds nicht möglich ist; oder
- der Investmentfonds, die Gesellschaft oder die Depotbank nicht in der Lage ist, die für Rücknahmezahlungen benötigten Mittel zu konvertieren, die zur Realisierung oder zum Erwerb von Vermögensgegenständen erforderlichen Mittel zu übertragen oder die bei Rücknahme fälligen Zahlungen nach Auffassung der Gesellschaft nicht zu marktüblichen Wechselkursen erfolgen können.

Solange die Rücknahme ausgesetzt ist, dürfen keine Anteile ausgegeben werden.

Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, unter Wahrung der Interessen der Anleger die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen zum jeweils dann gültigen Ausgabe- oder Rücknahmepreis wieder aufzunehmen; im Falle von Wiederaufnahme der Rücknahme, nachdem sie unverzüglich die entsprechenden Vermögensgegenstände veräußert hat.

Die Gesellschaft unterrichtet die Anleger durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder unter www.hansainvest.com über die Aussetzung und die Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile sowie über die Übertragung von Anteilen. Außerdem werden die Anleger über ihre depotführenden Stellen in Papierform oder in elektronischer Form informiert. Rücknahme- oder Übertragungsanträge werden gemäß vorstehend beschriebenem Verfahren am ersten Bewertungstag nach dem Ende der Aussetzung bearbeitet.

Auflösung des Investmentfonds

Voraussetzungen für die Auflösung des Investmentfonds

Die Anleger sind nicht berechtigt, die Auflösung des Investmentfonds zu verlangen. Die Gesellschaft kann jedoch die Verwaltung des Investmentfonds unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten durch Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht kündigen. Außerdem werden die Anleger über ihre depotführenden Stellen in Papierform oder in elektronischer Form über die Kündigung informiert.

Des Weiteren erlischt das Recht der Gesellschaft, das Sondervermögen zu verwalten, wenn das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft eröffnet ist oder mit der Rechtskraft des Gerichtsbeschlusses, durch den

der Antrag auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse nach § 26 der Insolvenzordnung abgewiesen wird. In diesen Fällen geht das Verfügungsrecht über das Sondervermögen auf die Depotbank über, die das Sondervermögen abwickelt oder mit Genehmigung der BaFin einer anderen Kapitalanlagegesellschaft die Verwaltung überträgt.

Verfahren bei Auflösung des Investmentfonds

Die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen werden eingestellt. Der Erlös aus der Veräußerung der Vermögenswerte des Investmentfonds abzüglich der noch durch das Sondervermögen zu tragenden Kosten und der durch die Auflösung verursachten Kosten werden an die Anleger verteilt, wobei diese in Höhe ihrer jeweiligen Anteile am Sondervermögen Ansprüche auf Auszahlung des Liquidationserlöses haben.

Die Depotbank ist berechtigt, nicht abgerufene Liquidationserlöse nach den gesetzlichen Bestimmungen der Hinterlegungsordnung bei dem für die Gesellschaft zuständigen Amtsgericht zu hinterlegen.

Die Gesellschaft erstellt auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht erlischt, einen Auflösungsbericht, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht. Spätestens drei Monate nach dem Stichtag der Auflösung des Sondervermögens wird der Auflösungsbericht im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Grundlegende Steuervorschriften

Die Aussagen zu den steuerlichen Vorschriften gelten nur für Anleger, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind. Dem ausländischen Anleger empfehlen wir, sich vor Erwerb von Anteilen an dem in diesem Verkaufsprospekt beschriebenen Sondervermögen mit seinem Steuerberater in Verbindung zu setzen und mögliche steuerliche Konsequenzen aus dem Anteilserwerb in seinem Heimatland individuell zu klären.

Das Sondervermögen ist als Zweckvermögen von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Die steuerpflichtigen Erträge des Sondervermögens werden jedoch beim Privatanleger als Einkünfte aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer unterworfen, soweit diese zusammen mit sonstigen Kapitalerträgen den Sparer-Pauschbetrag von jährlich 801,--€ (für Alleinstehende oder getrennt veranlagte Ehegatten) bzw. 1.602,--€ (für zusammen veranlagte Ehegatten) übersteigen.

Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen grundsätzlich einem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer). Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören auch die vom Sondervermögen ausgeschütteten Erträge, die ausschüttungsgleichen Erträge, der Zwischengewinn sowie der Gewinn aus dem An- und Verkauf von Fondsanteilen, wenn diese nach dem 31. Dezember 2008 erworben wurden bzw. werden.

Der Steuerabzug hat für den Privatanleger grundsätzlich Abgeltungswirkung (sog. Abgeltungsteuer), so dass die Einkünfte aus Kapitalvermögen regelmäßig nicht in der Einkommensteuererklärung anzugeben sind. Bei der Vornahme des Steuerabzugs werden durch die depotführende Stelle grundsätzlich bereits Verlustverrechnungen vorgenommen und ausländische Quellensteuern angerechnet.

Der Steuerabzug hat u.a. aber dann keine Abgeltungswirkung, wenn der persönliche Steuersatz geringer ist als der Abgeltungssatz von 25 %. In diesem Fall können die Einkünfte aus Kapitalvermögen in der Einkommensteuererklärung angegeben werden. Das Finanzamt setzt dann den niedrigeren persönlichen Steuersatz an und rechnet auf die persönliche Steuerschuld den vorgenommenen Steuerabzug an (sog. Günstigerprüfung).

Sofern Einkünfte aus Kapitalvermögen keinem Steuerabzug unterliegen haben (weil z.B. ein Gewinn aus der Veräußerung von Fondsanteilen in einem ausländischen Depot erzielt wird), sind diese in der Steuererklärung anzugeben. Im Rahmen der Veranlagung unterliegen die Einkünfte aus Kapitalvermögen dann ebenfalls dem Abgeltungssatz von 25 % oder dem niedrigeren persönlichen Steuersatz.

Trotz Steuerabzug und höherem persönlichen Steuersatz können Angaben zu den Einkünften aus Kapitalvermögen erforderlich sein, wenn im Rahmen der Einkommensteuererklärung außergewöhnliche Belastungen oder Sonderausgaben (z.B. Spenden) geltend gemacht werden.

Sofern sich die Anteile im Betriebsvermögen befinden, werden die Erträge als Betriebseinnahmen steuerlich erfasst. Die steuerliche Gesetzgebung erfordert zur Ermittlung der steuerpflichtigen bzw. der kapitalertragsteuerpflichtigen Erträge eine differenzierte Betrachtung der Ertragsbestandteile.

Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer)

Zinsen, zinsähnliche Erträge sowie ausländische Dividenden (insb. aus Immobilienkapitalgesellschaften)

Ausgeschüttete oder thesaurierte Zinsen, zinsähnliche Erträge sowie ausländische Dividenden unterliegen bei Inlandsverwahrung dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer).

Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger Steuerinländer ist und einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile 801,--€ bei Einzelveranlagung bzw. 1.602,--€ bei Zusammenveranlagung von Ehegatten nicht übersteigen.

Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer NV-Bescheinigung und bei ausländischen Anlegern bei Nachweis der steuerlichen Ausländereigenschaft.

Verwahrt der inländische Anleger die Anteile eines steuerrechtlich ausschüttenden Sondervermögens in einem inländischen Depot bei der Kapitalanlagegesellschaft oder einem Kreditinstitut (Depotfall), so nimmt die depotführende Stelle als Zahlstelle vom Steuerabzug Abstand, wenn ihr vor dem festgelegten Ausschüttungstermin ein in ausreichender Höhe ausgestellter Freistellungsauftrag nach amtlichem Muster oder eine NV-Bescheinigung, die vom Finanzamt für die Dauer von maximal drei Jahren erteilt wird, vorgelegt wird. In diesem Fall erhält der Anleger die gesamte Ausschüttung ungekürzt gutgeschrieben.

Handelt es sich um ein steuerrechtlich thesaurierendes Sondervermögen, so wird bei Thesaurierungen vor dem 1.1.2012 der Steuerabzug auf die thesaurierten, dem Steuerabzug unterliegenden Erträge des Sondervermögens in Höhe von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag) durch die Kapitalanlagegesellschaft selbst abgeführt. Der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Fondsanteile ermäßigt sich insoweit um den Steuerabzug zum Ablauf des Geschäftsjahres. Da die Anleger der Kapitalanlagegesellschaft regelmäßig nicht bekannt sind, kann in diesem Fall kein Kirchensteuereinbehalt erfolgen, so dass kirchensteuerpflichtige Anleger insoweit Angaben in der Einkommensteuererklärung zu machen haben.

Für nach dem 31.12.2011 erfolgende Thesaurierungen stellt das Sondervermögen den depotführenden Stellen die Kapitalertragsteuer nebst den maximal anfallenden Zuschlagsteuern (Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) zur Verfügung. Die depotführenden Stellen nehmen den Steuerabzug wie im Ausschüttungsfall unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Anleger vor, so dass insbesondere ggf. die Kirchensteuer abgeführt werden kann. Soweit das Sondervermögen den depotführenden Stellen Beträge zur Verfügung gestellt hat, die nicht abgeführt werden müssen, erfolgt eine Erstattung.

Befinden sich die Anteile im Depot bei einem inländischen Kreditinstitut oder einer inländischen Kapitalanlagegesellschaft, so erhält der Anleger, der seiner depotführenden Stelle einen in ausreichender Höhe ausgestellten Freistellungsauftrag oder eine NV-Bescheinigung vor Ablauf des Geschäftsjahres des Sondervermögens vorlegt, den abgeführten Steuerabzug (bzw. ab 2012 den depotführenden Stellen zur Verfügung gestellten Betrag) auf seinem

Konto gutgeschrieben.

Sofern der Freistellungsauftrag oder die NV-Bescheinigung nicht bzw. nicht rechtzeitig vorgelegt wird, erhält der Anleger auf Antrag von der depotführenden Stelle eine Steuerbescheinigung über den einbehaltenen und abgeführten Steuerabzug und den Solidaritätszuschlag. Der Anleger hat dann die Möglichkeit, den Steuerabzug im Rahmen seiner Einkommensteuerveranlagung auf seine persönliche Steuerschuld anrechnen zu lassen.

Werden Anteile ausschüttender Sondervermögen nicht in einem Depot verwahrt und Ertragsscheine einem inländischen Kreditinstitut vorgelegt (Eigenverwahrung), wird der Steuerabzug in Höhe von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag vorgenommen.

Dividenden von ausländischen (Immobilien-) Kapitalgesellschaften können nach Auffassung der Finanzverwaltung nicht als sogenannte Schachteldividenden steuerfrei sein.

Gewinne aus dem Verkauf inländischer und ausländischer Immobilien nach Ablauf von 10 Jahren seit der Anschaffung

Gewinne aus dem Verkauf inländischer und ausländischer Immobilien außerhalb der 10-Jahresfrist, die auf der Ebene des Sondervermögens erzielt werden, sind beim Anleger stets steuerfrei.

Ausländische Mieterträge und Gewinne aus dem Verkauf ausländischer Immobilien innerhalb von 10 Jahren seit der Anschaffung

Steuerfrei bleiben ausländische Mieterträge und Gewinne aus dem Verkauf ausländischer Immobilien, auf deren Besteuerung Deutschland aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens (Freistellungsmethode) verzichtet hat (Regelfall). Die steuerfreien Erträge wirken sich auch nicht auf den anzuwendenden Steuersatz aus (kein Progressionsvorbehalt).

Sofern im betreffenden Doppelbesteuerungsabkommen ausnahmsweise die Anrechnungs-Methode vereinbart oder kein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen wurde, gelten die Aussagen zur Behandlung von Gewinnen aus dem Verkauf inländischer Immobilien innerhalb von 10 Jahren seit Anschaffung analog. Die in den Herkunftsländern gezahlten Steuern können ggf. auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet werden, sofern die gezahlten Steuern nicht bereits auf der Ebene des Sondervermögens als Werbungskosten berücksichtigt wurden.

Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren, Gewinne aus Termingeschäften und Erträge aus Stillhalterprämien

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, eigenkapitalähnlichen Genussrechten und Investmentanteilen, Gewinne aus Termingeschäften sowie Erträge aus Stillhalterprämien, die auf der Ebene des Sondervermögens erzielt werden, werden beim Anleger nicht erfasst, solange sie nicht ausgeschüttet werden. Zudem werden die Gewinne aus der Veräußerung der in § 1 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 Buchstaben a) bis f) InvStG genannten Kapitalforderungen beim Anleger nicht erfasst, wenn sie nicht ausgeschüttet werden.

Hierunter fallen folgende Kapitalforderungen:

- a) Kapitalforderungen, die eine Emissionsrendite haben,
- b) „normale“ Anleihen und unverbriefte Forderungen mit festem Kupon sowie Down-Rating-Anleihen, Floater und Reverse-Floater,
- c) Risiko-Zertifikate, die den Kurs einer Aktie oder eines veröffentlichten Index für eine Mehrzahl von Aktien im Verhältnis 1:1 abbilden,
- d) Aktienanleihen, Umtauschanleihen und Wandelanleihen,
- e) ohne gesonderten Stückzinsausweis (flat) gehandelte Gewinnobligationen und Fremdkapital-Genussrechte und
- f) „cum“-erworbene Optionsanleihen.

Werden Gewinne aus der Veräußerung der o.g. Wertpapiere/Kapitalforderungen, Gewinne aus Termingeschäften sowie Erträge aus Stillhalterprämien ausgeschüttet, sind sie grundsätzlich steuerpflichtig und unterliegen bei Verwahrung der Anteile im Inland dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer). Ausgeschüttete Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren und Gewinne aus Termingeschäften sind jedoch steuerfrei, wenn die Wertpapiere auf Ebene des Sondervermögens vor dem 1.1.2009 erworben bzw. die Termingeschäfte vor dem 1.1.2009 eingegangen wurden.

Gewinne aus der Veräußerung von Kapitalforderungen, die nicht in der o.g. Aufzählung enthalten sind, sind steuerlich wie Zinsen zu behandeln (s.o.).

Inländische Mieten, Dividenden (insbesondere aus Immobilienkapitalgesellschaften) sowie Gewinne aus dem Verkauf inländischer Immobilien innerhalb von 10 Jahren seit Anschaffung

Inländische Mieten, Dividenden der (Immobilien-)Kapitalgesellschaften sowie Gewinne aus dem Verkauf inländischer Immobilien innerhalb von 10 Jahren seit Anschaffung, die vom Sondervermögen ausgeschüttet oder thesauriert werden, sind beim Anleger grundsätzlich steuerpflichtig.

Bei Ausschüttung oder Thesaurierung, die vor dem 1.1.2012 vorgenommen werden, wird ein Steuerabzug in Höhe von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag) von der Kapitalanlagegesellschaft vorgenommen. Die depotführende Stelle berücksichtigt bei Ausschüttungen zudem einen ggf. vorliegenden Antrag auf Kirchensteuereinbehalt.

Der Anleger erhält den Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag) in voller Höhe sofort erstattet, sofern die Anteile bei der Kapitalanlagegesellschaft oder einem inländischen Kreditinstitut verwahrt werden und dort ein Freistellungsauftrag in ausreichender Höhe oder eine NV-Bescheinigung vorliegt. Anderenfalls kann er den Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag) unter Beifügung der steuerlichen Bescheinigung der depotführenden Stelle auf seine persönliche Einkommensteuerschuld anrechnen.

Für nach dem 31.12.2011 erfolgende Ausschüttungen und Thesaurierungen stellt das Sondervermögen den depotführenden Stellen die Kapitalertragsteuer nebst den maximal anfallenden Zuschlagsteuern (Solidaritätszuschlag

und Kirchensteuer) zur Verfügung. Die depotführenden Stellen nehmen den Steuerabzug unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Anleger vor, so dass insbesondere ggf. die Kirchensteuer abgeführt werden kann. Soweit das Sondervermögen den depotführenden Stellen Beträge zur Verfügung gestellt hat, die nicht abgeführt werden müssen, erfolgt eine Erstattung.

Erträge aus der Beteiligung an in- und ausländischen Immobilienpersonengesellschaften

Erträge aus der Beteiligung an in- und ausländischen Immobilienpersonengesellschaften sind steuerlich bereits mit Ende des Wirtschaftsjahres der Personengesellschaft auf der Ebene des Sondervermögens zu erfassen. Sie sind nach allgemeinen steuerlichen Grundsätzen zu beurteilen.

Negative steuerliche Erträge

Verbleiben negative Erträge nach Verrechnung mit gleichartigen positiven Erträgen auf der Ebene des Sondervermögens, werden diese auf Ebene des Sondervermögens steuerlich vorgetragen. Diese können auf Ebene des Sondervermögens mit künftigen gleichartigen positiven steuerpflichtigen Erträgen der Folgejahre verrechnet werden. Eine direkte Zurechnung der negativen steuerlichen Erträge auf den Anleger ist nicht möglich. Damit wirken sich diese negativen Beträge beim Anleger einkommensteuerlich erst in dem Veranlagungszeitraum (Steuerjahr) aus, in dem das Geschäftsjahr des Sondervermögens endet bzw. die Ausschüttung für das Geschäftsjahr des Sondervermögens erfolgt, für das die negativen steuerlichen Erträge auf Ebene des Sondervermögens verrechnet werden. Eine frühere Geltendmachung bei der Einkommensteuer des Anlegers ist nicht möglich.

Substanzauskehrungen

Substanzauskehrungen (z.B. in Form von Bauzinsen) sind nicht steuerbar.

Substanzauskehrungen, die der Anleger während seiner Besitzzeit erhalten hat, sind allerdings dem steuerlichen Ergebnis aus der Veräußerung der Fondsanteile hinzuzurechnen, d.h. sie erhöhen den steuerlichen Gewinn.

Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene

Werden Anteile an einem Sondervermögen, die nach dem 31.12.2008 erworben wurden, von einem Privatanleger veräußert, unterliegt der Veräußerungsgewinn dem Abgeltungssatz von 25 %. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden, nimmt die depotführende Stelle den Steuerabzug vor. Der Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) kann durch die Vorlage eines ausreichenden Freistellungsauftrags bzw. einer NV-Bescheinigung vermieden werden.

Bei einer Veräußerung von vor dem 1.1.2009 erworbenen Anteile ist der Gewinn bei Privatanlegern steuerfrei.

Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns sind die Anschaffungskosten um den Zwischengewinn im Zeitpunkt der Anschaffung und der Veräußerungspreis um den Zwischengewinn im Zeitpunkt der Veräußerung zu kürzen, damit es nicht zu einer doppelten einkommensteuerlichen Erfassung von Zwischengewinnen (siehe unten) kommen kann. Zudem ist der Veräußerungspreis um die thesaurierten Erträge zu kürzen, die der Anleger bereits versteuert hat, damit es auch insoweit nicht zu einer Doppelbesteuerung kommt.

Der Gewinn aus der Veräußerung nach dem 31.12.2008 erworbener Fondsanteile ist insoweit steuerfrei, als er auf die während der Besitzzeit im Fonds entstandenen, noch nicht auf der Anlegerebene erfassten, DBA-steuerfreien Erträge zurückzuführen ist (sogenannter besitzzeitanteiliger Immobiliengewinn).

Die Kapitalanlagegesellschaft veröffentlicht den Immobiliengewinn bewertungstäglich als Prozentsatz des Wertes des Investmentanteils.

Sofern für die Beteiligung eine Mindestanlagesumme von 100.000 Euro oder mehr vorgeschrieben ist oder die Beteiligung natürlicher Personen von der Sachkunde der Anleger abhängig ist (bei Anteilsklassen bezogen auf eine Anteilsklasse), gilt für die Veräußerung oder Rückgabe von Anteilen, die nach dem 9. November 2007 und vor dem 1. Januar 2009 erworben wurden, Folgendes: Der Gewinn aus der Veräußerung oder Rückgabe solcher Anteile unterliegt grundsätzlich dem Abgeltungsteuersatz von 25 %. Der steuerpflichtige Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf oder der Rückgabe der Anteile ist in diesem Fall jedoch auf den Betrag der auf Fondsebene thesaurierten Gewinne aus der Veräußerung von nach dem 31.12.2008 erworbenen Wertpapiere und der auf Fondsebene thesaurierten Gewinne aus nach dem 31.12.2008 eingegangenen Termingeschäften begrenzt. Diese Begrenzung des steuerpflichtigen Veräußerungsgewinns erfordert den Nachweis des entsprechenden Betrags.

Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer)

Inländische Mieterträge und Zinserträge sowie zinsähnliche Erträge

Inländische Mieterträge, Zinsen und zinsähnliche Erträge sind beim Anleger grundsätzlich steuerpflichtig⁵. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Erträge thesauriert oder ausgeschüttet werden.

Eine Abstandnahme vom Steuerabzug bzw. eine Vergütung des Steuerabzugs ist nur durch Vorlage einer entsprechenden NV-Bescheinigung möglich. Ansonsten erhält der Anleger eine Steuerbescheinigung über die Vornahme des Steuerabzugs.

Ausländische Mieterträge

Bei Mieterträgen aus ausländischen Immobilien verzichtet Deutschland in der Regel auf die Besteuerung (Freistellung aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens). Bei Anlegern, die nicht Kapitalgesellschaften sind, ist jedoch der Progressionsvorbehalt zu beachten.

Sofern im betreffenden Doppelbesteuerungsabkommen ausnahmsweise die Anrechnungsmethode vereinbart oder kein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen wurde, können die in den Herkunftsländern gezahlten Ertragsteuern ggf. auf die deutsche Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet werden, sofern die gezahlten Steuern nicht bereits auf der Ebene des Sondervermögens als Werbungskosten berücksichtigt wurden.

Gewinne aus dem Verkauf inländischer und ausländischer Immobilien

Thesaurierte Gewinne aus der Veräußerung inländischer und ausländischer Immobilien sind beim Anleger steuerlich unbeachtlich, soweit sie nach Ablauf von 10 Jahren seit der Anschaffung der Immobilie auf Fondsebene erzielt

⁵ Die zu versteuernden Zinsen sind gemäß § 2 Abs. 2a InvStG im Rahmen der Zinsschrankenregelung nach § 4h EStG zu berücksichtigen.

werden. Die Gewinne werden erst bei ihrer Ausschüttung steuerpflichtig, wobei Deutschland in der Regel auf die Besteuerung ausländischer Gewinne (Freistellung aufgrund Doppelbesteuerungsabkommens) verzichtet.

Gewinne aus der Veräußerung inländischer und ausländischer Immobilien innerhalb der 10-Jahresfrist sind bei Thesaurierung bzw. Ausschüttung steuerlich auf Anlegerebene zu berücksichtigen. Dabei sind die Gewinne aus dem Verkauf inländischer Immobilien in vollem Umfang steuerpflichtig.

Bei Gewinnen aus dem Verkauf ausländischer Immobilien verzichtet Deutschland in der Regel auf die Besteuerung (Freistellung aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens). Bei Anlegern, die nicht Kapitalgesellschaften sind, ist jedoch der Progressionsvorbehalt zu beachten.

Sofern im betreffenden Doppelbesteuerungsabkommen ausnahmsweise die Anrechnungsmethode vereinbart oder kein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen wurde, können die in den Herkunftsländern gezahlten Ertragsteuern ggf. auf die deutsche Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer angerechnet werden, sofern die gezahlten Steuern nicht bereits auf der Ebene des Sondervermögens als Werbungskosten berücksichtigt wurden.

Eine Abstandnahme vom Steuerabzug bzw. eine Vergütung des Steuerabzugs ist nur durch Vorlage einer entsprechenden NV-Bescheinigung möglich. Ansonsten erhält der Anleger eine Steuerbescheinigung über die Vornahme des Steuerabzugs.

Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren, Gewinne aus Termingeschäften und Erträge aus Stillhalterprämien

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, eigenkapitalähnlichen Genussrechten und Investmentfondsanteilen, Gewinne aus Termingeschäften sowie Erträge aus Stillhalterprämien sind beim Anleger steuerlich unbeachtlich, wenn sie thesauriert werden. Zudem werden die Gewinne aus der Veräußerung der nachfolgend genannten Kapitalforderungen beim Anleger nicht erfasst, wenn sie nicht ausgeschüttet werden:

- a) Kapitalforderungen, die eine Emissionsrendite haben,
- b) „normale“ Anleihen und unverbriefte Forderungen mit festem Kupon sowie Down-Rating-Anleihen, Floater und Reverse-Floater,
- c) Risiko-Zertifikate, die den Kurs einer Aktie oder eines veröffentlichten Index für eine Mehrzahl von Aktien im Verhältnis 1:1 abbilden
- d) Aktienanleihen, Umtauschanleihen und Wandelanleihen,
- e) ohne gesonderten Stückzinsausweis (flat) gehandelte Gewinnobligationen und Fremdkapital-Genussrechte und
- f) „cum“-erworbene Optionsanleihen.

Werden diese Gewinne ausgeschüttet, so sind sie steuerlich auf Anlegerebene zu berücksichtigen. Dabei sind Veräußerungsgewinne aus Aktien ganz⁶ (bei Anlegern, die Körperschaften sind) oder zu 40 % (bei sonstigen betrieblichen Anlegern, z.B. Einzelunternehmern) steuerfrei (Teileinkünfteverfahren). Veräußerungsgewinne aus Renten/Kapitalforderungen, Gewinne aus Termingeschäften sowie Erträge aus Stillhalterprämien sind hingegen in voller Höhe steuerpflichtig.

Ergebnisse aus der Veräußerung von Kapitalforderungen, die nicht in der o.g. Aufzählung enthalten sind, sind steuerlich wie Zinsen zu behandeln (s.o.).

Ausgeschüttete Wertpapierveräußerungsgewinne, ausgeschüttete Termingeschäftsgewinne sowie ausgeschüttete Erträge aus Stillhalterprämien unterliegen grundsätzlich dem Steuerabzug (Kapitalertragsteuer 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag). Dies gilt nicht für Gewinne aus der Veräußerung von vor dem 1.1.2009 erworbenen Wertpapieren und für Gewinne aus vor dem 1.1.2009 eingegangenen Termingeschäften. Die auszahlende Stelle nimmt jedoch insbesondere dann keinen Steuerabzug vor, wenn der Anleger eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft ist oder diese Kapitalerträge Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind und dies der auszahlenden Stelle vom Gläubiger der Kapitalerträge nach amtlich vorgeschriebenen Vordruck erklärt wird.

In- und ausländische Dividenden (insbesondere aus Immobilienkapitalgesellschaften)

Dividenden in- und ausländischer Immobilien-Kapitalgesellschaften, die auf Anteile im Betriebsvermögen ausgeschüttet oder thesauriert werden, sind mit Ausnahme von Dividenden nach dem REITG bei Körperschaften grundsätzlich steuerfrei⁷. Von Einzelunternehmern sind diese Erträge zu 60 % zu versteuern (Teileinkünfteverfahren).

Inländische Dividenden unterliegen dem Steuerabzug (Kapitalertragsteuer 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Ausländische Dividenden unterliegen grundsätzlich dem Steuerabzug (Kapitalertragsteuer 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag). Die auszahlende Stelle nimmt jedoch insbesondere dann keinen Steuerabzug vor, wenn der Anleger eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft ist (wobei von Körperschaften i.S.d. § 1 Abs. 1 Nr. 4 und 5 KStG der auszahlenden Stelle eine Bescheinigung des für sie zuständigen Finanzamtes vorliegen muss) oder die ausländischen Dividenden Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind und dies der auszahlenden Stelle vom Gläubiger der Kapitalerträge nach amtlich vorgeschriebenen Vordruck erklärt wird.

Bei gewerbesteuerpflichtigen Anlegern sind die zum Teil einkommensteuerfreien bzw. körperschaftsteuerfreien Dividenden erträge für Zwecke der Ermittlung des Gewerbeertrags wieder hinzuzurechnen, nicht aber wieder zu kürzen. Nach Auffassung der Finanzverwaltung können Dividenden von ausländischen (Immobilien-) Kapitalgesellschaften als so genannte Schachteldividenden in vollem Umfang nur dann steuerfrei sein, wenn der Anleger eine (Kapital-) Gesellschaft i.S.d. entsprechenden Doppelbesteuerungsabkommens ist und auf ihn durchgerechnet eine genügend hohe (Schachtel-) Beteiligung entfällt.

Erträge aus der Beteiligung an in- und ausländischen Immobilienpersonengesellschaften

Erträge aus der Beteiligung an in- und ausländischen Immobilienpersonengesellschaften sind steuerlich bereits mit Ende des Wirtschaftsjahres der Personengesellschaft auf der Ebene des Sondervermögens zu erfassen. Sie sind nach allgemeinen steuerlichen Grundsätzen zu beurteilen.

Negative steuerliche Erträge

Verbleiben negative Erträge nach Verrechnung mit gleichartigen positiven Erträgen auf der Ebene des Sondervermögens, werden diese steuerlich auf Ebene des Sondervermögens vorgetragen. Diese können auf Ebene des Sondervermögens mit künftigen gleichartigen positiven steuerpflichtigen Erträgen der Folgejahre verrechnet wer-

⁶ 5 % der Veräußerungsgewinne aus Aktien gelten bei Körperschaften als nichtabzugsfähige Betriebsausgaben und sind somit steuerpflichtig.

⁷ 5 % der Dividenden gelten bei Körperschaften als nichtabzugsfähige Betriebsausgaben und sind somit steuerpflichtig.

den. Eine direkte Zurechnung der negativen steuerlichen Erträge auf den Anleger ist nicht möglich. Damit wirken sich diese negativen Beträge beim Anleger bei der Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer erst in dem Veranlagungszeitraum (Steuerjahr) aus, in dem das Geschäftsjahr des Sondervermögens endet bzw. die Ausschüttung für das Geschäftsjahr des Sondervermögens erfolgt, für das die negativen steuerlichen Erträge auf Ebene des Sondervermögens verrechnet werden. Eine frühere Geltendmachung bei der Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer des Anlegers ist nicht möglich.

Substanzauskehrungen

Substanzauskehrungen (z.B. in Form von Bauzinsen) sind nicht steuerbar. Dies bedeutet für einen bilanzierenden Anleger, dass die Substanzauskehrungen in der Handelsbilanz ertragswirksam zu vereinnahmen sind, in der Steuerbilanz aufwandswirksam ein passiver Ausgleichsposten zu bilden ist und damit technisch die historischen Anschaffungskosten steuerneutral gemindert werden. Alternativ können die fortgeführten Anschaffungskosten um den anteiligen Betrag der Substanzausschüttung vermindert werden.

Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene

Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen im Betriebsvermögen sind für betriebliche Anleger steuerfrei, soweit es sich um noch nicht zugeflossene oder noch nicht als zugeflossen geltende ausländische Mieten und realisierte und nicht realisierte Gewinne des Sondervermögens aus ausländischen Immobilien handelt, sofern Deutschland auf die Besteuerung verzichtet hat (so genannter Immobiliengewinn).

Die Kapitalanlagegesellschaft veröffentlicht den Immobiliengewinn bewertungstäglich als Prozentsatz des Wertes des Investmentanteils.

Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen im Betriebsvermögen sind für Körperschaften zudem steuerfrei⁸, soweit die Gewinne aus noch nicht zugeflossenen oder noch nicht als zugeflossen geltenden Dividenden und aus realisierten und nicht realisierten Gewinnen des Sondervermögens aus in- und ausländischen (Immobilien-)Kapitalgesellschaften herrühren (so genannter Aktiengewinn). Von Einzelunternehmen sind diese Veräußerungsgewinne zu 60 % zu versteuern.

Die Kapitalanlagegesellschaft veröffentlicht den Aktiengewinn bewertungstäglich als Prozentsatz des Wertes des Investmentanteils.

Steuerausländer

Verwahrt ein Steuerausländer Anteile an ausschüttenden Sondervermögen im Depot bei einer inländischen depotführenden Stelle (Depotfall), wird vom Steuerabzug auf Zinsen, zinsähnliche Erträge, Wertpapierveräußerungsgewinne, Termingeschäftsgewinne und ausländische Dividenden Abstand genommen, sofern er seine steuerliche Ausländereigenschaft nachweist. Sofern die Ausländereigenschaft der depotführenden Stelle nicht bekannt bzw. nicht rechtzeitig nachgewiesen wird, ist der ausländische Anleger gezwungen, die Erstattung des Steuerabzugs gemäß § 37 Abs. 2 AO zu beantragen. Zuständig ist das Betriebsstättenfinanzamt der depotführenden Stelle.

⁸ 5 % des steuerfreien Veräußerungsgewinns gelten bei Körperschaften als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe und sind somit steuerpflichtig.

Hat ein ausländischer Anleger Anteile thesaurierender Sondervermögen im Depot bei einer inländischen depotführenden Stelle, wird ihm bei vor dem 1.1.2012 erfolgenden Thesaurierungen und Nachweis seiner steuerlichen Ausländereigenschaft der Steuerabzug in Höhe von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag, soweit dieser nicht auf inländische Dividenden entfällt, erstattet. Erfolgt der Antrag auf Erstattung verspätet, kann - wie bei verspätetem Nachweis der Ausländereigenschaft bei ausschüttenden Fonds - eine Erstattung gemäß § 37 Abs. 2 AO auch nach dem Thesaurierungszeitpunkt beantragt werden.

Inwieweit eine Anrechnung oder Erstattung des Steuerabzugs auf inländische Dividenden für den ausländischen Anleger möglich ist, hängt von dem zwischen dem Sitzstaat des Anlegers und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen ab. Eine DBA-Erstattung der Kapitalertragsteuer auf inländische Dividenden erfolgt über das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) in Bonn.

Solidaritätszuschlag

Auf den bei Ausschüttungen oder Thesaurierungen abzuführenden Steuerabzug ist ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % zu erheben. Der Solidaritätszuschlag ist bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer anrechenbar.

Fällt kein Steuerabzug an bzw. erfolgt bei Thesaurierung vor dem 1.1.2012 die Vergütung des Steuerabzugs – beispielsweise bei ausreichendem Freistellungsauftrag, Vorlage einer NV-Bescheinigung oder Nachweis der Steuerausländereigenschaft –, ist kein Solidaritätszuschlag abzuführen bzw. wird dieser bei einer Thesaurierung vergütet.

Kirchensteuer

Soweit die Einkommensteuer bereits von einer inländischen depotführenden Stelle (Abzugsverpflichteter) durch den Steuerabzug erhoben wird, wird die darauf entfallende Kirchensteuer nach dem Kirchensteuersatz der Religionsgemeinschaft, der der Kirchensteuerpflichtige angehört, als Zuschlag zum Steuerabzug erhoben. Zu diesem Zweck hat der Kirchensteuerpflichtige dem Abzugsverpflichteten in einem schriftlichen Antrag seine Religionsangehörigkeit zu benennen. Ehegatten haben in dem Antrag zudem zu erklären, in welchem Verhältnis der auf jeden Ehegatten entfallende Anteil der Kapitalerträge zu den gesamten Kapitalerträgen der Ehegatten steht, damit die Kirchensteuer entsprechend diesem Verhältnis aufgeteilt, einbehalten und abgeführt werden kann. Wird kein Aufteilungsverhältnis angegeben, erfolgt eine Aufteilung nach Köpfen.

Die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe wird bereits beim Steuerabzug mildernd berücksichtigt.

Ausländische Quellensteuer

Auf die ausländischen Erträge des Sondervermögens wird teilweise in den Herkunftsländern Quellensteuer einbehalten.

Die Kapitalanlagegesellschaft kann die anrechenbare Quellensteuer auf der Ebene des Sondervermögens wie Werbungskosten abziehen. In diesem Fall ist die ausländische Quellensteuer auf Anlegerebene weder anrechenbar noch abzugsfähig.

Übt die Kapitalanlagegesellschaft ihr Wahlrecht zum Abzug der ausländischen Quellensteuer auf Fondsebene nicht aus, dann wird die anrechenbare Quellensteuer bereits beim Steuerabzug mildernd berücksichtigt.

Gesonderte Feststellung, Außenprüfung

Die Besteuerungsgrundlagen, die auf Ebene des Sondervermögens ermittelt werden, sind gesondert festzustellen. Hierzu hat die Investmentgesellschaft beim zuständigen Finanzamt eine Feststellungserklärung abzugeben. Änderungen der Feststellungserklärungen, z.B. anlässlich einer Außenprüfung (§ 11 Abs. 3 InvStG) der Finanzverwaltung, werden für das Geschäftsjahr wirksam, in dem die geänderte Feststellung unanfechtbar geworden ist. Die steuerliche Zurechnung dieser geänderten Feststellung beim Anleger erfolgt dann zum Ende dieses Geschäftsjahres bzw. am Ausschüttungstag bei der Ausschüttung für dieses Geschäftsjahr.

Damit treffen die Bereinigungen von Fehlern wirtschaftlich die Anleger, die zum Zeitpunkt der Fehlerbereinigung an dem Sondervermögen beteiligt sind. Die steuerlichen Auswirkungen können entweder positiv oder negativ sein.

Zwischengewinnbesteuerung

Zwischengewinne sind die im Verkaufs- oder Rückgabepreis enthaltenen Entgelte für vereinnahmte oder aufgelaufene Zinsen sowie Gewinne aus der Veräußerung von nicht in § 1 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 Buchstaben a) bis f) InvStG genannten Kapitalforderungen, die vom Fonds noch nicht ausgeschüttet oder thesauriert und infolgedessen beim Anleger noch nicht steuerpflichtig wurden (etwa Stückzinsen aus festverzinslichen Wertpapieren vergleichbar). Der vom Sondervermögen erwirtschaftete Zwischengewinn ist bei Rückgabe oder Verkauf der Anteile durch Steuerinländer einkommensteuerpflichtig. Der Steuerabzug auf den Zwischengewinn beträgt 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer).

Der bei Erwerb von Anteilen gezahlte Zwischengewinn kann im Jahr der Zahlung beim Privatanleger einkommensteuerlich als negative Einnahme abgesetzt werden, wenn ein Ertragsausgleich durchgeführt wird und sowohl bei der Veröffentlichung des Zwischengewinns als auch im Rahmen der von den Berufsträgern zu bescheinigenden Steuerdaten hierauf hingewiesen wird. Er wird bereits beim Steuerabzug steuermindernd berücksichtigt. Wird der Zwischengewinn nicht veröffentlicht, sind jährlich 6 % des Entgelts für die Rückgabe oder Veräußerung des Investmentanteils als Zwischengewinn anzusetzen. Bei betrieblichen Anlegern ist der gezahlte Zwischengewinn unselbständiger Teil der Anschaffungskosten, die nicht zu korrigieren sind. Bei Rückgabe oder Veräußerung des Investmentanteils bildet der erhaltene Zwischengewinn einen unselbständigen Teil des Veräußerungserlöses. Eine Korrektur ist nicht vorzunehmen.

Die Zwischengewinne können regelmäßig auch den Abrechnungen sowie den Ertragnisaufstellungen der Banken entnommen werden.

Folgen der Verschmelzung von Sondervermögen

In den Fällen der Verschmelzung eines inländischen Sondervermögens in ein anderes inländisches Sondervermögen kommt es weder auf der Ebene der Anleger noch auf der Ebene der beteiligten Sondervermögen zu einer Aufdeckung von stillen Reserven, d.h. dieser Vorgang ist steuerneutral. Das Gleiche gilt für die Übertragung aller Vermögensgegenstände eines inländischen Sondervermögens auf eine inländische Investmentaktiengesellschaft oder ein Teilgesellschaftsvermögen einer inländischen Investmentaktiengesellschaft. Erhalten die Anleger des übertragenden Sondervermögens eine Barzahlung im Sinne des § 40h InvG, ist diese wie eine Ausschüttung eines sonstigen Ertrags zu behandeln. Vom übertragenden Sondervermögen erwirtschaftete und noch nicht ausgeschütete

te Erträge werden den Anlegern zum Übertragungstichtag als sog. ausschüttungsgleiche Erträge steuerlich zugewiesen.

Transparente, semitransparente und intransparente Besteuerung

Die oben genannten Besteuerungsgrundsätze (sog. transparente Besteuerung) gelten nur, wenn sämtliche Besteuerungsgrundlagen im Sinne des § 5 Abs. 1 InvStG bekannt gemacht werden (sog. steuerliche Bekanntmachungspflicht). Dies gilt auch insoweit, als das Sondervermögen Anteile an anderen inländischen Sondervermögen und Investmentaktiengesellschaften, EG-Investmentanteile und ausländische Investmentanteile, die keine EG-Investmentanteile sind, erworben hat (Zielfonds i.S.d. § 10 InvStG) und diese ihren steuerlichen Bekanntmachungspflichten nachkommen.

Die Kapitalanlagegesellschaft ist bestrebt, sämtliche Besteuerungsgrundlagen, die ihr zugänglich sind, bekannt zu machen.

Die erforderliche Bekanntmachung kann jedoch nicht garantiert werden, insbesondere soweit das Sondervermögen Zielfonds erworben hat und diese ihren steuerlichen Bekanntmachungspflichten nicht nachkommen. In diesem Fall werden die Ausschüttungen und der Zwischengewinn des jeweiligen Zielfonds sowie 70 % der Wertsteigerung im letzten Kalenderjahr des jeweiligen Zielfonds (mindestens jedoch 6 % des Rücknahmepreises) als steuerpflichtiger Ertrag auf der Ebene des Sondervermögens angesetzt.

Die Kapitalanlagegesellschaft ist zudem bestrebt Besteuerungsgrundlagen außerhalb des § 5 Abs. 1 InvStG (wie insbesondere den Aktiengewinn, den Immobiliengewinn und den Zwischengewinn) bekannt zu machen.

EU-Zinsrichtlinie / Zinsinformationsverordnung

Die Zinsinformationsverordnung (kurz ZIV), mit der die Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003, ABL. EU Nr. L 157 S. 38 umgesetzt wird, soll grenzüberschreitend die effektive Besteuerung von Zinserträgen natürlicher Personen im Gebiet der EU sicherstellen. Mit einigen Drittstaaten (insbesondere mit der Schweiz, Liechtenstein, Channel Islands, Monaco und Andorra) hat die EU Abkommen abgeschlossen, die der EU-Zinsrichtlinie weitgehend entsprechen.

Dazu werden grundsätzlich Zinserträge, die eine im europäischen Ausland oder bestimmten Drittstaaten ansässige natürliche Person von einem deutschen Kreditinstitut (das insoweit als Zahlstelle handelt) gutgeschrieben erhält, von dem deutschen Kreditinstitut an das Bundeszentralamt für Steuern und von dort aus letztlich an die ausländischen Wohnsitzfinanzämter gemeldet.

Entsprechend werden grundsätzlich Zinserträge, die eine natürliche Person in Deutschland von einem ausländischen Kreditinstitut im europäischen Ausland oder in bestimmten Drittstaaten erhält, von dem ausländischen Kreditinstitut letztlich an das deutsche Wohnsitzfinanzamt gemeldet. Alternativ behalten einige ausländische Staaten Quellensteuern ein, die in Deutschland anrechenbar sind.

Konkret betroffen sind folglich die innerhalb der Europäischen Union bzw. in den beigetretenen Drittstaaten ansässigen Privatanleger, die grenzüberschreitend in einem anderen EU-Land ihr Depot oder Konto führen und Zinserträge erwirtschaften.

U. a. Luxemburg und die Schweiz haben sich verpflichtet, von den Zinserträgen eine Quellensteuer i.H.v. 20 % (ab 1.7.2011: 35 %) einzubehalten. Der Anleger erhält im Rahmen der steuerlichen Dokumentation eine Bescheinigung, mit der er sich die abgezogenen Quellensteuern im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung anrechnen lassen kann.

Alternativ hat der Privatanleger die Möglichkeit, sich vom Steuerabzug im Ausland befreien zu lassen, indem er eine Ermächtigung zur freiwilligen Offenlegung seiner Zinserträge gegenüber dem ausländischen Kreditinstitut abgibt, die es dem Institut gestattet, auf den Steuerabzug zu verzichten und stattdessen die Erträge an die gesetzlich vorgegebenen Finanzbehörden zu melden.

Nach der ZIV ist von der Kapitalanlagegesellschaft für jeden in- und ausländischen Fonds anzugeben, ob er der ZIV unterliegt (in scope) oder nicht (out of scope).

Für diese Beurteilung enthält die ZIV zwei wesentliche Anlagegrenzen.

Wenn das Vermögen eines Fonds aus höchstens 15 % Forderungen im Sinne der ZIV besteht, haben die Zahlstellen, die letztendlich auf die von der Kapitalanlagegesellschaft gemeldeten Daten zurückgreifen, keine Meldungen an das Bundeszentralamt für Steuern zu versenden. Ansonsten löst die Überschreitung der 15 %-Grenze eine Meldepflicht der Zahlstellen an das Bundeszentralamt für Steuern über den in der Ausschüttung enthaltenen Zinsanteil aus.

Bei Überschreiten der 40 %-Grenze (für nach dem 31.12.2010 endende Geschäftsjahre gilt eine 25 %-Grenze) ist der in der Rückgabe oder Veräußerung der Fondsanteile enthaltene Zinsanteil zu melden. Handelt es sich um einen ausschüttenden Fonds, so ist zusätzlich im Falle der Ausschüttung der darin enthaltene Zinsanteil an das Bundeszentralamt für Steuern zu melden. Handelt es sich um einen thesaurierenden Fonds, erfolgt eine Meldung konsequenterweise nur im Falle der Rückgabe oder Veräußerung des Fondsanteils.

Grunderwerbsteuer

Der Verkauf von Anteilen an dem Sondervermögen löst keine Grunderwerbsteuer aus.

Hinweis: Die steuerlichen Ausführungen gehen von der derzeit bekannten Rechtslage aus. Sie richten sich an in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige oder unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtige Personen. Es kann jedoch keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert.

Allgemeines

Berichterstattung und Prüfung des Sondervermögens

Zahlungen an die Anleger / Verbreitung der Berichte und sonstige Informationen

Durch die Beauftragung der Depotbank ist sichergestellt, dass die Anteile zurückgenommen werden. Die in diesem Verkaufsprospekt erwähnten Anlegerinformationen, wie z. B. Verkaufsprospekt, Vertragsbedingungen, wesentliche Anlegerinformationen sowie Jahres- und Halbjahresberichte, können bei der Gesellschaft und der Depotbank bezogen werden. Zu beachten ist aber, dass beim Verkauf von Anteilen des Investmentfonds sämtliche Verkaufsunterlagen einem Erwerber, der eine natürliche Person ist, vor Vertragsschluss auszuhändigen sind.

Geschäftsjahr, Berichterstattung, Gewinneinbehaltung

Die Gesellschaft erstellt zum Ende des Geschäftsjahres, das jeweils vom 1. September bis 31. August läuft, einen ausführlichen Jahresbericht, der eine Vermögensaufstellung, die Ertrags- und Aufwandsrechnung sowie Angaben zur Entwicklung des Investmentfonds und zur Besteuerung der Erträge enthält. Zur Mitte eines Geschäftsjahres erstellt die Gesellschaft einen Halbjahresbericht.

Ermittlung und Verwendung der Erträge

Die sich aus der Ertrags- und Aufwandsrechnung ergebenden Erträge bestehen aus vereinnahmten und nicht zur Kostendeckung verwendeten Erträgen aus Zielfondsanteilen, Zinsen sowie realisierten Veräußerungsgewinnen. Bei der Ermittlung von Veräußerungsgewinnen bzw. Veräußerungsverlusten wendet die Gesellschaft das Durchschnittsverfahren an, das heißt, aus allen Käufen eines Fonds wird der ermittelte Durchschnittskurs zugrunde gelegt. Realisierte Veräußerungsgewinne werden mit realisierten Veräußerungsverlusten nur insoweit saldiert, als sie innerhalb desselben Fonds während eines Geschäftsjahres angefallen sind. Zu den Erträgen zählen auch die in der Rechenschaftsperiode abgegrenzten Zinsen, die bis zum Zeitpunkt des Geschäftsjahresendes fällig, aber noch nicht zugeflossen sind.

Bei diesem Investmentfonds werden die Erträge nicht ausgeschüttet, sondern die Gesellschaft legt alle Erträge je Anteilklasse, die während des Geschäftsjahres zugunsten des Investmentfonds aus den Zielfondsanteilen, Zinsen und anderweitigen Gewinnen entstehen - unter Berücksichtigung des damit verbundenen Ertragsausgleichs je Anteilklasse- sowie Erträge aus Veräußerungen, die nicht zur Deckung der Aufwendungen benötigt werden, in dem Investmentfonds wieder an.

Ertragsausgleich

Die Gesellschaft wendet für den Investmentfonds ein so genanntes Ertragsausgleichsverfahren für jede Anteilklasse an. Dieses bedeutet, dass die während des Geschäftsjahres angefallenen anteiligen Erträge, die der Anteilnehmer als Teil des Ausgabepreises bezahlen muss und die der Verkäufer von Anteilen als Teil des Rücknahmepreises vergütet erhält, für jede Anteilklasse fortlaufend verrechnet werden. Bei der Berechnung des Ertragsausgleiches werden auch die angefallenen Aufwendungen berücksichtigt.

Das Ertragsausgleichsverfahren dient damit dazu, Schwankungen im Verhältnis zwischen Erträgen und sonstigen Vermögensgegenständen auszugleichen, die durch Nettomittelzu- oder abflüsse aufgrund von Anteilscheinverkäufen oder -rückgaben in einer Anteilklasse verursacht werden. Denn jeder Nettomittelzufluss liquider Mittel würde anderenfalls den Anteil der Erträge am Inventarwert des Investmentfonds einer Anteilklasse verringern, jeder Abfluss ihn vermehren.

Im Ergebnis führt das Ertragsausgleichsverfahren dazu, dass der im Jahresbericht ausgewiesene thesaurierte Ertrag je Anteil einer Anteilklasse nicht durch die unvorhersehbare Entwicklung des Sondervermögens bzw. des Anteilumlaufs beeinflusst wird. Dabei wird in Kauf genommen, dass Anleger, die beispielsweise kurz vor dem Theaurierungstermin Anteile einer Anteilklasse erwerben, den auf die steuerpflichtigen Erträge entfallenden Teil des Anteilpreises versteuern müssen, obwohl ihr eingezahltes Kapital an dem Entstehen der Erträge nicht mitgewirkt hat.

Sollten künftig ausschüttende Anteilklassen gebildet werden, gilt Folgendes: Im Ergebnis führt das Ertragsausgleichsverfahren dazu, dass der im Jahresbericht ausgewiesene Ertrag je Anteil nicht durch die Anzahl der umlaufenden Anteile beeinflusst wird.

Prüfung des Sondervermögens

Mit der Prüfung des Investmentfonds und des Jahresberichtes sowie gegebenenfalls zu erstellender Zwischen- und Auflösungsberichte ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, beauftragt.

Weitere Informationen über die beteiligten Parteien

HANSAINVEST

HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH mit Sitz in Hamburg (nachstehend „HANSAINVEST“ oder „Gesellschaft“) wurde am 02.04.1969 gegründet. Hamburg ist Ort der Hauptverwaltung. Die HANSAINVEST ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Hamburg unter der Nummer HR B 12 891 eingetragen; erstmals mit Datum vom 04. September 1969. Die rechtlichen Grundlagen sind in dem Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 17. März 2004 festgelegt. Sie ist eine Kapitalanlagegesellschaft im Sinne des deutschen Investmentgesetzes in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Ihr wurde die Erlaubnis zur Auflegung von Wertpapier-Sondervermögen am 24.06.1969 erteilt. Seit dem 22.11.2010 verfügt die Gesellschaft über eine umfassende Erlaubnis der BaFin für den Geschäftsbetrieb und darf inländische Investmentvermögen in der Form von Sondervermögen oder Investmentaktiengesellschaften sowie fremdverwaltete Investmentaktiengesellschaften verwalten.

Angaben über die Zusammensetzung der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates und der Gesellschafter sowie über das gezeichnete und eingezahlte Eigenkapital der HANSAINVEST bzw. der Depotbank sind in der Übersicht am Anfang dieses Verkaufsprospektes dargestellt.

Für den Inhalt der Rechte sind das Investmentgesetz (InvG) sowie die für das jeweilige Sondervermögen geltenden Vertragsbedingungen maßgebend.

Von der Gesellschaft werden noch folgende Publikums-Sondervermögen verwaltet, die – mit Ausnahme des hier beschriebenen Sondervermögens – nicht Inhalt dieses Verkaufsprospektes sind:

a) Richtlinienkonforme Sondervermögen:

HANSAgeldmarkt	– aufgelegt am 02.11.1994
HANSAzins	– aufgelegt am 02.05.1985
HANSArenta	– aufgelegt am 02.01.1970
HANSAinternational	– aufgelegt am 01.09.1981
HANSAsecur	– aufgelegt am 02.01.1970
HANSAeuropa	– aufgelegt am 02.01.1992
HANSA D&P	– aufgelegt am 19.03.1997
HANSAamerika	– aufgelegt am 01.07.1999
HANSAasia	– aufgelegt am 01.07.1999
Konzept Privat	– aufgelegt am 08.12.1995
Konzept Europa Plus	– aufgelegt am 09.02.1998
Konzept Pro-Select	– aufgelegt am 14.01.2000
HI Topselect W	– aufgelegt am 17.05.2001
HI Topselect D	– aufgelegt am 17.05.2001
HANSAgarant 2013	– aufgelegt am 01.07.2005
HI ZertGlobal D&P	– aufgelegt am 04.09.2006
HI Bankhaus Donner Devisen (ab 01.07.2011: D&R Best-of-Two Devisen)	– aufgelegt am 01.03.2007
Wölbern Global Balance	– aufgelegt am 27.04.2007
C-QUADRAT Absolute Euro CCW	– aufgelegt am 21.05.2007
BAC Listed Infrastructure 3	– aufgelegt am 03.09.2007
ARTUS Welt Core Satelliten Strategie HI Fonds	– aufgelegt am 05.10.2007
ARTUS Europa Core Satelliten Strategie HI Fonds	– aufgelegt am 22.10.2007
ARTUS Global Selection HI Fonds	– aufgelegt am 22.10.2007
SI BestSelect	– aufgelegt am 14.12.2007
Bankhaus Donner Best-of-Two Classic (ab 01.07.2011: D&R Best-of-Two Classic)	– aufgelegt am 20.12.2007
SI SafelInvest	– aufgelegt am 02.01.2008
IAC-Aktien Global	– aufgelegt am 15.02.2008
TOP-Investors Global	– aufgelegt am 03.03.2008
Superfund Absolute Return I	– aufgelegt am 11.03.2008
Capricorn Global Multifund	– aufgelegt am 14.03.2008
Aramea Balanced Convertible	– aufgelegt am 15.05.2008
HI Mischfonds RRM	– aufgelegt am 29.05.2008

Euro Zins Plus	– aufgelegt am 01.07.2008
GFS Aktien Anlage Global	– aufgelegt am 01.09.2008
GF Global Select HI	– aufgelegt am 15.09.2008
ALPINE ALPHA ACTIVE	– aufgelegt am 15.09.2008
Aramea Strategie I	– aufgelegt am 10.11.2008
HI Bankhaus Donner Deep Discount (ab 01.07.2011: D&R Deep Discount)	– aufgelegt am 10.11.2008
Bankhaus Donner Best-of-Two alpha	– aufgelegt am 08.12.2008
Bankhaus Donner Best-of-Two alpha turbo (ab 01.07.2011: D&R Best-of-Two alpha turbo)	– aufgelegt am 08.12.2008
D&R Best-of-Two Short Classic	– aufgelegt am 08.12.2008
Aramea Rendite Plus	– aufgelegt am 09.12.2008
Bankhaus Donner TA Deutsche Aktien (ab 01.07.2011: D&R TA Deutsche Aktien)	– aufgelegt am 16.12.2008
Bankhaus Donner TA Japanische Aktien	– aufgelegt am 16.12.2008
LBB Special Situations Fund	– aufgelegt am 26.06.2009
ENISO Forte E	– aufgelegt am 19.10.2009
4Q-SMART POWER	– aufgelegt am 07.12.2009
VERUM Quant I	– aufgelegt am 01.04.2010
Antecedo CIS Strategic Invest	– aufgelegt am 02.08.2010
Aramea Aktien Select	– aufgelegt am 16.08.2010
DC-Global Discovery	– aufgelegt am 01.10.2010
C-QUADRAT ARTS Total Return Flexible	– aufgelegt am 08.11.2010
HANSAwerte	– aufgelegt am 30.12.2010
MODULOR LSE1	– aufgelegt am 01.03.2006
efv-Perspektive-Fonds I	– aufgelegt am 15.11.2005
Aramea Absolute Return	– aufgelegt am 01.10.2009

b) Immobilien-Sondervermögen:

HANSAimmobilia	– aufgelegt am 04.01.1988
----------------	---------------------------

c) Gemischte Sondervermögen

HANSAaccura	– aufgelegt am 02.01.2002
HANSAbalance	– aufgelegt am 01.07.1999
HANSAcentro	– aufgelegt am 03.07.2000
HANSAdynamic	– aufgelegt am 03.07.2000
HI Bankhaus Donner Substanz (ab 01.07.2011: D&R Substanz)	– aufgelegt am 24.10.2005
HI Bankhaus Donner Wachstum (ab 01.07.2011: D&R Best-of-Two Wachstum)	– aufgelegt am 24.10.2005
HI Bankhaus Donner Optimix (ab 01.07.2011: D&R Best-of-Two Optimix)	– aufgelegt am 24.10.2005
RM Select Invest Global	– aufgelegt am 01.08.2007
SIGMA II Real Multi Asset Strategy – HI	– aufgelegt am 01.11.2007

SIGMA VI Real Multi Asset Strategy – HI	– aufgelegt am 01.11.2007
fortune alpha ausgewogen	– aufgelegt am 03.12.2007
fortune alpha dynamisch	– aufgelegt am 03.12.2007
Primus Inter Pares Strategie Chance	– aufgelegt am 22.02.2008
Primus Inter Pares Strategie Ertrag	– aufgelegt am 22.02.2008
Primus Inter Pares Strategie Wachstum	– aufgelegt am 22.02.2008
MuP Vermögensverwaltung Horizont 5	– aufgelegt am 29.02.2008
MuP Vermögensverwaltung Horizont 10	– aufgelegt am 29.02.2008
GLOBAL MARKETS DEFENDER	– aufgelegt am 01.04.2008
GLOBAL MARKETS TRENDS	– aufgelegt am 01.04.2008
GLOBAL MARKETS GROWTH	– aufgelegt am 01.04.2008
Konzept Balance	– aufgelegt am 28.04.2008
Konzept Dynamik	– aufgelegt am 28.04.2008
Konzept Rendite	– aufgelegt am 28.04.2008
Konzept Wachstum	– aufgelegt am 28.04.2008
HI Fortmann Strategieportfolio I	– aufgelegt am 01.08.2008
Münsterländische Bank Strategieportfolio I	– aufgelegt am 01.09.2008
Münsterländische Bank Strategieportfolio II	– aufgelegt am 01.09.2008
FairMögensFonds	– aufgelegt am 01.09.2010
TOP Defensiv Plus	– aufgelegt am 19.10.2010
CH Global	– aufgelegt am 02.10.2006
efv-Perspektive-Fonds II	– aufgelegt am 02.10.2006
efv-Perspektive-Fonds III	– aufgelegt am 04.07.2007
Flexibility Fonds	– aufgelegt am 01.11.2007
GlobalTrends balance	– aufgelegt am 01.11.2007
GlobalTrends defensiv	– aufgelegt am 01.11.2007
Renditefonds Celle	– aufgelegt am 01.11.2007
All Asset Allocation Fund – HI	– aufgelegt am 01.12.2010

d) Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken

HI Varengold CTA Hedge	– aufgelegt am 06.01.2006
Sauren Global Hedgefonds Opportunities	– aufgelegt am 19.01.2007

e) Sonstige Sondervermögen

HANSAgold	– aufgelegt am 02.01.2009
Tagesgeld Plus Fonds	– aufgelegt am 21.01.2009
SI ÖkoSelect	– aufgelegt am 02.06.2009
ARTUS Globaler Renten HI Fonds	– aufgelegt am 01.12.2009
Active DSC Opportunity	– aufgelegt am 19.04.2010
Active DSC Return	– aufgelegt am 19.04.2010

Hinzu kommen 34 Spezial-Sondervermögen sowie 7 Immobilien-Spezial-Sondervermögen.

CACEIS Bank Deutschland GmbH

Das Investmentgesetz (InvG) sieht eine Trennung der Verwaltung und der Verwahrung von Sondervermögen vor. Mit der Verwahrung der in dem Dach-Hedgefonds enthaltenen Vermögensgegenstände, das sind insbesondere Anteile an in- und ausländischen Hedgefonds sowie liquide Mittel, hat die Kapitalanlagegesellschaft ein anderes Kreditinstitut (Depotbank) beauftragt. Die Depotbank muss zum Einlagen- und Depotgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 5 des Kreditwesengesetzes (KWG) zugelassen sein. Die Depotbank verwahrt die Vermögensgegenstände für die Anleger in Sperrdepots bzw. auf Sperrkonten, soweit Bankguthaben nicht bei anderen Kreditinstituten auf Sperrkonten angelegt sind. Sie hat insbesondere dafür zu sorgen, dass die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen und die Berechnung des Wertes der Anteile den Vorschriften des Investmentgesetzes und den Vertragsbedingungen entsprechen. Weiterhin hat sie darauf zu achten, dass bei den für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger getätigten Geschäften der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen in ihre Verwahrung gelangt und dass die Erträge des Sondervermögens gemäß den Vorschriften des Investmentgesetzes und den Vertragsbedingungen verwendet werden. Die Depotbank hat darüber hinaus zu prüfen, ob die Anlage auf Sperrkonten eines anderen Kreditinstitutes mit dem Investmentgesetz und den Vertragsbedingungen vereinbar ist. Wenn dies der Fall ist, hat sie die Zustimmung zur Anlage zu erteilen. Der Wert des Sondervermögens sowie der Wert der Anteile werden von der Gesellschaft unter Kontrolle der Depotbank ermittelt.

Die Gesellschaft hat die CACEIS Bank Deutschland GmbH, München (die „**Depotbank**“) durch eine vertraglichen Vereinbarung, die unter Einhaltung der jeweils gültigen deutschen Gesetze und Regelungen geschlossen wurde (der „**Depotbankvertrag**“), zur Depotbank des Investmentfonds ernannt. Die Depotbank ist Kreditinstitut nach deutschem Recht. Ihre Haupttätigkeiten sind das Giro-, Einlage-, Kredit- sowie das Wertpapiergeschäft. Die Depotbank und/oder die Gesellschaft sind berechtigt, den Depotbankvertrag schriftlich unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende des Geschäftsjahres des Sondervermögens kündigen. Diese Kündigung wird wirksam, wenn anstelle der Depotbank eine andere Bank, die die gesetzlichen Vorgaben erfüllt, ernannt wird. Die Depotbank wird zum Schutze der Interessen der Anleger ihren Pflichten und Funktionen gemäß diesem Verkaufsprospekt, dem InvG und dem Verwahrungsvertrag so lange nachkommen, bis eine neue Depotbank bestellt ist. Ein Wechsel der Depotbank bedarf der Genehmigung der BaFin.

Allgemeine Vertragsbedingungen für Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken

Allgemeine Vertragsbedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mbH, Hamburg, (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für die von der Gesellschaft aufgelegten Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken, die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sondervermögen aufgestellten „Besonderen Vertragsbedingungen“ gelten.

§ 1

Grundlagen

1. Die Gesellschaft ist eine Kapitalanlagegesellschaft und unterliegt den Vorschriften des Investmentgesetzes (InvG).
2. Sie legt bei ihr eingelegtes Geld im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem InvG zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen in Form von Sondervermögen an. Über die hieraus sich ergebenden Rechte der Anleger werden von ihr Urkunden (Anteilscheine) ausgestellt.

§ 2

Depotbank

1. Die Gesellschaft bestellt ein Kreditinstitut als Depotbank; die Depotbank handelt unabhängig von der Gesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anleger.
2. Der Depotbank obliegen die nach dem InvG und diesen Vertragsbedingungen vorgeschriebenen Aufgaben.

§ 3

Fondsverwaltung

1. Die Gesellschaft erwirbt und verwaltet die Vermögensgegenstände im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes. Sie handelt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anleger und der Integrität des Marktes.
2. Die Gesellschaft ist berechtigt, mit dem von den Anlegern eingelegten Geld die Vermögensgegenstände zu erwerben, diese wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen; sie ist ferner ermächtigt, alle sich aus der Verwaltung der Vermögensgegenstände ergebenden sonstigen Rechtshandlungen vorzunehmen.
3. Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger weder Gelddarlehen gewähren noch Verpflichtungen aus einem Bürgschafts- oder einem Garantievertrag eingehen; sie darf keine Vermögensgegenstände verkaufen, die im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht zum Sondervermögen gehören.

§ 4

Anlagegrundsätze

1. Die Gesellschaft erwirbt für das Sondervermögen Anteile an Sondervermögen nach Maßgabe des § 112 InvG, ausländische Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach § 112 Abs. 1 InvG vergleichbar sind und Aktien von Investmentaktiengesellschaften nach Maßgabe des § 96 InvG, deren Satzung eine dem § 112 Abs. 1 InvG vergleichbare Anlageform vorsieht (Zielfonds).
2. Die Gesellschaft darf in nicht mehr als zwei Zielfonds vom gleichen Emittenten oder Fondsmanager und nicht in Zielfonds anlegen, die ihre Mittel selbst in andere Zielfonds anlegen. Sie darf nicht in ausländische Zielfonds aus Staaten anlegen, die bei der Bekämpfung der Geldwäsche nicht im Sinne internationaler Vereinbarungen kooperieren.
3. Die Gesellschaft bestimmt in den „Besonderen Vertragsbedingungen“
 - nach welchen Grundsätzen die Zielfonds ausgewählt werden, welchen Anlagestrategien die Zielfonds folgen und in welchem Umfang die Zielfonds im Rahmen ihrer Anlagestrategien zur Steigerung des Investitionsgrades Kredite aufnehmen, Derivate einsetzen und Leerverkäufe durchführen und bis zu welcher Höhe Mittel in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten angelegt werden dürfen;
 - ob und in welchem Umfang für Rechnung des Sondervermögens Geschäfte zur Währungskurssicherung von in Fremdwährung gehaltenen Vermögensgegenständen getätigt werden dürfen;
 - ob und in welchem Umfang Anteile ausländischer Zielfonds erworben werden dürfen.
4. Anteile ausländischer Zielfonds dürfen nur erworben werden, wenn deren Vermögensgegenstände von einer Depotbank oder einem Prime Broker verwahrt werden oder die Funktionen der Depotbank von einer anderen vergleichbaren Einrichtung wahrgenommen werden.
5. Die Gesellschaft kann sich bei der Auswahl der für das Sondervermögen anzuschaffenden oder zu veräußernden Vermögensgegenstände des Rates eines Anlageausschusses bedienen.

§ 5

Anlagegrenzen, Bankguthaben, Geldmarktinstrumente und Geldmarktfonds

1. Bei der Verwaltung hat die Gesellschaft die im InvG und die in den „Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegten Grenzen und Beschränkungen zu beachten.
2. Bis zu 20 % des Wertes des Sondervermögens dürfen in Anteilen eines einzelnen Zielfonds angelegt werden. Das Sondervermögen darf sämtliche ausgegebene Anteile eines Zielfonds erwerben.
3. Bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens dürfen angelegt werden in Bankguthaben, Geldmarktinstrumenten und in Anteilen an Investmentvermögen im Sinne des § 50 InvG, die ausschließlich in Bankguthaben und Geldmarktinstrumente anlegen dürfen, sowie in Anteilen an entsprechenden ausländischen Investmentvermögen (Geldmarktfonds). Bankguthaben, Geldmarktinstrumente und Anteile an Geldmarktfonds

können auch auf Fremdwährung lauten. Ein Mindestbankguthaben ist nicht vorgeschrieben.

4. Der Wert der Anteile an Zielfonds darf insgesamt 51 % des Wertes des Sondervermögens nicht unterschreiten.

§ 5a Kreditaufnahme

Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens aufnehmen, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Depotbank der Kreditaufnahme zustimmt.

§ 6

Übertragung aller Vermögensgegenstände des Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen

1. Die Gesellschaft darf alle Vermögensgegenstände dieses Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen übertragen oder alle Vermögensgegenstände eines anderen Sondervermögens in dieses Sondervermögen übernehmen, wenn
 - a) beide Sondervermögen von der Gesellschaft verwaltet werden;
 - b) die Anlagegrundsätze und -grenzen nach den Vertragsbedingungen für diese Sondervermögen nicht wesentlich voneinander abweichen;
 - c) die an die Gesellschaft und die Depotbank zu zahlenden Vergütungen sowie die Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge nicht wesentlich voneinander abweichen;
 - d) die Übertragung aller Vermögensgegenstände des Sondervermögens zum Geschäftsjahresende des übertragenden Sondervermögens (Übertragungstichtag) erfolgt, am Übertragungstichtag die Werte des übernehmenden und des übertragenden Sondervermögens berechnet werden, das Umtauschverhältnis festgelegt wird, die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten übernommen werden und der gesamte Übernahmeprozess vom Abschlussprüfer geprüft wird und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt) die Übertragung der Vermögensgegenstände, bei der die Interessen der Anleger ausreichend gewahrt sein müssen, genehmigt hat. Mit Zustimmung der Bundesanstalt kann ein anderer Übertragungstichtag bestimmt werden; § 44 Abs. 3 und 6 InvG ist entsprechend anzuwenden.
2. Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte des übernommenen und des aufnehmenden Sondervermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Der Beschluss der Gesellschaft zur Übertragung aller Vermögensgegenstände eines Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen ist bekannt zu machen; § 43 Abs. 5 Satz 1 InvG ist entsprechend anzuwenden. Die Übertragung darf nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Bekanntmachung erfolgen, falls nicht mit der Zustimmung der Bundesanstalt ein früherer Zeitpunkt bestimmt wird. Die neuen Anteile des übernehmenden Sondervermögens gelten bei den Anlegern des übertragenden Sondervermögens mit Beginn des dem Übertragungstichtag folgenden Tages als ausgegeben.
3. Absatz 1 Buchstabe c gilt nicht für die Zusammenlegung einzelner Sondervermögen zu einem

einziges Sondervermögen mit unterschiedlichen Anteilklassen, in diesem Fall ist statt des Umtauschverhältnisses nach Absatz 2 der Anteil der Anteilklasse an dem Sondervermögen zu ermitteln. Die Ausgabe der neuen Anteile gilt nicht als Tausch. Die ausgegebenen Anteile treten an die Stelle der Anteile an dem übertragenden Sondervermögen.

4. Die vorstehend unter Absatz 1 Buchstabe b und c aufgeführten Voraussetzungen gelten nicht für Spezial-Sondervermögen. Eine Genehmigung gemäß Absatz 1 Buchstabe d der Bundesanstalt ist nicht erforderlich, jedoch müssen die Anleger der Übertragung zustimmen.

§ 7

Anteilscheine

1. Die Anteilscheine lauten auf den Inhaber und sind über einen Anteil oder eine Mehrzahl von Anteilen ausgestellt.
2. Die Anteile können insbesondere verschiedene Rechte hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlages, des Rücknahmeabschlages, der Währung des Anteilwertes, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale (Anteilklassen) haben. Die Einzelheiten sind in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegt.
3. Die Anteilscheine tragen mindestens die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Gesellschaft und der Depotbank. Darüber hinaus weisen sie die eigenhändige Unterschrift einer Kontrollperson der Depotbank auf.
4. Die Anteile sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilscheines gehen die in ihm verbrieften Rechte über. Der Gesellschaft gegenüber gilt in jedem Falle der Inhaber des Anteilscheines als der Berechtigte.
5. Sofern die Rechte der Anleger bei der Errichtung des Sondervermögens oder die Rechte der Anleger einer Anteilklasse bei Einführung der Anteilklasse nicht in einer Globalurkunde, sondern in einzelnen Anteilscheinen oder in Mehrfachurkunden verbrieft werden sollen, erfolgt die Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

§ 8

Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, Rücknahmeaussetzung

1. Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Soweit Besonderheiten für die Ausgabe von Anteilen bestehen, werden diese in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ geregelt. Die Gesellschaft behält sich jedoch vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen.
2. Die Anteile können bei der Gesellschaft, der Depotbank oder durch Vermittlung Dritter erworben werden.
3. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Sondervermögens zurückzunehmen. Die „Besonderen Vertragsbedingungen“ können vorsehen, dass die Rückgabe von Anteilen nur an bestimmten Terminen zulässig ist. Der Rückgabe muss eine fristgebundene und unwiderrufliche Rücknahmeerklärung vorausgehen. Rücknahmestelle ist die Depotbank.

4. Der Gesellschaft bleibt vorbehalten, die Rücknahme der Anteile auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen.
5. In den „Besonderen Vertragsbedingungen“ sind alle weiteren Voraussetzungen und Bedingungen der Kündigung und Auszahlung von Anteilen aus dem Sondervermögen gegen Rückgabe der Anteile angegeben.

§ 9

Ausgabe- und Rücknahmepreise

1. Zur Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile wird der Wert der zu dem Sondervermögen gehörenden Vermögensgegenstände (Inventarwert) zu den in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ genannten Zeitpunkten ermittelt, jedoch mindestens einmal im Kalendervierteljahr, und durch die Zahl der umlaufenden Anteile geteilt (Anteilwert). Werden gemäß § 7 Absatz 2 unterschiedliche Anteilklassen für das Sondervermögen eingeführt, ist der Anteilwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis für jede Anteilklasse gesondert zu ermitteln. Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß den Grundsätzen für die Kurs- und Preisfeststellung, die im InvG und den auf dieser Grundlage erlassenen Verordnungen genannt sind.
2. Der Ausgabepreis entspricht dem Anteilwert zuzüglich eines in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ gegebenenfalls festgesetzten Ausgabeaufschlags. Der Rücknahmepreis entspricht dem Anteilwert abzüglich eines gegebenenfalls in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgesetzten Rücknahmeabschlags. Sofern vom Anleger außer dem Ausgabeaufschlag oder Rücknahmeabschlag sonstige Kosten zu entrichten sind, ist deren Höhe und Berechnung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ anzugeben.
3. Die Ausgabe der Anteile erfolgt zum Ausgabepreis, der nach Ordereingang zu den in Absatz 1 genannten Zeitpunkten festgestellt wird.

§ 10

Kosten

In den „Besonderen Vertragsbedingungen“ werden die Aufwendungen und die der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen, die dem Sondervermögen belastet werden können, genannt. Für Vergütungen im Sinne von Satz 1 ist in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ darüber hinaus anzugeben, nach welcher Methode, in welcher Höhe und auf Grund welcher Berechnung sie zu leisten sind.

§ 11

Rechnungslegung

1. Spätestens vier Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres des Sondervermögens (bei Ablauf des Geschäftsjahres vor dem 1.1.2009: spätestens drei Monate) macht die Gesellschaft einen Jahresbericht einschließlich Ertrags- und Aufwandsrechnung gemäß § 44 Abs. 1 InvG bekannt.
2. Spätestens zwei Monate nach der Mitte des Geschäftsjahres macht die Gesellschaft für Publikums-Sondervermögen einen Halbjahresbericht gemäß § 44 Abs. 2 InvG bekannt.

3. Wird das Recht zur Verwaltung des Sondervermögens während des Geschäftsjahres auf eine andere Kapitalanlagegesellschaft übertragen, so hat die Gesellschaft auf den Übertragungstichtag einen Zwischenbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht gemäß § 44 Abs. 1 InvG entspricht.
4. Die Berichte sind bei der Gesellschaft und der Depotbank und weiteren Stellen, die im Verkaufsprospekt anzugeben sind, erhältlich; sie werden ferner im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. (Berichte, die sich auf ein Geschäftsjahr beziehen, das vor dem 1.1.2009 endet, werden darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht.)

§ 12

Kündigung und Auflösung des Sondervermögens

1. Die Gesellschaft kann die Verwaltung des Sondervermögens mit einer Frist von mindestens sechs Monaten durch Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht kündigen. Die Kündigung der Verwaltung von Spezial-Sondervermögen kann frist- und formlos gegenüber den Anlegern erfolgen.
2. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, das Sondervermögen zu verwalten. In diesem Falle geht das Verfügungsrecht über das Sondervermögen auf die Depotbank über, die es abzuwickeln und an die Anleger zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung kann die Depotbank die der Gesellschaft zustehende Vergütung beanspruchen. Mit Genehmigung der Bundesanstalt kann die Depotbank von der Abwicklung und Verteilung absehen und einer anderen Kapitalanlagegesellschaft die Verwaltung des Sondervermögens nach Maßgabe der bisherigen Vertragsbedingungen übertragen. Die Übertragung im Sinne des Satzes 4 von Spezial-Sondervermögen bedarf keiner Genehmigung durch die Bundesanstalt.
3. Die Gesellschaft hat auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht nach Maßgabe des § 38 InvG erlischt, einen Auflösungsbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht nach § 44 Abs. 1 InvG entspricht.

§ 13

Änderungen der Vertragsbedingungen

1. Die Gesellschaft kann die Vertragsbedingungen ändern.
2. Änderungen der Vertragsbedingungen, mit Ausnahme der Regelungen zu den Aufwendungen und den der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen, die zu Lasten des Sondervermögens gehen (§ 41 Abs. 1 InvG), bedürfen der vorherigen Zustimmung durch die Bundesanstalt. Soweit die Änderungen nach Satz 1 Anlagegrundsätze des Sondervermögens betreffen, bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft.
3. Sämtliche vorgesehenen Änderungen werden im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien mit einem Hinweis auf ihr Inkrafttreten bekannt gemacht und

treten – mit Ausnahme der Änderungen nach Absatz 4 und 5 - frühestens am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

4. Änderungen von Regelungen zu den Aufwendungen und den der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen (§ 41 Abs. 1 Satz 1 InvG) treten sechs Monate nach Bekanntmachung in Kraft, falls nicht mit Zustimmung der Bundesanstalt ein früherer Zeitpunkt bestimmt wird. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß Absatz 3.
5. Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Sondervermögens treten sechs Monate nach Bekanntmachung in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß Absatz 3.
6. Die vorstehenden Absätze 3 bis 5 finden bei Spezial-Sondervermögen keine Anwendung.

§ 14

Erfüllungsort, Gerichtsstand

1. Erfüllungsort ist der Sitz der Gesellschaft.
2. Hat der Anleger im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist der Sitz der Gesellschaft Gerichtsstand.

Besondere Vertragsbedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH, Hamburg, (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für das von der Gesellschaft aufgelegte Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken HI VB Global Trend (das „Sondervermögen“), die nur in Verbindung mit den von der Gesellschaft für Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken aufgestellten „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ gelten.

ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN

§ 1 Arten der Zielfonds

Die Gesellschaft wird für Rechnung des Sondervermögens nur solche Anteile an Fonds erwerben, die

- a) den Grundsatz der Risikodiversifikation beachten,
- b) eine Steigerung des Investitionsgrades durch grundsätzlich unbeschränkte Aufnahme von Krediten für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger („Leverage“), einschließlich des Einsatzes von Derivaten gestatten und/oder den Verkauf von nicht zu ihrem Fondsvermögen gehörenden Vermögensgegenständen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger („Leerverkäufe“) gestatten,
- c) ihr Fondsvermögen von einer Depotbank, einem Prime Broker oder einer vergleichbaren Einrichtung im Sinne des § 113 Absatz 3 InvG (die „Depotbank“ für Zwecke dieser Vertragsbedingungen) verwahren lassen,
- d) der Gesellschaft das Recht zur Rückgabe ihrer Anteile nach Maßgabe des § 116 InvG einräumen,
- e) ihr Fondsvermögen nur anlegen
 - in Wertpapieren,
 - in Geldmarktinstrumenten,
 - in Derivaten,
 - in Bankguthaben,
 - in Anteilen an Investmentvermögen nach Massgabe der §§ 50, 66, 83 InvG sowie an entsprechenden ausländischen Investmentvermögen,
 - in stillen Beteiligungen im Sinne des § 230 des Handelsgesetzbuches an einem Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich des InvG, deren Verkehrswert ermittelt werden kann,
 - in Edelmetallen,
 - in Unternehmensbeteiligungen, deren Verkehrswert ermittelt werden kann (wobei Beteiligungen an Unternehmen, die nicht an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Handel einbezogen sind, nur bis zu einem Anteil am Fondsvermögen in Höhe von 30 % erworben werden).

§ 2 Anlagestrategien der Zielfonds

Die Gesellschaft beabsichtigt, in Zielfonds anzulegen, deren Anlagestrategie auf die Erwirtschaftung von positiven absoluten Renditen ausgerichtet ist. Als mögliche Anlagestrategien der Zielfonds kommen insbesondere die nachfolgend beschriebenen, eine Mischung hieraus und sonstige Anlagestrategien in Betracht:

„Relative Value“: Bei dieser Anlagestrategie wird versucht, Kursdifferenzen zwischen ähnlichen oder voneinander abhängigen Finanzinstrumenten auszunutzen. Überbewertete Finanzinstrumente werden (leer-)verkauft und im Gegenzug (relativ) unterbewertete ähnliche Finanzinstrumente gekauft. Hierbei können z. B. folgende Unterstrategien verfolgt werden:

- „Convertible Bond Arbitrage“: Hierbei werden Wandelanleihen und andere hybride Finanzinstrumente erworben, welche z. B. zusätzlich zu einem Zinselement ein Wandlungsrecht enthalten. Des Weiteren wird versucht, die aufgrund der hybriden Natur dieser Finanzinstrumente auftretenden Unzulänglichkeiten bei der Preisbildung auszunutzen.
- „Fixed Income Arbitrage“: Hierbei werden Kursdifferenzen von verzinslichen Finanzinstrumenten, die sich z. B. an unterschiedlichen Börsenplätzen, im Verhältnis zu einem theoretisch festgelegten Kurs oder im Verhältnis anderen ähnlichen Finanzinstrumenten ergeben, ausgenutzt. Da die Kursdifferenz hierbei meistens sehr gering ist, wird der Investitionsgrad oft durch Fremdkapitalaufnahme oder Derivate erheblich gesteigert.
- „Merger Arbitrage“: Hierbei wird versucht, die sich durch die im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen ergebenden Kursänderungen der Aktien der beteiligten Unternehmen auszunutzen.

„Long/Short Equity“: Bei dieser Anlagestrategie wird versucht, unterbewertete Aktien zu kaufen und im Gegenzug eigene oder im Rahmen von Darlehensgeschäften erhaltene ähnliche Aktien z.B. des gleichen Sektors, welche als überbewertet eingestuft werden, als Absicherung gegenüber dem bestehenden Schwankungsrisiko zu verkaufen. Diese Strategie kann mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in der Umsetzung verfolgt werden:

- „Long Biased“: Hierbei werden überwiegend Kaufpositionen (Long Positionen) eingegangen und wird auf steigende Märkte gesetzt.
- „Market Neutral“: Hierbei werden marktneutrale Positionen gehalten und wird versucht, kurzfristig auftretende Preisineffizienzen zu nutzen. Dabei wird auf einen Ausgleich dieser Preisineffizienzen im Markt gesetzt.
- „Short Biased“ oder „Short Sellers“: Hierbei wird auf fallende Kurse gesetzt. Dabei werden eigene oder im Rahmen von Darlehensgeschäften erhaltene Vermögensgegenstände oder Finanzinstrumente verkauft, um sie später günstiger zurückzuerwerben. Erfüllen sich die Erwartungen, wird der Gewinn aus der Differenz zwischen dem teureren Verkauf des Vermögensgegenstandes bzw. Finanzinstrumentes und dem nachfolgend günstigeren Rückkauf erwirtschaftet.

„Specialist Credit“ bzw. „Event Driven“: Bei dieser Anlagestrategie wird versucht, von außergewöhnlichen Ereignissen zu profitieren, die auf Grund spezieller Ausnahmesituationen wie beispielsweise Unternehmensinsolvenzen oder –restrukturierungen ausgelöst werden und die Kreditwürdigkeit bzw. das Rating von Unternehmen beeinflussen. Beispielhaft können folgende Anlagestrategien hervorgehoben werden:

- „Distressed Securities“: Hierbei werden Wertpapiere von Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehandelt.
- „Special Situations“: Hierbei werden die durch besondere außergewöhnliche Ereignisse wie beispielsweise Joint Ventures (Kooperationen) oder Ausgliederungen (Buy-Outs) ausgelösten Kursänderungen der Aktien der betroffenen Unternehmen ausgenutzt.

- „Asset Backed Lending“: Hierbei werden Unternehmen Finanzmittel gegen Sicherheiten in werthaltigen Vermögenswerten des Unternehmens zur Verfügung gestellt.

„Directional Trading“ bzw. „Opportunistische Strategien“: Bei diesen Anlagestrategien wird versucht, im Rahmen einer opportunistischen Strategie bestimmte Marktentwicklungen anhand von volks- und betriebswirtschaftlichen Analysen vorauszusehen. Beispielhaft seien genannt:

- „Global Macro“: Hierbei wird versucht, durch makro-ökonomische Ereignisse (wie z. B. Kriege, Katastrophen oder politische Entscheidungen mit volkswirtschaftlicher Bedeutung) ausgelöste Kurschwankungen auszunutzen.
- „Market Timing“: Hierbei wird versucht, zum richtigen Zeitpunkt auf kurze Sicht zu investieren, wobei grundsätzlich jeder Anlagegegenstand in Betracht kommt (Aktien, Indizes, Anleihen, Edelmetalle u.a.). Sollte sich auf Grund der gegenwärtigen Marktlage gerade keine vielversprechende Anlagemöglichkeit ergeben, wird das Fondsvermögen typischerweise in festverzinsliche Wertpapiere oder andere Geldmarktinstrumente umgeschichtet.
- „Emerging Markets“: Bei dieser Anlagepolitik wird vornehmlich mit Finanzinstrumenten von Emittenten aus aufstrebenden Ländern, die sich auf der Schwelle vom Entwicklungs- zum Industrieland befinden, gehandelt.

Darüber hinaus kommen weitere Strategien in Betracht, die durch die vorstehend beschriebenen nicht erfasst werden.

§ 3 Auswahlprozess der Zielfonds

1. Die Gesellschaft wird Anteile an Hedgefonds, mit denen das Anlageziel verfolgt werden kann, als Zielfonds auswählen.
2. Die Auswahl der Zielfonds wird in einem strukturierten Prozess vorgenommen, wobei folgende qualitative und quantitative Kriterien berücksichtigt werden:

c) Qualitative Kriterien:

Strategie der Zielfonds, Erfahrung, Qualifikation und Track Record des Zielfondsmanagements, Erfahrung der Fondsadministration, Risikomanagement.

d) Quantitative Kriterien:

Historische Rendite, historische Volatilität, Korrelation zu anderen Zielfonds.

Die aufgeführten Kriterien sind weder vollständig noch ausschliesslich. Die Zusammensetzung und Gewichtung der Kriterien kann variieren. Insbesondere bei jungen Zielfonds, aber auch für andere Zielfonds können weitere Information herangezogen werden, wenn die Information sinnvoll und hilfreich erscheint.

§ 4 Anlagegrenzen

- a) Die Gesellschaft kann Zielfonds auswählen, denen gestattet ist,
 - bis zu 100 % ihres Fondsvermögens in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten (auch auf Fremdwährung lautend) anzulegen; und/oder
 - unter anderem zur Steigerung des Investitionsgrades unbegrenzt Kredite aufzunehmen und Deri-

vate einzusetzen; und/oder

- Leerverkäufe vorzunehmen.
- b) Der Fonds kann bis zu 100% seines Nettovermögens in Zielfonds, auch in ausländische Zielfonds, die keiner mit der Aufsicht nach dem InvG vergleichbaren staatlichen Aufsicht unterliegen, halten.
- c) Ausländische Zielfonds in der rechtlichen Struktur eines Master-Feederfonds dürfen von der Gesellschaft für den Fonds nur erworben werden, wenn diese als ein Investmentvermögen gelten.
- d) Es dürfen nur solche Teilfonds einer sogenannten Umbrella-Konstruktion von der Gesellschaft für den Fonds erworben werden, bei denen ein Haftungsdurchgriff für auf andere Teilfonds entfallende Verbindlichkeiten ausgeschlossen ist.

§ 5 Devisenterminkontrakte und Optionsrechte auf Devisen und Devisen- terminkontrakte mit Absicherungszweck

1. Die Gesellschaft darf nur zur Währungskurssicherung von in Fremdwährung gehaltenen Vermögensgegenständen für Rechnung des Sondervermögens Devisenterminkontrakte verkaufen sowie nur Verkaufsoptionsrechte auf Devisen oder Verkaufsoptionsrechte auf Devisenterminkontrakte erwerben, die auf dieselbe Währung lauten.
2. Devisenterminkontrakte und Kaufoptionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte dürfen im Falle schwebender Verpflichtungsgeschäfte nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung des Geschäftes benötigt werden.

ANTEILKLASSEN

§ 6 Anteilklassen

1. Für das Sondervermögen können Anteilklassen im Sinne von § 7 Abs. 2 der Allgemeinen Vertragsbedingungen gebildet werden, die sich hinsichtlich des Ausgabeaufschlags, des Rücknahmeabschlags, der Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme, der Ertragsverwendung oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden. Die Bildung von Anteilklassen ist jederzeit zulässig und liegt im Ermessen der Gesellschaft.
2. Der Erwerb von Vermögensgegenständen ist nur einheitlich für das ganze Sondervermögen und nicht für eine einzelne Anteilklasse oder eine Gruppe von Anteilklassen zulässig.
3. Der Abschluss von Währungskurssicherungsgeschäften ausschließlich zugunsten einer einzigen Währungsanteilklasse ist zulässig. Für Währungsanteilklassen mit einer Währungsabsicherung zugunsten der Währung dieser Anteilklasse (Referenzwährung) darf die Gesellschaft Derivate gemäß § 113 Abs. 2 S. 2 InvG und § 6 der „Besonderen Vertragsbedingungen“ auf Wechselkurse oder Währungen mit dem Ziel einsetzen, Anteilwertverluste durch Wechselkursverluste von nicht auf die Referenzwährung der Anteilklasse lautenden Vermögensgegenständen des Sondervermögens zu vermeiden.
4. Der Anteilwert wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, die Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen ggf. abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung, die erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung und die Ergebnisse aus Währungskurssicherungsgeschäften, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, ggf. einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.

5. Die bestehenden Anteilklassen werden sowohl im Verkaufsprospekt als auch im Jahres- und Halbjahresbericht einzeln aufgezählt. Die die Anteilklassen kennzeichnenden Ausgestaltungsmerkmale (Ausgabeaufschlag, Rücknahmeabschlag, Währung des Anteilwertes, Verwaltungsvergütung, erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung, Mindestanlagesumme, Ertragsverwendung oder Kombination dieser Merkmale) werden im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht im Einzelnen beschrieben.
6. Das Sondervermögen ist kein Teilfonds einer Umbrella-Konstruktion.

ANTEILE, AUSGABE-, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

§ 7 Anteile

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Mit-eigentümer der betreffenden Anteilklasse nach Bruchteilen beteiligt.

§ 8 Anteilwertermittlung, Ausgabe- und Rücknahmepreis

1. Die Ausgabe und Rücknahmepreise einer jeden Anteilklasse werden wöchentlich auf jeden Freitag ermittelt, basierend auf dem an dem jeweiligen Tag ermittelten Wert des Sondervermögens („Bewertungstag“). Sofern diese Tage keine Bankgeschäftstage der Gesellschaft sind, die im Verkaufsprospekt definiert werden, erfolgt die Ermittlung der Ausgabe- und Rücknahmepreise spätestens am darauffolgenden Bankgeschäftstag der Gesellschaft.
2. Der Wert der Anteile einer jeden Anteilklasse (der „Anteilwert“) wird von der Gesellschaft unter Kontrolle der Depotbank ermittelt, basierend auf dem anteiligen Wert des Sondervermögens, der einer jeden Anteilklasse beizumessen ist, zuzüglich der Vermögenswerte und abzüglich der Verbindlichkeiten einer jeden Klasse. Der Anteilwert einer Anteilklasse kann unterschiedlich von dem Anteilwert einer anderen Anteilklasse sein.
3. Der Ausgabeaufschlag beträgt bei jeder Anteilklasse 5 % des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, für eine oder mehrere Anteilklassen einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen und zu erheben oder von der Berechnung eines Ausgabeaufschlages abzusehen.
4. Der Rücknahmeabschlag beträgt bei jeder Anteilklasse 5 % des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, für eine oder mehrere Anteilklassen einen niedrigeren Rücknahmeabschlag zu berechnen und zu erheben oder von der Berechnung eines Rücknahmeabschlages abzusehen. Der Rücknahmeabschlag steht dem Sondervermögen zu.

§ 9 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

1. Die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen erfolgt ausschließlich auf die in § 8 Abs. 1 der „Besonderen Vertragsbedingungen“ genannten Bewertungstage („Ausgabetag“ bzw. „Rücknahmetag“), und zwar zu dem auf den jeweiligen Bewertungstag ermittelten Ausgabe- bzw. Rücknahmepreis. Ausgegebene und zurückgenommene Anteile zu einem Ausgabe- bzw. Rücknahmetag werden am unmittelbar folgenden Abrechnungstag abgerechnet.
2. Aufträge zum Kauf von Anteilen einer Anteilklasse des Sondervermögens sind bis zu dem Freitag vor dem jeweiligen Ausgabetag gegenüber der Gesellschaft oder der Depotbank zu erklären (der „Orderannahmeschluss“) und werden zum Ausgabepreis bzw. Anteilwert des darauf folgenden Bewertungstages abgerechnet.

Aufträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines jeweiligen Ausgabetales eingehen, werden für den darauffolgenden Orderannahmeschluss dieser Anteilklasse herangezogen.

Fällt der Orderannahmeschluss auf keinen Bankgeschäftstag am Sitz der Gesellschaft, so ist statt dessen der unmittelbar vor dem Orderannahmeschluss liegende Bankgeschäftstag am Sitz der Gesellschaft maßgeblich.

3. Aufträge zur Rückgabe von Anteilen für die jeweilige Anteilklasse des Sondervermögens sind bis zu dem Freitag vor dem jeweiligen Rücknahmetag durch eine unwiderrufliche Rückgabeerklärung gegenüber der Gesellschaft oder der Depotbank zu erklären ("Orderannahmeschluss") und werden zu dem Rücknahmepreis bzw. Anteilwert des dem Orderannahmeschluss für Rücknahmeaufträge folgenden übernächsten Bewertungstages abgerechnet.

Aufträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines jeweiligen Rücknahmetages für eine Anteilklasse eingehen, werden für den darauffolgenden Orderannahmeschluss dieser Anteilklasse herangezogen.

Fällt der Orderannahmeschluss auf keinen Bankgeschäftstag am Sitz der Gesellschaft, so ist statt dessen der unmittelbar vor dem Orderannahmeschluss liegende Bankgeschäftstag am Sitz der Gesellschaft maßgeblich.

Bei in einem Depot im Inland verwahrten Anteilen hat die Erklärung durch die depotführende Stelle im Namen des Anlegers zu erfolgen. Die Anteile sind von der depotführenden Stelle nach Eingang der Erklärung bis zur tatsächlichen Rückgabe der Anteile zu sperren. Bei nicht im Inland in einem Depot verwahrten Anteilen wird die Erklärung erst wirksam und beginnt die Frist erst zu laufen, wenn von der Depotbank die zurückgegebenen Anteile in ein Sperrdepot übertragen worden sind.

4. Abrechnungstag ist jeweils für Kauf und Rücknahme von Anteilen spätestens der zweite Bankgeschäftstag nach dem Bewertungstag, zu dem der Auftrag ausgeführt wurde.

Bei Aufträgen zum Kauf von Anteilen, die gegenüber der Gesellschaft erklärt werden, muss der Anlagebetrag spätestens am Tag des Orderannahmeschlusses auf ein Sperr-Konto der Gesellschaft bei der Depotbank gezahlt werden, wofür der Anleger keine Zinsen erhält.

Kostenparagraf in der Fassung bis zum 31.12.2011:

§ 10 Kosten*

1. Die Gesellschaft erhält für ihre Tätigkeit für jede Anteilklasse eine jährliche Verwaltungsvergütung in Höhe von bis zu 2,00 % jeweils des Nettoinventarwertes jeder Anteilklasse wöchentlich abgegrenzt zu jedem Bewertungstag. Sofern keine Anteilklassen gebildet werden, erhält die Gesellschaft eine jährliche Verwaltungsvergütung in Höhe von bis zu 2,00 % des Nettoinventarwertes des Sondervermögens, wöchentlich abgegrenzt zu jedem Bewertungstag. Die Gesellschaft ist berechtigt, hierauf monatlich jeweils am Kalendermonatsende anteilige Vorschüsse zu erheben. Die Gesellschaft gibt für jede Anteilklasse im Verkaufsprospekt die Verwaltungsvergütung an.
2. Zusätzlich zu der im Absatz 1 aufgeführten Verwaltungsvergütung erhält die Gesellschaft aus dem Sondervermögen für jede Anteilklasse eine wöchentlich abzugrenzende jährliche erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung, berechnet am Ende eines Kalenderjahres in Höhe von bis zu 15% der Steigerung des Neugewinns einer Anteilklasse während dieses Kalenderjahres. Im Falle einer negativen Wertentwicklung einer Anteilklasse, erhält die Gesellschaft keine erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung für diese Anteilklasse für das betreffende Kalenderjahr. Die erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung wird der jeweiligen Anteilklasse am Ende des Kalenderjahres entnommen. Sofern keine Anteilklassen gebildet werden, erhält die Gesellschaft aus dem Sondervermögen eine wöchentlich abzugrenzende jährliche erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung, berechnet am Ende eines Kalenderjahres in Höhe von bis zu 15% der Steigerung des Neugewinns des Sondervermögens während dieses Kalenderjahres.

Der Neugewinn bezeichnet die kumulativen realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste sowie die ordentlichen Erträge des Sondervermögens bzw. einer Anteilklasse für ein Kalenderjahr abzüglich aller in Bezug auf dieses Kalenderjahr entstandenen Kosten des Sondervermögens bzw. der Anteilklasse und abzüglich etwaiger Verlustvorträge aus vorangegangenen Kalenderjahren.

3. Die Depotbank erhält für ihre Tätigkeit eine jährliche Vergütung von bis zu 0,04 % des Durchschnittsnettoinventarwertes des Sondervermögens, der aus den Werten zu den Bewertungstagen eines jeden Monats er-

* Diese Regelung unterlag nicht der Genehmigungspflicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

rechnet wird, mindestens jedoch € 12.500,- und höchstens € 110.000,-. Sie ist berechtigt, hierauf monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben.

4. Neben den vorgenannten Vergütungen der Gesellschaft und der Depotbank sowie ggf. Dritten zustehenden Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:
 - a. im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
 - b. bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;
 - c. Kosten für den Druck und Versand der Jahres- und Halbjahresberichte und ggf. des Auflösungsberichtes;
 - d. Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Thesaurierungen bzw. Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;
 - e. Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer der Gesellschaft;
 - f. Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
 - g. im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
 - h. Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens;
 - i. Kosten für die Erfüllung von Vertriebsanforderungen im Ausland, einschließlich Anzeigekosten, Kosten für aufsichtsrechtliche Bestimmungen im In- und Ausland, Rechts- und Steuerberatungskosten in diesem Zusammenhang sowie Übersetzungskosten;
 - j. Kosten für die Erstellung und den Druck sowie ggf. erforderlicher Übersetzungen von Verkaufsprospekten;
 - k. Kosten im Zusammenhang mit Börsennotierungen;
 - l. Kosten im Zusammenhang mit der Genehmigung oder Änderung von Vertragsbedingungen;
 - m. Rechts- und Steuerberatungskosten im Zusammenhang mit dem Sondervermögen;
 - n. gegebenenfalls Kosten zur Analyse des Anlageerfolges durch Dritte;
 - o. Kosten für das Rating von Vermögensgegenständen, insbesondere das Emittentenrating für verzinsliche Wertpapiere;
 - p. Kosten im Zusammenhang mit Anlageausschusssitzungen.
5. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Zielfondsanteilen und Geldmarktfondsanteilen berechnet worden sind. Beim Erwerb von Zielfondsanteilen oder Geldmarktfondsanteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen.

Kostenparagraf in der Fassung ab dem 01.01.2012:

§ 10 Kosten^{*}

1. Die Gesellschaft erhält für ihre Tätigkeit für jede Anteilklasse eine jährliche Verwaltungsvergütung in Höhe von bis zu 2,00 % jeweils des Nettoinventarwertes jeder Anteilklasse wöchentlich abgegrenzt zu jedem Bewertungstag. Sofern keine Anteilklassen gebildet werden, erhält die Gesellschaft eine jährliche Verwaltungsvergütung in Höhe von bis zu 2,00 % des Nettoinventarwertes des Sondervermögens, wöchentlich abgegrenzt zu jedem Bewertungstag. Die Gesellschaft ist berechtigt, hierauf monatlich jeweils am Kalendermonatsende anteilige Vorschüsse zu erheben. Die Gesellschaft gibt für jede Anteilklasse im Verkaufsprospekt die Verwaltungsvergütung an.
2. Zusätzlich zu der im Absatz 1 aufgeführten Verwaltungsvergütung erhält die Gesellschaft aus dem Sondervermögen für jede Anteilklasse eine wöchentlich abzugrenzende jährliche erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung, berechnet am Ende eines Kalenderjahres in Höhe von bis zu 15% der Steigerung des Neugewinns einer

^{*} Diese Regelung unterlag nicht der Genehmigungspflicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Anteilklasse während dieses Kalenderjahres. Im Falle einer negativen Wertentwicklung einer Anteilklasse, erhält die Gesellschaft keine erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung für diese Anteilklasse für das betreffende Kalenderjahr. Die erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung wird der jeweiligen Anteilklasse am Ende des Kalenderjahres entnommen. Sofern keine Anteilklassen gebildet werden, erhält die Gesellschaft aus dem Sondervermögen eine wöchentlich abzugrenzende jährliche erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung, berechnet am Ende eines Kalenderjahres in Höhe von bis zu 15% der Steigerung des Neugewinns des Sondervermögens während dieses Kalenderjahres.

Der Neugewinn bezeichnet die kumulativen realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste sowie die ordentlichen Erträge des Sondervermögens bzw. einer Anteilklasse für ein Kalenderjahr abzüglich aller in Bezug auf dieses Kalenderjahr entstandenen Kosten des Sondervermögens bzw. der Anteilklasse und abzüglich etwaiger Verlustvorträge aus vorangegangenen Kalenderjahren.

3. Die Depotbank erhält für ihre Tätigkeit eine jährliche Vergütung von bis zu 0,04 % des Durchschnittsnettoinventarwertes des Sondervermögens, der aus den Werten zu den Bewertungstagen eines jeden Monats errechnet wird, mindestens jedoch € 12.500,-- und höchstens € 110.000,--. Sie ist berechtigt, hierauf monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben.
4. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in Fällen, in denen für das Sondervermögen gerichtlich oder außegerichtlich streitige Ansprüche im Rahmen von Kapitalsammelklagen oder Steuerstattungsansprüchen oder vergleichbaren Verfahren durchgesetzt werden, eine Vergütung in Höhe von bis zu 5 % der für das Sondervermögen vereinnahmten Beträge berechnen.
5. Neben den vorgenannten Vergütungen der Gesellschaft und der Depotbank sowie ggf. Dritten zustehenden Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:
 - a. im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung sowie der Bewertung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
 - b. bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;
 - c. Kosten für den Druck und Versand der Jahres- und Halbjahresberichte und ggf. des Auflösungsberichtes;
 - d. Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Thesaurierungen bzw. Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;
 - e. Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer der Gesellschaft;
 - f. Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
 - g. im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
 - h. Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens;
 - i. Kosten für die Erfüllung von Vertriebsanforderungen im Ausland, einschließlich Anzeigekosten, Kosten für aufsichtsrechtliche Bestimmungen im In- und Ausland, Rechts- und Steuerberatungskosten in diesem Zusammenhang sowie Übersetzungskosten;
 - j. Kosten für die Erstellung und den Druck sowie ggf. erforderlicher Übersetzungen von Verkaufsprospekten;
 - k. Kosten im Zusammenhang mit Börsennotierungen;
 - l. Kosten im Zusammenhang mit der Genehmigung oder Änderung von Vertragsbedingungen;
 - m. Rechts- und Steuerberatungskosten im Zusammenhang mit dem Sondervermögen;
 - n. gegebenenfalls Kosten zur Analyse des Anlageerfolges durch Dritte;
 - o. Kosten für das Rating von Vermögensgegenständen, insbesondere das Emittentenrating für verzinsliche Wertpapiere;
 - p. Kosten im Zusammenhang mit Anlageausschusssitzungen;
 - q. Kosten für die Information der Anleger des Sondervermögens mittels eines dauerhaften Datenträgers, mit Ausnahme der Kosten für Informationen bei Fondsverschmelzungen und mit Ausnahme der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung.
6. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Zielfondsanteilen und Geldmarktfondsanteilen berechnet worden sind. Beim Erwerb von Zielfondsanteilen oder Geldmarktfondsanteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare

Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen.

7. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalanlagegesellschaft, einer Investmentaktiengesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist oder einer ausländischen Investment-Gesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Investmentanteile berechnet wurde.

ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

§ 11 Thesaurierung

Die Gesellschaft legt die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Erträge aus Zielfondsanteilen, Zinsen und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – sowie die Veräußerungsgewinne im Sondervermögen wieder an.

§ 12 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens beginnt am 01.09. und endet am 31.08. des jeweiligen Kalenderjahres (das "**Geschäftsjahr**").

Anhang: Ausstattungsmerkmale der Anteilklassen

Bei Auflegung des Sondervermögens wurde eine Anteilklasse gebildet. Eine Übersicht der Merkmale dieser Anteilklasse findet sich nachstehend:

HI VB Global Trend

Wertpapierkennnummer:	532141
ISIN Code:	DE0005321418
Erstausgabepreis:	100,-- Euro
Erstausgabedatum:	31. März 2006
Währung:	Euro
Geschäftsjahresende:	31. August
Verwendung der Erträge:	Thesaurierung
Mindestanlagesumme (Einmalanlage):	1.000,-- Euro
Mindestbetrag Folgezahlungen:	100,-- Euro
Mindestbetrag Sparplan:	100,-- Euro
Ausgabeaufschlag:	Bis zu 5,00 % des Anteilwertes
Rücknahmeabschlag:	Bis zu 5,00 % des Anteilwertes
Verwaltungsvergütung:	1,69 % p.a. des Wertes der Anteilklasse bezogen auf den Nettoinventarwert jeder Anteilklasse wöchentlich abgegrenzt zu jedem Bewertungstag.
Erfolgsvergütung:	15 % der Steigerung des Neugewinns einer Anteilklasse während eines Kalenderjahres
Depotbankvergütung:	0,04 % p.a. bezogen auf den Durchschnitt der börsentäglich errechneten Inventarwerte des betreffenden Monats; mindestens jedoch 12.500,-- Euro und höchstens 110.000,-- Euro.